

Ökosoziale Marktwirtschaft

für eine zukunftsfähige Gesellschaftsordnung

Wissenschaftliches Hintergrundpapier

Druck mit freundlicher Unterstützung der



Ökosoziale Marktwirtschaft

für eine zukunftsfähige Gesellschaftsordnung

Wissenschaftliches Hintergrundpapier

**Christina Buczko
Stefan Giljum
Michaela Hickersberger
Friedrich Hinterberger
Oliver Picek
Elke Pirgmaier
Klemens Riegler
Margit Schratzenstaller
Andrea Stocker
Josef Thoman**

Wien, im Juli 2010

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	4
1 Rahmenbedingungen und Ziele	8
1.1 <i>Qualitatives Wachstum als übergeordnete Zielsetzung der Ökosozialen Marktwirtschaft: Lebensqualität nachhaltig verbessern/sichern</i>	8
1.1.1 Lebensqualität	9
1.1.2 Arbeit und Beschäftigung	11
1.1.3 Verteilung	12
1.1.4 Globale Gerechtigkeit	12
1.1.5 CO ₂ -Emissionen und Ressourcen	13
1.2 <i>Wachstumspfade</i>	18
1.2.1 Konventionelle Wachstumsperspektive	18
1.2.2 Nullwachstumsperspektive	19
1.2.3 Gegenüberstellung der Wachstumsperspektiven	22
1.2.4 Bedingungen für ein qualitatives bzw. nachhaltiges Wachstum	22
2 Handlungsfelder und Strategieansätze zur Verwirklichung einer Ökosozialen Marktwirtschaft	24
2.1 <i>Arbeit und Beschäftigung</i>	24
2.1.1 Arbeitslosigkeit bekämpfen durch gleichmäßigere Verteilung der Erwerbsarbeit	25
2.1.2 Aufwertung der unbezahlten Arbeit	25
2.1.3 Forcierung der Chancengleichheit der Geschlechter	27
2.1.4 Arbeitsflexibilisierung und Arbeitszeitgestaltung	27
2.1.5 Integration von „Problemgruppen“ in den Arbeitsprozess	28
2.1.6 Maßnahmen	29
2.2 <i>Bildung</i>	30
2.2.1 Veraltete Lehrberufe und Mangel an Hochqualifizierten	31
2.2.2 „Lebenslanges Lernen“ schwer zugänglich	32
2.2.3 Maßnahmen	32
2.3 <i>Migration/Integration</i>	34
2.3.1 Arbeitsmarkt	35
2.3.2 Bildung und Qualifikation	35
2.3.3 Maßnahmen	36
2.4 <i>Umfassende Ressourcen- und Energiepolitik</i>	37
2.4.1 Rechtfertigung, Einteilung und potenzieller Nutzen von Öko-Innovationen	39
2.4.2 EU-Politik (policies)	40
2.4.3 Mobilität und Verkehr	41
2.4.4 Maßnahmen	41
2.5 <i>Ungleiche Verteilung in Österreich</i>	49
2.5.1 Verteilung der Lohneinkommen	51
2.5.2 Umverteilung durch den Staat	51
2.5.3 Sinkender Anteil der Löhne am Volkseinkommen	52
2.5.4 Verteilung von Vermögen	52
2.5.5 Maßnahmen im Bereich Einkommen und Vermögen	54
2.5.6 Anhaltend hohe Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern	54
2.5.7 Maßnahmen für eine geschlechtergerechte(re) Lohnverteilung	55

Ökosoziale Marktwirtschaft – Wissenschaftliches Hintergrundpapier	4
<i>2.6 Globale Ungleichverteilung</i>	56
2.6.1 Armut und Verteilungsungerechtigkeit: globale Probleme steigenden Ausmaßes	56
2.6.2 Zunehmende Ungleichverteilung im Westen	56
2.6.3 „Aufstiegsdynamik“ China und Indiens überwiegt negativen Trend	57
2.6.4 Maßnahmen	57
3 Politökonomische Rahmen- und Umsetzungsbedingungen	60
<i>3.1 Politische Spielräume in einer globalisierten Welt</i>	60
3.1.1 Wo globale Instanzen globale Probleme bearbeiten: eine Bestandsaufnahme globaler Governance-Konzepte	61
3.1.2 Was bleibt vom Nationalstaat?	62
3.1.3 Demokratie und nachhaltige Entscheidungen in einer globalisierten Welt	63
3.1.4 Maßnahmen	64
<i>3.2 Abgabensystem</i>	65
Literatur	63

Vorbemerkungen

Die Ökosoziale Marktwirtschaft, Ende der 1980er Jahre entwickelt, beinhaltet neben einer funktionierenden Marktwirtschaft soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung als grundlegende Ziele. Als Weiterführung der Sozialen Marktwirtschaft wurde neben den beiden Eckpunkten Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit auch die Sicherung einer intakten Umwelt als wichtiges Standbein einer modernen Gesellschaft erkannt.

Auch wenn – und gerade weil – auf der nationalen wie der globalen Ebene seit der Formulierung des Konzepts der Ökosozialen Marktwirtschaft viele zum Teil fundamentale ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen eingetreten sind, sind die Anliegen der Ökosozialen Marktwirtschaft heute wichtiger denn je. Ökologische, soziale und wirtschaftliche Belange sind noch längst nicht mit einander versöhnt. Vielmehr haben sich die Herausforderungen auf globaler Ebene verschärft: siehe Klimawandel und Ressourcenknappheit (von Peak Oil bis zur Nahrungsmittelkrise). Daher gilt es, 20 Jahre nach seiner Erstformulierung das Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft hinsichtlich des neueren Diskurses sowie der neu erkannten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme zu aktualisieren und auch tatsächlich national, europaweit wie auch in Elementen auf globaler Ebene als Wirtschaftssystem zu verankern.

Die gegenwärtige Krise, die gelegentlich als „3-F-Krise“ bezeichnet wird („Food, Fuel, Finance“ – also Nahrungsmittel, Brennstoff und Finanzen), ist Ausdruck dafür, dass die derzeitige Organisation und künftige Entwicklung dieser drei für das Funktionieren moderner Volkswirtschaften existenziellen Bereiche unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht nachhaltig sein können. Diese dreifache Krise signalisiert sehr deutlich, dass eine im globalen Maßstab langfristig sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltige und tragfähige Entwicklung eine grundsätzliche Veränderung der herrschenden Produktions- und Konsumbedingungen erfordert. Zwar reagierten anders als in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre die nationalen Regierungen in den Industrieländern und einer Reihe von Schwellenländern – auch mit Empfehlung der internationalen Organisationen, v. a. OECD, IMF und Europäische Kommission – rasch und mit Konjunkturprogrammen sowie Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte bzw. zur Verhinderung von Finanzierungsengpässen für die Unternehmen. Auch wurde im Unterschied zur Weltwirtschaftskrise in der aktuellen Krise zumindest eine gewisse internationale Koordination der Krisenbekämpfungsmaßnahmen versucht. In der EU übernahm die Europäische Kommission eine aktive Rolle zur Koordination der nationalen Konjunkturbelebungsmaßnahmen. Dabei beschränkte sich die EU-weite Koordination allerdings weitgehend auf die quantitative Dimension der Maßnahmen, nicht jedoch auf deren Struktur. Eine große Chance in der Krise wäre darin gelegen, die ohnehin erforderlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Realwirtschaft dazu zu nutzen, die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaften in Richtung eines nachhaltigeren Entwicklungspfades zu beeinflussen. Dies betrifft auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte insbesondere Zukunftsinvestitionen in die Bereiche grüne Technologien, Infrastruktur, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung (F&E), Innovation, Bildung. Die einzelnen Länder haben in diesen Bereichen unterschiedlich starke Akzente gesetzt. Insgesamt wurde jedoch diese Chance nur unzureichend genutzt (Breuss, Kaniowski, Schratzenstaller, 2009). Nur ein kleinerer Teil der Konjunkturpakete besteht aus Zukunftsinvestitionen. Mehrere international vergleichende Analysen der Konjunkturpakete fokussieren insbesondere auf die verpasste Chance, die Konjunkturbelebungsmaßnahmen in einen „Global New Green Deal“ einzupassen. So leisten nach einer Studie der Bank HSBC lediglich 15 % der Konjunkturbelebungsmaßnahmen von 20 Ländern einen Beitrag zur Kürzung der globalen Treibhausgasemissionen (Robins, Clover, Singh, 2009). Klepper et al. (2009) schätzen, dass von den weltweiten Konjunkturprogrammen etwa 13 % direkt oder indirekt in den Klimaschutz und weitere 2,5 % in weitere Umweltschutzmaßnahmen fließen. Das von Edenhofer und Stern (2009) in ihrem Aktionsplan für die G20 vorgeschlagene Ziel, einen Anteil von etwa einem Fünftel der Maßnahmen für „Green Recovery“ zu reservieren, wird also verfehlt; noch mehr die vom Umweltprogramm der UN (UNEP) als „Global Green New Deal“ geforderten 25 %.

Die gegenwärtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Situation ist sehr ernst und wird bis heute öffentlich kaum angemessen diskutiert. Das wirtschaftliche Wachstum wird in Europa und in anderen hochentwickelten Volkswirtschaften wahrscheinlich für längere Zeit, wenn nicht überhaupt dauerhaft, so niedrig bleiben, dass die Arbeitslosigkeit ohne grundsätzlich neue Strategien deutlich ansteigen wird, was eine Spirale in Gang setzt: Wenn die Menschen weniger nachfragen und konsumieren, ihre Produkte wie Autos oder Handys länger nutzen, mehr Freizeit zur Verfügung haben, weshalb Nachfrage und Produktion weiter sinken, dann stellen sich bei dem daraus resultierenden geringen Wachstum ganz wesentliche Verteilungs- und Beschäftigungsfragen – ganz abgesehen von individuellen psychischen und sozialen Folgen aufgrund der derzeitigen Bewertung von Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft.

Wie sich die österreichische, die europäische und die globale Wirtschaft in den nächsten Monaten und Jahren entwickeln werden, kann heute niemand mit Sicherheit vorhersagen. Vor diesem Hintergrund ein wirtschaftspolitisches Grundsatzpapier zu schreiben, wie es die Ökosoziale Marktwirtschaft 1989 war und 2009 wieder werden soll, ist kein leichtes Unterfangen. Dieses neu formulierte Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft kann auch nicht *die* Antwort auf die Krise liefern. Die in diesem Hintergrundpapier vorgestellten Ideen, Konzepte und Maßnahmen sind Basis für eine Ökosoziale Marktwirtschaft, die einen Weg in eine nachhaltige wirtschaftspolitische Zukunft weisen soll. Sie sollen helfen, die Lebensqualität der BürgerInnen zu verbessern – auch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession –, und sie sollen eine Entwicklung hin zu einem marktwirtschaftlichen System einleiten, das letztlich auch als krisenfester anzusehen ist als das gegenwärtige System. Dabei kann es sich nicht um ein bereits bis in alle Details ausformuliertes, umfassendes Konzept handeln. Vielmehr werden grundsätzliche Eckpunkte einer Ökosozialen Marktwirtschaft formuliert und anhand von konkreten Beispielen und (wirtschafts-)politischen Ansatzpunkten illustriert.

Die Konzepte der letzten 30 Jahre, die nicht zuletzt auch die seinerzeitige Formulierung einer Ökosozialen Marktwirtschaft mitgeprägt haben, sind aufgrund der katastrophalen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die durch ein Regulierungsversagen verursacht wurde, in Misskredit geraten. Dabei ist heute wieder öfter von der Notwendigkeit eines „Systemwandels“ die Rede. Wir vertreten in unserem Text hingegen die These, dass die notwendigen Veränderungen viel mehr durch das „Drehen“ an vielen „Schrauben“ des etablierten und in den letzten Jahrzehnten deutlich de-regulierten Systems möglich sind – wozu auch Re-Regulierungen aufgrund der neuen Erkenntnisse aus den Ereignissen der vergangenen Monate und Jahre gehören.

Das vorliegende Hintergrundpapier basiert auf trilateralen Diskussionen zwischen Ökosozialem Forum, SERI und WIFO und baut auf den Ergebnissen einer Vielzahl an Projekten für unterschiedlichste Auftraggeber aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie dem WIFO-Weißbuch „Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation“ auf. Außerdem werden Anregungen aus zwei Stakeholder-Workshops aufgegriffen, die im Zuge des Prozesses der Weiterentwicklung der Ökosozialen Marktwirtschaft durchgeführt wurden. Es konzentriert sich auf die österreichische Perspektive und schlägt eine langfristige wirtschaftspolitische Strategie vor, die Elemente der Ökosozialen Marktwirtschaft enthält und versucht, die drei Nachhaltigkeitsdimensionen Ökonomie, Ökologie, Soziales zu berücksichtigen und auszubalancieren. Gegliedert ist das vorliegende Papier in drei Hauptkapitel. Zunächst werden die Ziele der Ökosozialen Marktwirtschaft unter den aktuellen Rahmenbedingungen vorgestellt: eine hohe Lebensqualität für alle Menschen wie auch künftige Generationen steht dabei im Zentrum der Überlegungen. Für das zweite Kapitel wurden für die Umsetzung dieses Ziels entscheidende Politikfelder ausgewählt, die wichtigsten Herausforderungen in den jeweiligen Bereichen dargestellt und Maßnahmenbündel angeführt, die zur Erreichung der Unterziele beitragen können. Abschließend steht die Umsetzung im Fokus, wobei einerseits auf Aspekte der globalen Einbettung nationaler Politik eingegangen wird und andererseits auch Maßnahmen im Bereich des Steuer- und Abgaben-

systems diskutiert werden, die als nationale „Stellschrauben“ zur Erreichung der Ziele der Ökosozialen Marktwirtschaft fungieren können. Aufgrund dieses Aufbaus wie auch der Interdependenzen zwischen den ausgewählten Politikfeldern in Kapitel 2 ließen sich gewisse Redundanzen nicht ganz vermeiden, wir ersuchen um Verständnis.

Wien, im Juli 2010

Margit Schratzenstaller (WIFO)

Josef Thoman, Oliver Picek

Friedrich Hinterberger, Elke Pirgmaier, Andrea Stocker, Stefan Giljum (SERI)

Klemens Riegler, Michaela Hickersberger, Christina Buczko (Ökosoziales Forum)

1 Rahmenbedingungen und Ziele

„Wohlstand für alle“ war das Credo der Sozialen Marktwirtschaft. „Mehr Lebensqualität für alle – heute und morgen“ ist das Ziel der Ökosozialen Marktwirtschaft. Ökosoziale Wirtschaftspolitik ist zukunftsfähig, d. h. verantwortungsvoll gegenüber den heute lebenden und auch gegenüber den kommenden Generationen. Sie wird getragen von der Überzeugung, dass weltweit alle Menschen und auch künftige Generationen das Recht auf ein gutes Leben in einer intakten Umwelt haben. Ziel ist ein dauerhaftes Gleichgewicht zwischen Ökologie, Sozialem und Ökonomie.

In diesem Kapitel wird zunächst ein qualitatives Wachstum, ein Wachstum der Lebensqualität für alle Menschen, als Ziel der Ökosozialen Marktwirtschaft formuliert. Dieses steht im Gegensatz zum derzeitigen Wachstumsparadigma, in dem das bloße „immer mehr“ als Erfolgsparameter herangezogen wird. In den Unterkapiteln Lebensqualität, Arbeit und Beschäftigung, Verteilung, globale Gerechtigkeit und CO₂-Emissionen und Ressourcen werden jene Parameter näher definiert, die das hier vorgestellte Ziel näher skizzieren.

1.1 Qualitatives Wachstum als übergeordnete Zielsetzung der Ökosozialen Marktwirtschaft: Lebensqualität nachhaltig verbessern/sichern

Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen unterliegen einem dauerhaften Wandel. Dieser hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten – und vor allem mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise – beschleunigt und es ist zu erwarten, dass die Dynamik der Veränderungen anhält. Es gibt aber auch neue und vermehrte Handlungsmöglichkeiten und Optionen. Im Schnitt waren diese Veränderungen ökonomisch vorteilhaft, aber auch mit einem ständig steigenden Ressourcenverbrauch verbunden, der wiederum negative Auswirkungen auf die Umwelt, den Klimawandel etc. hatte. Sozial gab es dabei GewinnerInnen ebenso wie VerliererInnen sowie Personen, Branchen, Institutionen und Länder, die mit dem Tempo der Veränderungen nicht mithalten können.

Ein grundsätzlich marktwirtschaftlich orientiertes System ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen ohne ein gewisses Wirtschaftswachstum nicht vorstellbar. Eine auch sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung erfordert jedoch die stärkere Orientierung auf ein qualitatives Wachstum. Wir verstehen unter qualitativem Wachstum einen Zuwachs an Lebensqualität in einer Gesellschaft. Dabei setzt sich die Lebensqualität aus den objektiven Lebensbedingungen und dem subjektiven Wohlbefinden zusammen. Wir folgen damit der Definition der WHO, wonach unter Lebensqualität „die subjektive Wahrnehmung einer Person über ihre Stellung im Leben in Relation zur Kultur und den Wertsystemen, in denen sie lebt und in Bezug auf ihre Ziele, Erwartungen, Standards und Anliegen“ zu verstehen ist.

Qualitatives Wachstum erfordert daher die Berücksichtigung aller Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung, also den Erhalt der wirtschaftlichen, ökologischen und der sozialen wie auch der kulturellen Grundlagen in einem sehr weiten Sinn. Dabei spielt auch die Fragen der Gerechtigkeit eine wesentliche Rolle. Dieses qualitative Wachstum muss sich einerseits auf Qualifikation und Innovation sowie eine stärkere Dienstleistungs- und Reparaturorientierung stützen, um die Beschäftigungssituation verbessern zu können und andererseits eine Erhöhung der Lebensqualität zu ermöglichen.

In diesem Sinne ist ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das die Lebensqualität erhöht, zu begrüßen. Es darf sich jedoch nicht auf die Produktion kurzlebiger Güter stützen, die auf Kosten eines verstärkten Verbrauchs von Ressourcen und der Verschwendung von Material und Energie erzeugt werden. Aus dieser Sicht muss das bisherige ressourcenintensive Wirtschaftswachstum von einer qualitativen Verbesserung der Lebensqua-

lität abgelöst werden. Während die armen Teile der Welt deutlich mehr Einkommen brauchen, um ihren Lebensstandard erhöhen zu können, führt ein ständig steigendes Einkommen in den hoch entwickelten Ländern nicht notwendigerweise zu einer Zunahme der subjektiven Zufriedenheit, wie auch die sich jüngst etablierende „Glücksforschung“ bzw. Erkenntnisse aus Psychologie und Psychotherapie zeigen (vgl. Layard, 2009; Seligman, 2002; Lyubomirsky, 2008; Fredrickson, 2009; Ruckriegel, 2009). Stress und Vereinsamung nehmen zu, Konsum gleicht immer häufiger einem Suchtverhalten, Krankheiten entstehen zunehmend aus Überfluss (Fettleibigkeit, Allergien), nicht aus Mangel. Daher speist sich in wohlhabenden Teilen reicher Gesellschaften individuelles Wohlergehen heute zunehmend aus inneren bzw. immateriellen Faktoren (Zufriedenheit, Beziehungsglück, Naturerleben) und nicht nur aus materiellem Wohlstand.

Der Politik kommt daher die Aufgabe zu, sich nicht auf die kontinuierliche Steigerung eines rein quantitativ verstandenen Wirtschaftswachstums zu fokussieren, sondern vielmehr auf die Erhöhung eines qualitativen Wachstums und damit der Lebensqualität.¹ Dabei ist ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen eine notwendige Bedingung für wirtschaftliche Prosperität. Umgekehrt ist die Dynamik der Wirtschaft Voraussetzung für den notwendigen Strukturwandel zu einer nachhaltigen Produktions- und Konsumstruktur, in der neue Wirtschaftssektoren entstehen, sich einige Branchen positiv entwickeln, während andere stagnieren, schrumpfen oder gänzlich verschwinden können. Eine auf die Erhöhung der Lebensqualität ausgerichtete Wirtschaftsstrategie muss daher nicht in Konflikt mit einer funktionierenden Wirtschaft stehen. So weist Linz (2006; stellvertretend für eine Reihe von AutorInnen) darauf hin, dass sich neue, dauerhafte Felder einer auch ökologisch nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit eröffnen können, was auch die weltweite ökologische Gerechtigkeit unterstützen kann.

Als Ausgangspunkt der Neukonzeption der Ökosozialen Marktwirtschaft ist daher zunächst ein Wachstumsverständnis zu entwerfen, das nicht auf hohe quantitative Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, sondern auf qualitative Verbesserungen abzielt. Im Zentrum dieses Ansatzes steht ein Wachstum der Lebensqualität aller Menschen (heute und in Zukunft), das sich in einer gerechten Verteilung von informeller Arbeit wie auch von Erwerbsarbeit, von Vermögen und Chancen wie auch von Ressourcen widerspiegelt.

1.1.1 Lebensqualität

Lebensqualität wird seit mehreren Jahrzehnten als Ziel der Gesellschaftspolitik diskutiert und gilt heute mehr denn je als angemessener Indikator für die Wohlfahrtsentwicklung einer Gesellschaft (Berger-Schmitt, Noll, 2000). In seiner heutigen Ausprägung hat das Lebensqualitätskonzept in den 1960ern und 1970ern in den USA und Europa an Bedeutung gewonnen. Ein Grund dafür waren zunehmende empirische Belege, dass materieller Wohlstand nicht per se hohe Lebensqualität garantiert. In der politischen Debatte ging das Interesse am Konzept der Lebensqualität in der wirtschaftlichen schwachen Phase der 1970er Jahre wieder zurück. Danach entwickelten sich zwei wichtige Traditionen der empirischen Beobachtung und Analyse von Wellbeing und Lebensqualität: das skandinavische Wohlstandsmodell (an objektiven Kriterien orientiert – Lebensstandard; z. B. Thålin, 1990) und das US-amerikanische Lebensqualitätsmodell (an subjektiven Wahrnehmungen von Individuen orientiert – Lebenszufriedenheit; z. B. Campbell, 1972; Rauschmayer et al., 2008).

Versuche, diese beiden Denkschulen zu kombinieren, führten im letzten Vierteljahrhundert zu einer Definition von Lebensqualität auf der Grundlage von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden (z. B. Zapf, 1984). Zu den objektiven Faktoren der Lebensqualität zählen das ökologische, ökonomische und soziale Umfeld wie existentielle Sicherheit, Gesundheit, sozialer Zusammenhalt, Bildung, Wirtschaft und Arbeit sowie die natürliche

¹ Siehe dazu das Projekt „Wachstum im Wandel“ (www.wachstumimwandel.at).

Umwelt. Das individuelle Wohlbefinden ergibt sich aus der subjektiven Bewertung dieser objektiven Faktoren (Allardt, 1993; Sen, 1987; Nussbaum, 2000; Zapf, 1984).

Österreich zählt zu den Staaten mit der höchsten Lebensqualität in Europa und der Welt. Dieser Umstand ist das Ergebnis einer Reihe günstiger Einflüsse und Bemühungen, die zum Teil weit in das vergangene Jahrhundert zurückreichen. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen beeinflussten einander positiv. Um diese Lebensqualität mittel- und langfristig zu erhalten, muss eine ganze Reihe von global beobachtbaren und miteinander zusammenhängenden Veränderungen berücksichtigt werden (Frühmann et al., 2008):

- Der wirtschaftliche Wandel von einer Standort-gebundenen Produktions- zu einer globalisierten Dienstleistungsgesellschaft mit den damit verbundenen Risiken globaler Wirtschaftskrisen
- Die demographische Entwicklung (Alterung)
- Sich zunehmend verschärfende Konkurrenz um begrenzte natürliche Ressourcen, Klimawandel und andere Veränderungen der natürlichen Umwelt
- Änderungen der Arbeits- und Erwerbsgewohnheiten aufgrund wirtschaftlicher und/oder persönlicher Bedürfnisse (globale Arbeitsteilung, wachsende Einkommensunterschiede, zunehmende Heterogenität in Produktion und Konsum, Worklife-Balance, prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Arbeitsgesundheit, Burn-out etc.)
- Änderung der Lebensgewohnheiten (Flexibilisierung, neue Konsummuster, Urbanisierung)
- Individualisierung und alle damit verbundenen Themen wie soziale Sicherheit, gesellschaftliche Solidarität usw.

Internationale Studien belegen, dass diese globalen „Megatrends“ oft nicht mit einem Anstieg von Lebensqualität und Wellbeing einhergehen (UNEP, 2007; Jackson, 2009). Zusätzlich führt ein ständig steigendes Einkommen in den hoch entwickelten Ländern nicht notwendigerweise zu einer Zunahme der subjektiven Zufriedenheit, wie auch die bereits erwähnte „Glücksforschung“ zeigt. So zeigt z. B. Tim Kasser (2002 und 2008) anhand empirischer Untersuchungen, dass Menschen mit materialistischen Einstellungen und Prioritäten tendenziell unglücklicher sind als Menschen mit einer weniger materialistischen Gesinnung. Außerdem sind weniger materialistische Menschen nicht nur glücklicher, sondern auch gesünder, verhalten sich stärker sozial und haben einen kleineren ökologischen Fußabdruck.

Ansätze zur Operationalisierung

Die Messung von Lebensqualität steht zunehmend im Interesse wissenschaftlicher und auch politischer Betrachtungen. Eine Zusammenfassung des aktuellen Forschungsstandes der Lebensqualitätsforschung bietet der im September 2009 erschienene Bericht der „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“, die Anfang 2008 vom französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy eingerichtet wurde, um die Grenzen des BIP als Indikator für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt darzulegen und zu beleuchten, welche zusätzlichen Informationen für ein klareres Fortschrittsbild nötig sind. Die Expertenkommission hat drei relevante Zugänge zur Messung von Lebensqualität identifiziert:

- 1) die Messung von subjektivem Wohlergehen,
- 2) den Capabilities-Ansatz als Ausdruck der Verwirklichungschancen von Menschen (die vom kulturellem Kontext und individuell verfügbarem Kapitalbestand abhängig sind) und
- 3) dem Ansatz der fairen Ressourcenallokation, der aus der traditionellen Wohlfahrtsökonomie stammt (Stiglitz et al., 2009).

Die Beyond-GDP-Initiative der Europäischen Kommission beschäftigt sich ebenfalls mit einer verbesserten Messung von Fortschritt, Wohlstand und Wohlergehen. In der im August 2009 unter dem Titel „GDP and beyond: Measuring progress in a changing world“ veröffentlichten Mitteilung spricht sich die Europäische Kommission explizit dafür aus, das BIP durch die Messung von Lebensqualität und Wohlbefinden zu komplementieren, um politische Entscheidungsfindungen durch umfassendere Informationen zu unterstützen. Die Mitteilung enthält eine konkrete Roadmap, um Indikatoren zu erarbeiten, die international anerkannt und angewandt werden (Europäische Kommission, 2009).

1.1.2 Arbeit und Beschäftigung

Erwerbsarbeit hat einen zentralen Stellenwert in unserer Gesellschaft, da der Zugang zu Wohlstand und Lebensqualität eng mit der Teilhabe am Arbeitsmarkt verbunden ist. Erwerbsarbeit garantiert uns nicht nur das Einkommen, das wir zum Leben brauchen, sie ermöglicht uns auch gesellschaftliche Kontakte. Daher konzentriert sich die derzeitige Beschäftigungspolitik auch vornehmlich auf die Ausdehnung der bezahlten Beschäftigungsmöglichkeiten.

Beschäftigungspolitik hat die Aufgabe, Arbeitskräfteangebot und -nachfrage zusammenzuführen und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Sie verfolgt damit das Ziel, die Wirtschaft mit Arbeitskräften in der erforderlichen Anzahl und mit den benötigten Qualifikationen zu versorgen und allen Personen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, eine Beschäftigung zu sichern. Außerdem kommt aktiver Beschäftigungspolitik die Aufgabe zu, sozialen Ausgleich zu schaffen, indem „Problemgruppen“ wie Langzeitarbeitslose, junge bzw. ältere Arbeitsuchende und MigrantInnen in den Arbeitsmarkt (re-)integriert werden.

Jedoch deckt die Erwerbsarbeit nur jenen Teil aller Tätigkeiten ab, der über den Arbeitsmarkt „gehandelt“ wird. Darüber hinaus gibt es ein großes Spektrum an unbezahlten Arbeiten, das ebenfalls für das Funktionieren unserer Gesellschaft von großer Wichtigkeit ist, jedoch zu meist eine geringere Wertschätzung erfährt und nicht über den Erwerbsarbeitsmarkt vermittelt wird. Daher muss sich eine nachhaltige „Arbeits- und Beschäftigungspolitik“ an einem breiteren Verständnis der Begriffe Arbeit und Beschäftigung orientieren.

Letztlich geht es darum, für die gesamte Bevölkerung nachhaltige Arbeits- und Lebensbedingungen zu sichern und sie am sozialen Leben teilhaben zu lassen. Daher ist es notwendig, die immer ungleicher werdende Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit neu zu organisieren. Ansatzpunkte hierfür sind eine Veränderung von Erwerbsarbeit, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch gleichmäßigere Verteilung der Erwerbsarbeit, die Aufwertung unbezahlter Arbeit, eine Forcierung der Chancengleichheit der Geschlechter, Arbeitsflexibilisierung und flexiblere Arbeitszeitgestaltung sowie die Integration von „Problemgruppen“ in den Arbeitsprozess.

Die Verringerung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen haben in der Ökosozialen Marktwirtschaft hohe Priorität. Darüber hinaus sind aber auch die soziale, verteilungsgerechte und ökologische Qualität von Arbeitsplätzen entscheidend. Bei der Gestaltung der zukünftigen Beschäftigungspolitik ist außerdem zu beachten, dass sich das Problem der Erwerbslosigkeit nicht einfach durch gesteigertes Wirtschaftswachstum lösen lässt. Zusätzlich zum bestehenden Instrumentarium der aktiven Arbeitsmarktpolitik² sind daher auch alternative Lösungsansätze zu forcieren, die auf einem erweiterten Arbeitsbegriff aufbauen und die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit neu organisieren. In diesem Zusammenhang sind die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und persönlicher Lebensführung und die

² Unter Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik versteht man Hilfestellungen bei der Arbeitsuche, Qualifizierungsmaßnahmen (in Kursen, On-the-job-Trainings, Arbeitstrainings), Unterstützung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im privaten Sektor (z. B. Gründungsprogramm oder Beihilfen für Unternehmen) sowie Transitarbeitsplätze im öffentlichen Sektor. Spezielle Zielgruppen sind gering qualifizierte, Jugendliche, Ältere, Frauen, Langzeitarbeitslose, Behinderte oder Personen mit Migrationshintergrund (Lutz et al., 2006).

Gleichstellung von Frauen und Männern ebenso wichtig wie existenzsichernde Einkommen und die Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung.

1.1.3 Verteilung

Neben der Erhöhung der Lebensqualität und der Beschäftigung stellt Verteilungsgerechtigkeit ein weiteres wichtiges Ziel der Ökosozialen Marktwirtschaft dar. Verteilungsfragen gewinnen in mehreren Dimensionen zunehmend an Relevanz. Erstens ist der globale Ressourcenverbrauch gegenwärtig sehr ungleich verteilt (siehe dazu die Kapitel 1.1.4 Globale Gerechtigkeit und 1.1.5 CO₂-Emissionen und Ressourcen). Zweitens klappt auch in den reichen Ländern die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren trotz steigenden Wohlstands immer weiter auseinander. In der EU gibt es derzeit etwa 73 Millionen Menschen mit Armutserfahrungen, das sind 16 % der gesamten EU-Bevölkerung (European Commission, Eurostat, 2008). In Österreich gelten laut Sozialbericht mehr als eine Million Menschen, das sind 13 % der Bevölkerung, als armutsgefährdet. Akut arm sind etwa 470.000 Personen (Marterbauer, 2007). Ihnen mangelt es an Geld, an Lebensqualität, an Respekt und an Verwirklichungschancen. Immer mehr Menschen erleben ihre Situation als zunehmend prekär. Auch global nimmt die Ungleichheit weiter zu. Mehr als 2,5 Milliarden Menschen leben von weniger als 2 Dollar pro Tag (Ravallion et al., 2008). Eine vom Weltbankökonom Branco Milanovic durchgeführte Vergleichsstudie in 100 Ländern zeigt, dass die 5 % Ärmsten der Welt in den letzten Jahren 25 % ihres Realeinkommens verloren haben, während die 5 % Reichsten weitere 12 % dazu gewonnen hätten. Weltweit müssten sich 2,7 Milliarden in Armut lebende Menschen so viel Einkommen teilen wie die 50.000 Reichsten (Milanovic, 2005).

Eine ungleiche Einkommensverteilung schadet der Wirtschaft und der Gesellschaft gleichermaßen. Große Einkommensunterschiede dämpfen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, weil das untere Einkommensdrittel den überwiegenden Teil seines Einkommens sofort für Konsumgüter ausgibt, während das obere Einkommensdrittel zusätzliches Einkommen zur Erhöhung des Sparens verwendet. Dadurch wachsen die Einkommen langsamer und die Arbeitsmarktsituation verschlechtert sich. Zusätzlich entstehen soziale Bildungsbarrieren, die das langfristige Wachstum der Produktivität der Wirtschaft bremsen (Marterbauer, 2007).

Obwohl die gerechte Verteilung von Einkommen zu den traditionellen Zielen der Wirtschaftspolitik zählt, stößt Verteilungspolitik rasch auf Schwierigkeiten. In Österreich beginnen diese bereits damit, dass es vor allem im Bereich der Gewinn- und Vermögenseinkünfte sowie bei den Einkommen von selbständig Beschäftigten akut an Daten mangelt. Aus diesem Grund blieben wissenschaftliche Untersuchungen häufig auf die Verteilung von Lohneinkommen beschränkt, was in der Öffentlichkeit zu einer verzerrten Wahrnehmung der tatsächlichen Verteilungssituation geführt hat. Stellt man die Verteilung von Verwirklichungschancen ins Zentrum des Interesses, so spielt die Verteilung von Einkommen und Vermögen zwar eine wichtige Rolle, rückt aber etwas in den Hintergrund, Lebensqualität und deren subjektive Wahrnehmung stehen im Mittelpunkt.

1.1.4 Globale Gerechtigkeit

Auch auf globaler Ebene ist die Verteilungsfrage nicht annähernd gelöst. 1,4 Milliarden Menschen leben in absoluter Armut und drei Viertel der Weltbevölkerung leben von weniger als 10 Dollar pro Tag (Ravallion et al., 2008). Trotz der kritischen weltweiten Umweltsituation besitzt nur etwa ein Viertel der Weltbevölkerung genügend Einkommen, um vom globalen Wirtschaftssystem zu profitieren. Doch die derzeit in Armut lebenden Teile der Weltbevölkerung verlangen verständlicherweise nach weiterem Wachstum und mehr Konsum in der Zukunft. Dies kann nur dann ohne Übernutzung der ökologischen Kapazitäten gelingen, wenn die reichen Industrienationen ihren Pro-Kopf-Konsum an natürlichen Ressourcen drastisch reduzieren.

Das System des globalen Handels wirkt jedoch derzeit in die entgegengesetzte Richtung. Entwicklungsländer mit den niedrigsten Pro-Kopf-Niveaus an Ressourcenentnahme und Ressourcenkonsum sind jene Länder mit den höchsten Pro-Kopf-Nettoexporten an Ressourcen; Ressourcen, die zum größten Teil in den Industrieländern konsumiert werden (Giljum et al., 2009). Gleichzeitig sind es oft die ärmsten Länder des globalen Südens, die am heftigsten vom Klimawandel betroffen sind (etwa in Form von Dürren, Überflutungen, Sturmkatastrophen, etc.), obwohl der Beitrag dieser Länder zum globalen Problem vernachlässigbar klein ist (UNFCCC, 2007).

Viele Volkswirtschaften in Afrika, Lateinamerika und Asien sind nach wie vor zu einem hohen Maß vom Export von – meist unverarbeiteten – Rohstoffen abhängig (zum Beispiel UNCTAD, 2004). Die Preise für Rohstoffe sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen und einige Entwicklungsländer haben davon profitiert (IMF, 2008). Die Abhängigkeit von Preisschwankungen auf den Weltmärkten sowie die Umweltbelastungen, die mit dem Abbau und der Verarbeitung von Rohstoffen zusammenhängen, bleiben durch diese Spezialisierung im Rohstoffbereich jedoch bestehen. Gleichzeitig sind Netto-Importeure unter den Entwicklungsländern, etwa von Nahrungsmitteln und Erdöl, von den gestiegenen Rohstoffpreisen stark negativ betroffen.

Die globalisierte Weltwirtschaft schließt heute vor allem die reichen OECD-Länder sowie einige Schwellenländer (wie China, Indien oder Brasilien) mit ein. Viele Entwicklungsländer (insbesondere das südliche Afrika, aber auch Zentralasien oder Teile Lateinamerikas) konnten von dieser wirtschaftlichen Entwicklung jedoch nicht profitieren, da wichtiges Investitionskapital aus dem Ausland fehlt, um eine erfolgreiche Anbindung an die Weltmärkte herzustellen. Von den Industrieländern seit Jahrzehnten versprochene Entwicklungshilfezahlungen (insbesondere das UN-Ziel, 0,7 % des BIP für Entwicklungshilfe aufzuwenden) bleiben nach wie vor hinter den versprochenen Beträgen zurück.

Der Schuldenberg der Entwicklungsländer ist – trotz Schuldenerlässe – nach wie vor sehr hoch und beträgt, Schätzungen der Weltbank zufolge, heute zwischen 2.500 und 3.000 Milliarden Dollar (World Bank, 2009). Dies führt dazu, dass in vielen Ländern des globalen Südens große Teile der Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufgewendet werden müssen und für die Investition in zentrale Entwicklungsbereiche wie Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur fehlen.

1.1.5 CO₂-Emissionen und Ressourcen

In den letzten Jahren haben die anthropogenen Veränderungen der natürlichen Umwelt immer drastischere Formen angenommen. Studien wie der „State of the European Environment“-Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA, 2005), der „Living Planet Report“ des WWF (2008) oder die „State of the World“-Serie des Worldwatch Institutes (2008) zeigen, dass die Ressourcengrundlagen unserer Gesellschaft ernsthaft Gefahr laufen, überbeansprucht zu werden oder gar zu kollabieren. Viele Arten sind vom Aussterben bedroht, Fischbestände nehmen drastisch ab, Wasservorräte sinken, Böden erodieren, das Abfallvolumen und der Energie- und Ressourcenverbrauch steigen; und die notwendige signifikante Reduktion von Treibhausgasemissionen erscheint in weiter Ferne. Die Geschwindigkeit des globalen Wandels übersteigt die Regenerationsfähigkeit von natürlichen Systemen und bedroht in erheblichem Maße die Grundlage unserer Lebensqualität.

Einerseits steigt die Nachfrage nach Ressourcen, andererseits erreichen auch die Umweltauswirkungen dieser Nachfrage bislang ungekannte Ausmaße (Giljum, Lutter, 2009). Auf beide Aspekte wird in den nächsten Absätzen näher eingegangen.

Ressourcenverbrauch

Der Verbrauch an natürlichen Ressourcen hat sich in den letzten Jahrzehnten durch das weltweite Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum stark erhöht. Im Jahr 1980 wurden den

globalen Ökosystemen knapp 40 Milliarden Tonnen biotische und abiotische Ressourcen entnommen, heute liegt der Verbrauch bei knapp 60 Milliarden Tonnen – eine Erhöhung um knapp 50 % (Behrens et al., 2007; SERI, 2009). Szenarien sehen die Extraktion von 80 Milliarden Tonnen bis 2020 vorher (200 % des Wertes von 1980), um genügend Ressourcen für die globale Wirtschaft bereitzustellen (Giljum et al., 2008). Wenn sich der momentane Trend fortsetzt, könnte die Ressourcenentnahme bis zum Jahr 2030 sogar auf 100 Milliarden Tonnen anwachsen (Giljum et al., 2009; Lutz, Giljum, 2009).

Dabei ist – global gesehen – das Ausmaß des Ressourcenverbrauches sehr ungleich verteilt. Nach einer Durchschnittsbetrachtung nach Kontinenten konsumieren Menschen in reichen Ländern bis zu zehnmal mehr natürliche Ressourcen als BewohnerInnen armer Länder. Europa und die Vereinigten Staaten sind die Weltregionen mit dem höchsten Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch. Im Schnitt konsumieren NordamerikanerInnen etwa 90 Kilogramm Ressourcen pro Tag und Kopf, EuropäerInnen etwa 45 Kilogramm. In Afrika liegt der Pro-Kopf-Verbrauch bei etwa zehn Kilogramm pro Tag (Giljum et al., 2009).

Zwar ging das Wachstum der weltweiten Ressourcenentnahme Anfang der 1990er Jahre wegen der Rezession in den ehemaligen Ostblockstaaten kurzfristig zurück, seit 2002 zeigen sich allerdings erhöhte Wachstumsraten der weltweiten Ressourcenentnahme, besonders wegen der steigenden Nachfrage nach Rohstoffen in Schwellenländern (allen voran China und Indien). Insgesamt kann festgestellt werden, dass in den letzten 25 Jahren die Nachfrage nach *allen* Kategorien von Rohstoffen gewachsen ist. Die Nachfrage nach nicht erneuerbaren Ressourcen wie Metallen, Industrie- und Baumaterialien fällt allerdings höher aus als die nach erneuerbaren Ressourcen wie Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft oder Fischerei. Die momentane Wirtschafts- und Finanzkrise bewirkt einen leichten Rückgang in der Ressourcennachfrage, allerdings bleibt das Extraktionsniveau weiterhin sehr hoch (Giljum, Lutter, 2009).

Ressourcenverfügbarkeit

Obwohl Österreich und die gesamte EU zunehmend im Dienstleistungssektor agieren, hängt die Wirtschaft dennoch in hohem Maße von der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen ab. Über den genauen Zeitpunkt von „Peak Oil“ sind sich WissenschaftlerInnen uneinig, aber über das generelle Eintreten des Rückgangs der jährlichen Ölfördermenge in der näheren Zukunft besteht kein Zweifel. Es gibt eine Reihe von Szenarien mit unterschiedlichen Ergebnissen; alle Studien kommen jedoch zu dem Schluss, dass Peak-Oil zwischen 2020 und spätestens 2050 erreicht werden wird. Die Erschöpfung der Ölreserven wird für den Zeitraum zwischen 2055 und 2100 prognostiziert (zum Beispiel BGR, 2006, oder Wood et al., 2004). Ein tiefgreifender Strukturwandel ist notwendig, um die entstehende Versorgungslücke zu schließen – nicht nur wegen Peak Oil, sondern auch wegen dem sich abzeichnenden Rückgang der jährlich verfügbaren Menge bei anderen Ressourcen. Richard Heinberg (2007) prägt in diesem Zusammenhang den Begriff „Peak Everything“. Damit beschreibt er, dass auch andere Ressourcen neben Erdöl den Punkt ihrer maximalen jährlichen Nutzung bereits überschritten haben oder bald überschreiten werden – etwa andere fossile Energieträger wie Erdgas und Kohle, aber auch die Getreideproduktion, die Uranproduktion, die Verfügbarkeit von Frischwasser, landwirtschaftliche Anbauflächen oder die jährliche Extraktion einiger essenzieller Metalle und Mineralien (unter anderem Kupfer, Silber, Gold, Platin und Zink) (Hinterberger, Pirgmaier, 2009).

Die Knappheit von sogenannten „kritischen Metallen“ wird die Europäische Wirtschaft stark betreffen. Viele Güter des täglichen Bedarfs beinhalten kleine – aber eben kritische – Mengen von bestimmten Metallen wie Gallium, Indium oder Platin. Die Nicht-Verfügbarkeit dieser Metalle bedroht ganze Wirtschaftszweige (z. B. die Herstellung von Mobiltelefonen oder Bildschirmen). Auch die Entwicklung von neuen umweltschonenden Technologien kann von der Ressourcenknappheit betroffen sein (Bleischwitz et al., 2009). Ein Beispiel dafür ist die neue Generation von Solarzellen, die auf Indium-Gallium-Arsenid als Halbleitermaterial aufbauen. Die Rohstoffknappheit begrenzt somit die Möglichkeiten, mit neuen Technologien

zu einer sauberen Energieversorgung in der Zukunft beitragen können (Giljum, Lutter, 2009). Darüber hinaus drohen die Preise vieler anderer relevanter Rohstoffe weiter dramatisch anzusteigen. Dieser Umstand wird einen starken Effekt auf die österreichische und europäische Wirtschaft haben.

Ähnlich oder noch bedrohlicher ist die Tatsache, dass auch erneuerbare Ressourcen wie Wälder, Böden und Wasser derart beansprucht werden, dass die Gefahr besteht, dass sie ihre ökologischen Funktionen und somit die Versorgung der Weltbevölkerung nicht mehr erfüllen können (UNEP, 2007). 2005 hat die Menschheit bereits knapp ein Drittel mehr Ressourcen verbraucht, als die Ökosysteme zur Verfügung stellen können. Diese Überschreitung der Biokapazität – das ist die Fähigkeit der Natur, Rohstoffe auf- und Schadstoffe abzubauen – kann mit dem Konzept des ökologischen Fußabdrucks sichtbar gemacht werden. Anfang der 1990er Jahre von William Rees und Mathis Wackernagel entwickelt, stellt der ökologische Fußabdruck die Fläche, die wir beanspruchen, der Fläche, die wir zur Verfügung haben, gegenüber und vermittelt so ein Bild über die ökologischen Grenzen der Erde. Bei einer Überschreitung der Biokapazität spricht man vom sogenannten „Overshoot“ (WWF et al., 2008).

Ressourcenabhängigkeit

Österreich und die gesamte EU sind zunehmend von Importen natürlicher Ressourcen aus anderen Weltregionen abhängig. Ein Drittel der in Europa verbrauchten Rohmaterialien (vor allem Metalle) und Energieträger werden bereits importiert, wobei der Großteil der wichtigen Lagerstätten für diese Arten von Rohstoffen außerhalb Europas liegt (Giljum, Polzin, 2009). Rocholl et al. (2006) zeigen, dass ohne große Veränderungen in den nächsten 20 bis 30 Jahren etwa 70 % der in der EU verbrauchten Energie aus Importen stammen werden. Ernst&Young (2006) beziffern die Importabhängigkeit der EU von Eisenerzen mit 83 %, für Bauxit mit 80 % und für Kupfer mit 74 %. Die Situation in Österreich ist ähnlich kritisch. Im Jahr 2006 wurden 33 Millionen Tonnen (oder 63 %) mehr Ressourcen und Produkte importiert als exportiert. Die größten Abhängigkeiten bestehen im Bereich der fossilen Energieträger. Hier übersteigen die Importe die heimische Entnahme um etwa das Achtfache. Aber auch bei Metallen wird ein Siebenfaches der in Österreich vorhandenen Ressourcen verbraucht (Giljum et al., 2009). Durch die zunehmende Ressourcenknappheit wird der Wettbewerb um Ressourcen auf den Weltmärkten langfristig zunehmen und das Risiko von Ressourcenkonflikten steigen.

Ressourceneffizienz

Diese Entwicklungen ließen sich trotz massiver technologischer Entwicklungen und Effizienzsteigerungen in den letzten Jahrzehnten nicht eindämmen. Die globale Entnahme von natürlichen Ressourcen für die Produktion und den Konsum von Produkten und Dienstleistungen stieg zwischen 1980 und 2005 um knapp 45 % an. Die Weltwirtschaft (gemessen in BIP) wuchs im selben Zeitraum um 110 %. Das bedeutet, dass eine relative Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch erreicht werden konnte. Da jedoch die relativen Effizienzgewinne insgesamt durch Wachstum überkompensiert werden, nimmt der absolute Ressourcenverbrauch weiter zu (Giljum, Lutter, 2009) (siehe auch Kapitel 2.4). Tim Jackson argumentiert in diesem Kontext: „Simplistic assumptions that capitalism’s propensity for efficiency will allow us to stabilise the climate and protect against resource scarcity are nothing short of delusional. Those who promote decoupling as an escape route from the dilemma of growth need to take a closer look at the historical evidence – and at the basic arithmetic of growth“ (Jackson, 2009).

Die weltweit zunehmende Ressourcenentnahme sowie die steigenden Produktions- und Konsumaktivitäten innerhalb Europas führen nicht nur zu Umweltproblemen. Sie sind oft auch mit sozialen Problemen wie schlechten Arbeitsbedingungen oder Verletzungen der Menschenrechte verbunden. Europa profitiert momentan von einem Ressourcentransfer aus Entwicklungsländern mit niedrigem Ressourcenverbrauch in reiche Länder mit hohem Ressourcenverbrauch. Mit den Umweltbelastungen müssen aber jene Menschen zurechtkom-

men, die Ressourcen abbauen und verarbeiten, oder all jene, die nicht über genügend Mittel verfügen, sich an verschlechterte Umweltbedingungen anzupassen. Die Ungleichheit in der globalen Verteilung von Ressourcennutzung wirft Fragen nach der globalen Gerechtigkeit auf. Zu Recht streben die 75 % der Weltbevölkerung, die heute noch in Armut leben, nach wirtschaftlicher Entwicklung und materiellem Wohlstand, um ein „gutes Leben“ führen zu können. Die Lösung dieses Verteilungsproblems kann allerdings nicht in der weltweiten Ausdehnung des ressourcenintensiven Wirtschaftsmodells der reichen Länder auf sechs bis zehn Milliarden Menschen bestehen, da dies ökologisch nicht möglich ist. Um die Lebensqualität dieser Menschen zu erhöhen, müssen Regionen mit einem hohen Pro-Kopf-Verbrauch, wie etwa Österreich, ihren absoluten Ressourcenverbrauch reduzieren. Diese Ansicht ist in der globalen Diskussion um die Klimaziele bereits aufgenommen worden und sollte auch auf den Bereich der Ressourcennutzung ausgedehnt werden (Giljum et al., 2009; Giljum, Lutter, 2009).

Klimawandel

Das derzeit prominenteste Beispiel globaler Umweltveränderungen ist der Klimawandel. Trotz enormer technischer Fortschritte sowohl zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen als auch zur Steigerung der Energieeffizienz nimmt die globale CO₂-Belastung zu. Die vom Menschen verursachte globale Erwärmung betrug in den letzten 100 Jahren etwa 0,6 °C, wobei der lineare Erwärmungstrend über die letzten 50 Jahre fast doppelt so hoch ist wie derjenige über die letzten 100 Jahre (IPCC, 2007). Es besteht wissenschaftlicher Konsens darüber, dass sogar ein Temperaturanstieg von „nur“ 2 °C katastrophale Konsequenzen für Umwelt und Wirtschaft nach sich ziehen könnte. Hier werden neben Vermeidungsstrategien auch Anpassungsstrategien notwendig sein, um negative ökologische, wirtschaftliche und soziale Folgen des langfristigen Temperaturanstiegs abzuschwächen.

In den letzten Jahren haben Berechnungen mit integrierten Wirtschaft-Energie-Klima-Modellen gezeigt, dass die Kosten von Klimaschutzmaßnahmen jährlich in etwa 1–2 % des globalen GDP ausmachen und daher ziemlich moderat sind, während die Kosten eines Nichthandelns um ein Vielfaches höher liegen. Diese Resultate werden prominent im sogenannten Stern-Bericht (2006) und im 4th Assessment Report des IPCC (IPCC, 2007) diskutiert. Der Stern Report beziffert die Gesamtkosten und -risiken des Klimawandels, wenn wir nicht handeln, mit dem Verlust von wenigstens 5 % des globalen Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Wenn man eine breitere Palette von Risiken und Einflüssen berücksichtigt, dann könnten die Schadensschätzungen auf 20 % oder mehr des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Auf der anderen Seite berechnet Stern die Kosten des Handelns – das heißt des Reduzierens der Treibhausgasemissionen auf zwischen 500 und 550 ppm CO_{2e} (CO₂-Äquivalente), um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden – auf etwa 1 % des globalen Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Die Berechnungen verdeutlichen, dass die Vorteile eines entschiedenen und frühen Handelns die wirtschaftlichen Kosten des Nichthandelns bei weitem überwiegen. Daraus leitet sich unmittelbar ab, dass globales Handeln sehr rasch notwendig ist und dass effektive Institutionen und Technologien im globalen Rahmen zu installieren sind. Bereits 133 Staaten, unter ihnen 16 führende Wirtschaftsmächte und die EU, haben die Bedeutung der 2-°C-Temperaturgrenze erkannt. Viele dieser Staaten haben sich das Ziel, den Temperaturanstieg aufgrund von Treibhausgasemissionen auf maximal 2 °C zu begrenzen, auf die Fahnen ihrer klimapolitischen Anstrengungen geheftet. Neueste Forschungsergebnisse zeigen, dass realistischerweise die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 °C nur mit der Limitierung der globalen CO₂-Emissionen bis 2050 erreicht werden kann. Der wissenschaftliche Beirat der deutschen Bundesregierung zu globalen Umweltveränderungen (WBGU) rückt das sogenannte CO₂-Globalbudget ins Zentrum seiner Überlegungen zur Gestaltung eines neuen Weltklimavertrags. Das CO₂-Globalbudget ist eine globale Obergrenze für CO₂, das in die Atmosphäre gelangen darf, um die noch akzeptable „2-°C-Leitplanke“ nicht zu überschreiten. Das bis 2050 noch verfügbare Budget an CO₂-Emissionen lässt sich aus der 2-°C-Grenze relativ leicht ableiten – 750 Mrd. t CO₂, wenn die Leitplanke mit einer Wahrscheinlichkeit von 67 % eingehalten werden soll; 600 Mrd. t CO₂, wenn diese Wahrscheinlichkeit auf 75 % erhöht werden soll (zum Vergleich: Im Jahr 2007 wurden global

etwa 30.000 Tonnen CO₂ emittiert). Damit stünde der Menschheit eine festgelegte Emissionsmenge zur Verfügung, über deren Aufteilung verhandelt werden kann. Dieses globale Budget gilt es, angemessen auf alle Industrienationen, Schwellen- und Entwicklungsländer zu verteilen. Der WBGU-Budgetansatz liefert in Verbindung mit fundamentalen Gerechtigkeitsvorstellungen konkrete Zahlen für die jeweiligen Emissionsbegrenzungen der Nationen. Den ethisch robustesten Schlüssel bietet eine Zuweisung pro Kopf. Damit verfügt jeder Staat über ein genau bestimmbares „Atmosphärenkapital“, mit dem er bis 2050 flexibel wirtschaften und auf internationalen Märkten handeln kann. Die vom WBGU vorgeschlagene Verteilung entspricht für den Zeitraum 2010–2050 etwa 2,7 t CO₂ pro Kopf im Jahr 2010. Gegen Ende des Budgetzeitraums sollten die Emissionen bei etwa 1 t CO₂ pro Kopf und Jahr liegen. Nach 2050 darf in jedem Fall global nur mehr eine kleine Menge CO₂ ausgestoßen werden, nämlich in der Höhe des globalen Restbudgets. Reiche Länder haben nach dem Budgetansatz hohe Reduktionsverpflichtungen und umfangreiche Technologie- und Finanztransfers an Entwicklungsländer zu leisten, die Schwellen- und Entwicklungsländer müssen akzeptieren, dass eine Entwicklung auf Basis fossiler Energieträger nicht mehr möglich ist und sie ihre Volkswirtschaften mittel- und langfristig und mit Unterstützung der Industrieländer ebenfalls dekarbonisieren müssen. Die Analyse des WBGU zeigt deutlich, dass über 100 Länder jetzt einen Transformationsprozess einleiten müssen, der ihre Emissionen zunächst möglichst schnell stabilisiert, dann signifikant reduziert und schlussendlich zur vollständigen Dekarbonisierung der sozioökonomischen Prozesse bis 2050 führt. Um die Implementierung der angestrebten Ziele zu gewährleisten, sollten alle Länder explizite Dekarbonisierungsfahrpläne mit international überprüfbaren Zwischenzielen erstellen (WBGU, 2009).

In der Debatte um die Umsetzung einer nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung auf globaler Ebene gewinnt das Ziel eines (pro Kopf betrachtet) gleichen Rechts auf Ressourcennutzung jedes Erdenbürgers/jeder Erdenbürgerin zunehmend an Bedeutung. Ein ökologischer Fußabdruck (siehe Definition oben) von ein bis zwei Hektar oder fünf bis sechs Tonnen nicht erneuerbarer Ressourcen pro Kopf können dabei als Richtschnur für eine ökologisch wie ökonomisch zukunftsfähige Entwicklung dienen.

Ein neuer Ansatz, um der Menschheit bei der Bewältigung des Klimawandels und anderer Umweltgefahren zu helfen, wurde kürzlich von einem 28-köpfigen Team von internationalen UmweltforscherInnen rund um Johan Rockström, Präsident des Stockholm Environment Institutes, vorgestellt. Das Forschungsteam hat für neun Umweltbereiche planetare Grenzen („planetary boundaries“) vorgeschlagen, innerhalb derer sich die Menschheit in einem „safe planetary operating space“ befindet. Nach Meinung der ForscherInnen funktioniert das System Erde bei Überschreitung dieser Grenzen nicht stabil genug, um der Menschheit langfristig eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Grenzwerte wurden für folgende Umweltbereiche aufgestellt: Klimawandel, Artensterben, Stickstoff- und Phosphorkreislauf, Ozonschicht, Versauerung der Ozeane, Wasserverbrauch, Landnutzung, Luftverschmutzung und Chemikalien. Für sieben Umweltbereiche wurden quantifizierbare Zielbereiche ermittelt (z. B. für Klimawandel: CO₂-Konzentration in der Atmosphäre <350 ppm und/oder eine maximale Veränderung von +1 W m⁻² im Strahlungsantrieb für Klimawandel; oder für Biodiversität: jährliche Rate von <10 aussterbenden Arten auf eine Million Arten). Die Studie zeigt, dass drei dieser Grenzwerte (Klimawandel, biologische Diversität und Stickstoffkreislauf) bereits überschritten wurden, und betont, dass die Grenzen stark voneinander abhängig sind und interagieren. Die ForscherInnen geben zu, dass die Quantifizierung der Grenzwerte nicht einfach und mit vielen Unsicherheiten behaftet ist. Sie gehen nach eigenen Angaben von einer konservativen Schätzung aus. Das vorgeschlagene Konzept der „Planetary Boundaries“ ist ein Erstversuch, planetare Grenzen zu identifizieren und zu quantifizieren (Rockström et al., 2009).

Abschließend kann festgehalten werden, dass es hinreichend Indizien dafür gibt, dass viele Möglichkeiten für eine Dekarbonisierung der Wirtschaft bestehen, die mit geringen oder keinen Kosten verbunden sind und von denen zudem schwer von der Krise getroffene Branchen (wie z. B. die Bauindustrie) profitieren. Außerdem ist eine Steigerung der Ressourcen-

und Energieeffizienz und die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Materialverbrauch sowie der damit verbundenen negativen Umweltfolgen nicht nur aus umwelt- und entwicklungspolitischer Sicht ein wichtiges Thema sind, sondern auch für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit (siehe z. B. Rayment et al., 2009). Ressourcennutzung und Materialeffizienz sind in den letzten Jahren auch zu Kernthemen in verschiedenen Politikbereichen auf nationaler und EU-Ebene geworden sind, jedoch fehlen konkret formulierte Ziele sowie Zeitpläne und Politikinstrumente bislang fast völlig. Viele politische Pläne greifen zu kurz, sind wenig strategisch ausgerichtet und bleiben auf der Ebene genereller Absichtserklärungen. Dabei sind konkrete Politikmaßnahmen mit klaren Zielen und Sanktionsmechanismen bei Nicht-Erreichung unabdingbar, damit Unternehmen und die Bevölkerung die richtigen Signale für Verhaltensänderungen bekommen (Giljum, Polzin, 2009).

1.2 Wachstumspfade

1.2.1 Konventionelle Wachstumsperspektive

Das Wachstumsparadigma war in der Vergangenheit maßgeblich für die steigende Lebensqualität verantwortlich: Wirtschaftswachstum war die erfolgreiche Antwort auf die soziale Krise des 19. Jahrhunderts und die Beschäftigungskrise der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts, es war auch das Fundament des Wiederaufbaus der Nachkriegszeit (Hinterberger et al., 2009).

In vielen politischen Bekenntnissen ist hohes Wachstum weiterhin Grundvoraussetzung für die weitere ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung. VertreterInnen des vorherrschenden Wachstumsparadigmas – Steurer (2004) bezeichnet sie als „WachstumsoptimistInnen“ – halten Wirtschaftswachstum für eines der wichtigsten sozioökonomischen und politischen Ziele. Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum gilt gleichwertig mit Preisniveaustabilität, Beschäftigungsstand und einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht im sogenannten „Magischen Viereck“ als Zielvariable der Wirtschaftspolitik (Altmann, 2000). Das Ziel eines rein quantitativen Wirtschaftswachstums war vor dem Einsetzen der Wachstumskontroverse nahezu unumstritten und hat sich im Laufe des Wachstums- und Nachhaltigkeitsdiskurses in jenes von schwacher Nachhaltigkeit transformiert (Steurer, 2004). Schwache Nachhaltigkeit bedeutet, dass ökologische, ökonomische und soziale Ressourcen als unbegrenzt substituierbar angesehen werden. Ökonomie und Ökologie sind demnach gleichrangig.

Auf österreichischer Ebene setzt das von den Sozialpartnern in Auftrag gegebene WIFO-Weißbuch, „Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation“ (Aiginger et al., 2006), auf Wirtschaftswachstum, das auf Innovation und Qualifikation beruht, als wichtigsten Hebel zur Steigerung der Beschäftigung und Verringerung der Arbeitslosigkeit. Technischer Fortschritt und Qualitätsverbesserungen und nicht quantitatives Wachstum auf Basis niedriger Löhne lautet der Kurs. Auf EU-Ebene verständigten sich die Staats- und Regierungschefs in der Lissabon-Strategie darauf, die EU bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“ (Europäischer Rat, 2000).

Aus diesen Bekenntnissen wird deutlich, dass Wirtschaftswachstum als zentrale Lösung für soziale, wirtschaftliche und auch gewisse ökologische Herausforderungen angesehen wird. Unter anderem werden folgende Argumente für die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum angeführt:

- Wachstum erhöht den Wohlstand (das verfügbare Einkommen).

- Wachstum erhöht die Beschäftigung und senkt Arbeitslosigkeit: Gerechtfertigt wird ein hohes Wirtschaftswachstum häufig damit, dass es zusätzliche Beschäftigung induziert. Aus einer Stagnation der Wirtschaft resultiert eine Verminderung der Beschäftigung im Ausmaß der jährlichen Produktivitätssteigerung, da aufgrund von Rationalisierungsinvestitionen die Anzahl der benötigten Arbeitskräfte ständig geringer wird. Das WIFO-Weißbuch schätzt die Wachstumsschwelle, bei der die Beschäftigung zu steigen beginnt, auf 2 %, jene, bei der die Arbeitslosigkeit sinkt, auf 2,5 %.
- Wachstum erleichtert Strukturwandel und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen: (z. B. durch Verkürzung der Arbeitszeit) ohne Beschäftigungsverluste (Altmann, 2000). Ohne Wachstum könne außerdem nicht gewährleistet werden, dass sich ein Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors oder eine umweltfreundliche Ausrichtung des technischen Fortschritts einstellt.
- Wachstum entschärft Verteilungskonflikte: Gemäß der neoklassischen Theorie wird sich das Wachstumsniveau der Entwicklungsländer dem der Industrieländer angleichen, sofern freier Güter- und Kapitalverkehr herrscht; Wachstum erleichtert darüber hinaus die Leistung von Entwicklungshilfeszahlungen. Wachstum entschärft aber auch auf nationaler Ebene Verteilungskonflikte.
- Wachstum erleichtert die Bedienung von Staatsschulden und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme: Zudem ist die wachstumsbedingte verbesserte budgetäre Situation der öffentlichen Haushalte eine hilfreiche Voraussetzung für die Finanzierung umweltschonenderer Produktionstechniken bzw. Konsumweisen.
- Wachstum verschafft einen Vorsprung im internationalen Standortwettbewerb.
- Wachstum stärkt den Umweltschutz durch technologischen Fortschritt bzw. durch mehr zur Verfügung stehende (finanzielle) Mittel. Eine Entkopplung von Wachstum und Naturverbrauch wird für die Zukunft als selbstverständlich angenommen, weshalb auf Wachstum nicht verzichtet werden müsse, im Gegenteil. Wachstum wird oft sogar als Mittel zur Überwindung von Umweltproblemen betont.

Aus den genannten Gründen – die keinesfalls als taxative Aufzählung zu verstehen sind – bleibt die Stimulierung des Wirtschaftswachstums das vorrangige Thema von Wissenschaft und Politik. Wachstum ist jedoch nicht das einzige wirtschaftspolitische Ziel. Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Sicherheit und Stetigkeit der Einkommen sind andere hochrangige ökonomische Ziele. Ein breites Spektrum sozialer und ökologischer Ziele inklusive Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Gesundheit sowie humanitäre, demokratische und kulturelle Ziele kommen hinzu.

1.2.2 Nullwachstumsperspektive

Die letzten fünf Jahrzehnte waren in den industrialisierten und sich industrialisierenden Teilen der Welt von einem nie gekanntem Wirtschaftswachstum geprägt. Dass diese Periode eine einmalige historische Ausnahmesituation sein könnte, wurde kaum diskutiert. Jene, die von den „Grenzen des Wachstums“ sprachen (wie seit Anfang der 1970er-Jahre zum Beispiel Meadows et al., 1972; 1992; 2006), und auch jene, die etwa zur gleichen Zeit erkannten, dass Wirtschaftswachstum nicht immer mit mehr „Freude“ im Leben verbunden ist (Scitovsky, 1976), galten als Spielverderber. Jahr für Jahr mehr zu produzieren, damit mehr zu verdienen und somit mehr zu konsumieren wurde von einem angenehmen Umstand zu einer wirtschaftspolitischen Maxime. Der reiche Teil der Welt hat sich rasch an hohe Wachstumsraten gewöhnt und betrachtet diese als Selbstverständlichkeit (Hinterberger, Pirgmaier, 2009). Doch die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten grundlegend verändert. Durch globalen Wandel, der nicht natürlich passiert, sondern dessen Ursachen anthropogen sind und wofür das Wirtschaftswachstum einen wesentlichen Treiber

darstellt, kann Wirtschaftswachstum die ihm zugesprochene Aufgabe als zentraler Problemlöser immer weniger erfüllen. Zusätzlich ist es relativ wahrscheinlich, dass das Wirtschaftswachstum in Europa für längere Zeit, wenn nicht überhaupt dauerhaft, so niedrig bleibt, dass ohne weitere Maßnahmen die Arbeitslosigkeit massiv und dauerhaft ansteigt.

Die Annahme von niedrigem Wachstum in der Zukunft stützt sich auf unterschiedliche aktuelle Entwicklungen: Der steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen, die damit einhergehende Ressourcenverknappung und -verfügbarkeit und die Konsequenzen anthropogener Veränderungen wie Klimawandel (siehe Kapitel 1.1.5) setzen Wirtschaftswachstum mittelfristig eine Grenze. Um sich ein dauerhaft niedriges Wachstum, ein Null- bzw. Negativwachstum vorzustellen, braucht es daher kein Weltuntergangsszenario. Die Fortschreibung der aktuellen Entwicklungen und ökonomischen Prozesse ist völlig ausreichend: Preismechanismen reagieren auf die Ressourcenzerstörung und -verknappung. Hohe Ressourcenpreise gehen mit einer Erhöhung der Produktionskosten einher, wodurch der gesamtwirtschaftliche Output ins Stocken geraten kann (Anderson, 2007). Steigende Ölpreise in den 1970er Jahren hatten für eine begrenzte Zeit genau diesen Effekt auf die österreichische Wirtschaft.

Darüber hinaus steigt die weltweite Nachfrage nach nahezu allen Ressourcen auch aufgrund des Bevölkerungswachstums und des Aufholens sich spät industrialisierender Länder. Seit 1950 hat sich die Bevölkerung der Erde etwa verzweieinhalbfacht (von rund 2,5 auf rund 6,8 Milliarden Menschen) (UN, 2008). Das globale BIP hat sich in dieser Zeit verneunfacht (von 5.300 auf 47.300 Milliarden International Dollar) (Maddison, 2009). Pro Kopf heißt das, dass ein Erdenbürger/eine Erdenbürgerin heute im Durchschnitt 3,5-mal mehr produziert und konsumiert als 1950. Es ist unmittelbar einsichtig, dass mehr Menschen mehr Ressourcen und Land benötigen und dass dieses „Mehr“ irgendwann nicht mehr abzudecken sein wird. Gleichzeitig ist eine grundlegende Verbesserung der weltweiten Armutssituation in den letzten Jahrzehnten nicht zu beobachten. Das Gegenteil ist der Fall: Die Schere zwischen Arm und Reich geht auf globaler wie nationaler Ebene immer weiter auf, auch wenn es in einzelnen Entwicklungs- bzw. Schwellenländern gelungen ist, eine große Anzahl von Menschen aus der Armutsfalle herauszubringen. Wirtschaftswachstum geht also nicht automatisch mit einer gerechten Verteilung einher.

Sinkende Wachstumsraten in entwickelten Volkswirtschaften können auch das Ergebnis der Industrialisierung in aufstrebenden Nationen oder Regionen wie China, Indien und Lateinamerika sein. Der Innovationsvorsprung der momentan technologisch überlegenen Industrienationen schmilzt durch die „Aufsteiger“, die immens in Bildung und moderne Infrastruktur investieren, zunehmend dahin. Laut Paech (2009) gilt dies vor allem für den Bereich von technologie- und wissensbasierten Exportprodukten. Durch steigende Preise von Ressourcen auf dem Weltmarkt und folglich steigende Produktionskosten für westliche Produzenten werden die Transitionsökonomien innerhalb kurzer Zeit in der Lage sein, den reichen Industrienationen komparative Kostenvorteile streitig zu machen (Anderson, 2007; Paech, 2009). Das könnte die erste Phase eines „two-stage overshoot“ sein (Anderson, 2007): Erstens verliert der Westen relative Kostenvorteile, während einige aufkommende Entwicklungsländer aufholen; in einer zweiten Phase könnten Umweltfaktoren ein Ende des Wachstums der gesamten Weltwirtschaft darstellen.

Selbst wenn technische Lösungen gefunden werden, drohenden Umweltveränderungen entgegenzuwirken, gibt es andere Gründe, die einem weiteren Wirtschaftswachstum gewisse Grenzen setzen. Viele Autoren nennen soziale Faktoren als restriktiv für zukünftiges Wachstum. So beschreibt schon Hirsch 1977 in „The Social Limits to Growth“, dass hoher Konsum, der eine maßgebliche Stütze unseres auf Konsum und Produktion basierenden Wirtschaftssystems ist, ab einem gewissen Niveau abnehmen könnte. Die Vorteile des „Immer-mehr“ sind immer weniger Menschen einsichtig. Der hohe Sättigungsgrad unserer Gesellschaft führt dazu, dass immer mehr Menschen bevorzugen, sich auf hohem Niveau „gut einzurichten“ und ihre nicht materiellen Bedürfnisse (etwa nach mehr Freizeit) zu befriedigen. Wenn

auch auf niedrigem Niveau ist zu beobachten, dass wachsende Teile der Bevölkerung bewusst suffizient leben (Hinterberger, Pirgmaier, 2009). Wenn sich eine große Anzahl an Menschen für „voluntary simplicity“ entscheidet, sinkt der Konsum privater Haushalte als wichtigste Stütze der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Das hätte einen stark abschwächenden Einfluss auf das Wirtschaftswachstum. Eine andere Ursache für Konsumzurückhaltung ist die Stagnation der Nettoealeinkommen. In Österreich liegt das Konsumwachstum in den letzten Jahren unterhalb des langfristigen Durchschnitts (Hinterberger et al., 2009).

Anderson (2007) beschreibt, dass der Markt selbst ein Mittel für die Verlangsamung von Wachstum darstelle. Preisanstiege sind viel effektiver, um den Konsum einzudämmen, als „voluntary simplicity“ oder nachhaltige Lebensstile. Für ihn ist die Kombination von ökologischen und finanziellen Faktoren besonders problematisch für die Wirtschaft, weil die beiden in gewisser Weise voneinander abhängen. Der Mismatch zwischen Ökologie/Realwirtschaft und Finanzwelt ist momentan deutlich sichtbar und birgt die Gefahr von kontinuierlichen Finanzkrisen, wenn das Problem nicht an der Wurzel behandelt wird (Anderson, 2007). Ähnlich formuliert Breitenfellner (2009): „Die aktuelle Finanzkrise kann als Scheitern des Versuches verstanden werden, gegen sinkende Wachstumsraten anzukämpfen.“ Eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums über das realwirtschaftliche Wachstumspotenzial hinaus nährt – wie die aktuelle „Krise“ eindrucksvoll zeigt – lediglich finanzwirtschaftliche Blasen und ist daher wirtschaftlich nicht nachhaltig (Breitenfellner, 2009). Man kann daher die Frage stellen, ob und in welchem Ausmaß die gegenwärtigen Wachstumseinbrüche nicht von überzogenen Finanzmarkterwartungen herrühren, sondern (zumindest auch) von durchaus realwirtschaftlichen „Grenzen“.

Wirtschaftswachstum stößt auch an systemimmanente Grenzen. Empirische Studien zeigen, dass lineares und nicht exponentielles Wachstum der Normalfall entwickelter Volkswirtschaften ist (z. B. Bourcarde, Herzmann, 2006). Das bedeutet, dass fast alle europäischen Staaten zwar absolut wachsen, aber mit abnehmenden prozentuellen Pro-Kopf-Raten. Auch in Österreich ist die pro Kopf erwirtschaftete Güter- und Dienstleistungsmenge seit Mitte des 20. Jahrhunderts zwar stetig gestiegen, die Wachstumsraten nehmen aber ab. Während die österreichische Wirtschaft in den 1950ern um durchschnittlich 6 % wuchs, sank das Wachstum in den 1960ern auf 4,7 %, in den 1970ern auf 3,6 %, in den 1980ern auf 2,3 %, in den 1990ern auf 2,6 % und von 2000–2008 auf 2 % (alle Werte gelten als Durchschnitt einer Dekade laut offiziellen Daten der Statistik Austria). Zudem belegt Miegel (2009), dass seit den 1990ern auch die absoluten Zuwächse des Pro-Kopf-BIP in den westlichen Industrieländern sinken (z. B. Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien, USA, Vereinigtes Königreich). Die bislang übliche Strategie, ökonomische Probleme wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und budgetäre Engpässe mit Hilfe langfristig konstanter Wachstumsraten zu lösen, ist daher zum Scheitern verurteilt. Exponentielles Wachstum, das diese Probleme lösen könnte, ist einerseits langfristig nicht möglich und würde andererseits zu noch größeren Umweltbelastungen führen (Hinterberger, Pirgmaier, 2009).

Diese Argumente verdeutlichen, warum hohe Wachstumsraten langfristig unrealistisch erscheinen. Davon unabhängig ist das Argument, dass Wachstum aus Umweltsicht schädlich wäre. Viele AutorInnen weisen seit geraumer Zeit darauf hin, dass Wirtschaftswachstum positiv mit dem Verbrauch von natürlichen Ressourcen korreliert, also ein anhaltendes quantitativ orientiertes Wachstum die Tragfähigkeit und Regenerationsfähigkeit der Erde überschreitet (vgl. z. B. Arndt, 1978; Daly, 1996; Hamilton, 2003; Stern, 2006; Porritt, 2007; Victor, 2008; Jackson, 2009). Die Umweltveränderungen seit 1950 hat es qualitativ auch in den Jahrhunderten davor gegeben. Aber die Geschwindigkeit, mit der diese in den letzten fünf Jahrzehnten eintraten, ist um vieles größer als jemals zuvor (Hinterberger et al., 2008).

Die konventionelle Antwort von „WachstumsoptimistInnen“ (Steurer, 2001) auf dieses Dilemma ist es, eine Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und seinen negativen Umweltauswirkungen anzustreben. Obwohl jedoch in der Vergangenheit durch Effizienzoffensiven beeindruckende Ergebnisse bei der Erhöhung der Ressourcenproduktivität erreicht werden konnten, ist eine vollständige Dematerialisierung von wirtschaftlichem Wachstum illusorisch.

Bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 2 % und dem Ziel der Reduktion der CO₂-Emissionen auf 20 % des Niveaus von 1990 müsste die Ressourcenproduktivität des Einsatzes fossiler Energieträger pro Jahr um ungefähr 5 % gesteigert werden. Tatsächlich stieg, wie Breitenfellner (2009) nachweist, in allen OECD-Staaten die Produktivität des Energieeinsatzes in der Industrie von 1965 bis 1995 um jährlich 2,5 %. Das bedeutet, dass Rebound-Effekte Effizienzgewinne neutralisieren, der Naturverbrauch weiter ansteigt und somit die oft geforderte und viel beschworene absolute Entkoppelung trotz aller Anstrengungen nicht erreicht wird.

1.2.3 Gegenüberstellung der Wachstumsperspektiven

Aus der Gegenüberstellung dieser beiden Perspektiven wird deutlich, dass das gegenwärtige Wirtschaftswachstum aus mehreren Gründen nicht nachhaltig ist, aber unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in der derzeitigen Form von Wirtschaftswachstum abhängig ist. Wenn nun einerseits fehlendes Wachstum zu massiven Problemen führt und andererseits ökonomische Expansion an ihre Grenzen stößt, stellt sich die Frage, welche neuen Entwicklungsmodelle notwendig sind, um langfristigen Wohlstand in Österreich und dem Rest der Welt zu garantieren. Es sollte über Alternativen zu einem rein auf quantitativem Wachstum aufbauenden Wirtschaftssystem nachgedacht werden, um Lösungen für aktuelle und zukünftige Probleme zu erarbeiten. Dabei ist eine neue Makroökonomie für den Übergang zu einer krisenfesten und nachhaltigen Wirtschaft dringend notwendig. Die Wiederkehr zum Business as usual stellt keine Alternative mehr dar.

Selbst frühe Ökonomen wie John Stuart Mill oder John Maynard Keynes haben eine Zeit vorhergesehen, in der Wachstum abflachen müsse. Herman Daly argumentiert, dass wir die Wahl zwischen einer gescheiterten Wachstumsökonomie und einer erfolgreichen Steady-State-Economy haben, aber eine erfolgreiche Wachstumsökonomie nicht länger möglich sei. „The quantitative expansion of the economic subsystem increases environmental and social costs faster than production benefits, making us poorer not richer, at least in high consumption countries“ (Daly, 2008, S. 2).

Ein anhaltender Wachstumsrückgang ist jedoch wenig untersucht worden. Die wissenschaftliche Literatur zu dieser Problemstellung ist bislang sehr spärlich. Traditionelle Ökonomen haben Nullwachstums-Ökonomien in Rezessionen und Depressionen analysiert, allerdings immer mit dem Fokus auf die möglichst rasche Wiederherstellung von Wachstum. Auf der anderen Seite haben VertreterInnen von „downshifting“ die Position von Individuen und Minderheiten eingenommen und so die Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft und Wirtschaft vernachlässigt. Sogenannte „WachstumspessimistInnen“ (Steurer, 2001) fokussieren üblicherweise auf die Ressourcenproblematik und weniger auf ökonomische Fragestellungen. Das bedeutet: Es gibt derzeit keine makroökonomisch fundierte Theorie und kein Modell, das ökonomische Stabilität ohne Konsum- und Produktionswachstum beschreibt und dabei die ökologische Kapazitäten der Erde miteinbezieht.

1.2.4 Bedingungen für ein qualitatives bzw. nachhaltiges Wachstum

Qualitatives, nachhaltiges Wachstum kann durch drei Bedingungen begünstigt werden:

- 1) eine raschere Erhöhung der Ressourcenproduktivität und geringeres Wachstum der Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Wirtschaftswachstum,
- 2) eine umfassende Ressourcenpolitik (siehe Kapitel 1.1.5 CO₂-Emissionen und Ressourcen) sowie
- 3) die Erhaltung bzw. Erhöhung der – umfassend verstandenen – Kapitalbasis: neben wirtschaftlichem Kapital auch das Natur-, Human- und Sozialkapital.

Minimalbedingung für ein nachhaltiges Wachstum

Als Minimalanforderung an die Ökosoziale Marktwirtschaft kann formuliert werden, dass das Wirtschaftswachstum höher sein muss als die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität und geringer als die Wachstumsrate der Ressourcenproduktivität. Nur so können gleichzeitig

Arbeitsplätze geschaffen und der Ressourcenverbrauch reduziert werden (Spangenberg et al., 2002). Diese zentrale Mindestbedingung erlaubt es, nicht nachhaltige Wachstumspfade frühzeitig zu erkennen. Sie stellt eine notwendige – sicher aber nicht hinreichende – Bedingung für eine nachhaltige Entwicklung dar. Ist sie nicht erfüllt, so ist die Entwicklung definitiv nicht nachhaltig. Umgekehrt ist jedoch offen, ob die in die richtige Richtung verlaufende Entwicklung schnell und stark genug ist, um nachhaltig zu sein. Zudem ist sie rein quantitativ und sagt nichts über die Qualität der Arbeit aus oder darüber, welche Ressourcen verbraucht werden. Gerade dann, wenn Nachhaltigkeit auch zu höherer Lebensqualität führen soll, sind dies jedoch entscheidende Faktoren.

Vier Kapitalien „produzieren“ Lebensqualität

Wie auch von internationalen Organisationen (OECD, Weltbank etc.) anerkannt, ist nicht nur die Erhaltung und Vermehrung wirtschaftlichen (Sach- und Finanz-)Kapitals entscheidend, sondern auch die Erhaltung des sozio-ökonomischen-ökologischen Systems. Dieses System besteht aus:

- der Natur (Naturkapital)
- den Menschen (Humankapital)
- den Beziehungen zwischen den Menschen (Sozialkapital) und den daraus geschaffenen dauerhaften Werten
- Sachkapital (Infrastrukturen, Maschinen ...)

Diese Systemkomponenten bilden die Kapitalbasis einer Volkswirtschaft, die wir zur „Produktion“ von Lebensqualität benötigen. Ein umfassender Kapitalbegriff ist daher erforderlich, definiert als jener Bestand, der jetzigen und zukünftigen Generationen Leistungsströme bereitstellt und somit eine grundlegende Quelle der Lebensqualität darstellt. Zieht man nun diese Kapitalbasis heran, um zukünftiges Wohlbefinden zu erreichen, so ist das Erfordernis der Erhaltung eines gewissen Kapitalbestandes die logische Folge: Man muss in „Lebensqualität“ investieren, darf demnach nicht von ihrer Substanz, sondern ihren Erträgen, also den „Zinsen“, leben.

Die unterschiedlichen Formen von Kapital lassen sich in Grenzen substituieren, also wechselseitig ersetzen (z. B. Natur durch menschengemachte Artefakte), aber eben nur in Grenzen. Dabei ist auch zu beachten: Natürliches Kapital ist keine homogene Kategorie, da es sich aus einem breiten Spektrum von Beständen, das von Ölreserven bis zur Ozonschicht reicht, zusammensetzt. Eine Substitution innerhalb des Naturkapitals ist beispielsweise zwischen Kohle und Öl möglich. Andererseits kann Öl jedoch nicht gegen die Ozonschicht substituiert werden. Eine Substitution ist auch nur solange möglich, wie das natürliche Kapital noch im ausreichenden Ausmaß vorhanden ist. Erreicht es jedoch seinen kritischen Bestand, so ist kein Ersatz durch andere Kapitalarten vertretbar.

Im Kern geht es darum, diese Grenzen nicht zu überschreiten. Darum wird schon seit geraumer Zeit versucht, mit politisch akzeptierten Begriffen wie „Nachhaltigkeit“ und Corporate Social Responsibility die Relevanz der Erhaltung aller Kapitalarten aus Sicht drängender Fragen unserer Zeit aufzuzeigen. Trotzdem sind die „Grenzen des Wachstums“ (Oil Peak, Klimawandel etc.) schon unübersehbar. Raubbau an der Natur erhöht die Verletzlichkeit der Systeme ebenso wie Armut. Arme Menschen haben weniger Möglichkeiten, sich vor Naturkatastrophen und anderen Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität zu „schützen“. Diese umfassende Betrachtung trägt dazu bei, wieder den Menschen in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns zu stellen und ihn nicht durch die anonyme Logik der Verwertung und Vermehrung allein finanziellen Kapitals bestimmt zu sehen.

Dieses umfassende Modell der Kapitalformen eröffnet eine Möglichkeit, neben rein ökonomischen Messgrößen eine große Breite anderer Faktoren in die Definition und Messung von Wachstum einzuschließen. Damit lässt sich eine differenzierte, möglichst umfassende Definition nicht *nur* wirtschaftlicher Entwicklung gestalten und es kann in einer ausgewogenen,

strukturierten und handhabbaren Weise Wachstum auf alle Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung ausgeweitet werden.

2 Handlungsfelder und Strategieansätze zur Verwirklichung einer Ökosozialen Marktwirtschaft

Ausgehend vom Leitgedanken „Lebensqualität für alle – heute und morgen“ werden in diesem Abschnitt Strategieansätze für eine Ökosoziale Marktwirtschaft behandelt, in denen das Ökosoziale Forum konkrete Maßnahmen vorschlägt. Wir haben uns auf Themen konzentriert, die uns angesichts der aktuellen Herausforderungen wesentlich erscheinen, erheben mit der Themenauswahl jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Zunehmende Ressourcenknappheit und abnehmendes Wirtschaftswachstum legen nahe, die Grundausrichtung unseres Wirtschaftens zu überprüfen. Daher stehen ressourcenarmes, qualitatives Wachstum und die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen im Mittelpunkt der Ökosozialen Marktwirtschaft. Dieses hat weitreichende Konsequenzen für die Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Damit wiederum hängen Fragen der Bildung sowie der Migration und Integration unmittelbar zusammen.

Mit den auf uns zukommenden Problemen in der Ressourcen- und Energiepolitik gilt es proaktiv umzugehen. In diesem Zusammenhang ist gerade in Österreich die Frage der Mobilität zentral. Diese Ausrichtung auf mehr „Lebensqualität für alle – heute und morgen“ ist eine enorme Herausforderung. Hierzu braucht es eine Antwort auf die Frage, was soziale Gerechtigkeit – in Österreich wie auch global – bedeutet und wie wir in diesem Bereich Verbesserungen erreichen können.

2.1 Arbeit und Beschäftigung

Der Begriff „Arbeit“ wird in unserer Gesellschaft meist mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt. Erwerbsarbeit ist von zentraler Bedeutung, weil sie die Befriedigung materieller Bedürfnisse ermöglicht und die individuelle Einkommenssicherung garantiert. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Erwerbsarbeit verändert; neben den „Normalarbeitsverhältnissen“ (fixe und ganzjährige Anstellung mit unbefristeten Arbeitsverträgen, acht Stunden pro Tag, betriebliche Einbindung und voller arbeits- und sozialrechtlicher Schutz) treten zunehmend andere Erwerbsarbeitsformen auf. Unter diesen „atypischen“ Beschäftigungsformen versteht man Erwerbsarbeit in Form von Teilzeit- und Leiharbeit, befristeter oder geringfügiger Beschäftigung, Telearbeit, Arbeit auf Abruf sowie die sogenannte neue Selbständigkeit. Sie weichen vom Normalarbeitsverhältnis sowohl im Hinblick auf die Dauer und Kontinuität als auch damit ermöglichter sozialer und materieller Teilhabechancen ab (Fink, 2001).

Für manche Personen vergrößert sich durch geringfügige oder Teilzeitbeschäftigung der persönliche Handlungsspielraum, für andere jedoch bedeutet sie eine unfreiwillige Beschränkung (Die Armutskonferenz³). So sind in Österreich 175.000 Personen trotz ganzjähriger Erwerbstätigkeit armutsgefährdet (Statistik Austria, 2009b). Atypische Beschäftigungsformen bergen daher die Gefahr in sich, dass die Betroffenen in die Armut abgleiten, da sie in der Regel mit niedrigem Einkommen einhergehen. Dieser Umstand wird mit dem Begriff „*working poor*“ umschrieben, da das Einkommen atypisch Beschäftigter trotz voller Erwerbstätigkeit in vielen Fällen nicht zur Deckung des Lebensunterhalts genügt.

Auch wenn die Normalarbeit rückläufige Bedeutung aufweist, ist sie noch immer maßgeblich für das gesellschaftliche und politische Bild der Arbeit und die entsprechende Meinungs- und Entscheidungsbildung ebenso wie für das gesamte institutionelle Gepräge. Daher sind auch die sozialen Sicherungssysteme besser auf die „Normalarbeit“ abgestimmt als auf atypische

³ http://www.armutskonferenz.at/armut_in_oesterreich_workingpoor.htm

Beschäftigungsformen. Die Armutskonferenz⁴ weist darauf hin, dass sich ein geringes Erwerbseinkommen auch in nicht-existenzsichernden Sozialleistungen (die von einer vorherigen Erwerbstätigkeit abgeleitet sind) bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Pension niederschlägt. In Österreich sind beispielsweise über 100.000 Menschen nicht krankenversichert, diese Zahl entspricht beinahe 2 % der Wohnbevölkerung. Das Sozialstaatsmodell sollte daher auch Mindestsicherungselemente sowie universelle, von einer vorherigen Erwerbstätigkeit unabhängige Leistungen enthalten. Auch die Bildungspolitik kann zur Verringerung der Armut beitragen, indem sie die Bildungschancen weiterhin erhöht.

Auch das geistige und psychische Wohlbefinden kann durch atypische Beschäftigung leiden. Die Furcht vor Jobverlust und fehlende Arbeitslosenversicherung sind ebenso belastend wie Zeit- und Leistungsdruck etc. (Fleissner et al., 2002). Natürlich sind nicht alle Formen atypischer Beschäftigung im gleichen Ausmaß von den genannten Gefahren betroffen, jedoch sind sie im Vergleich zu Normalarbeitsverhältnissen deutlicher gefährdet.

2.1.1 Arbeitslosigkeit bekämpfen durch gleichmäßigere Verteilung der Erwerbsarbeit

Die Reduktion der Arbeitslosigkeit stellt besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise eine große Herausforderung dar, da die Arbeitsproduktivität schneller wächst als der Umfang der Produktion. Ihr Abbau darf sich daher nicht allein auf das Ankurbeln der Wirtschaft stützen.

Betrachtet man die Komponenten der Arbeitsproduktivität, so lassen sich daraus Anknüpfungspunkte zur Reduktion der Arbeitslosigkeit erkennen. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität ergibt sich als Produkt der Arbeitsstundenproduktivität und der durchschnittlichen Arbeitsstunden pro Kopf. Sie erhöht sich mit steigender Arbeitsproduktivität pro Stunde und reduziert sich durch verringerte Arbeitszeiten. Aus diesem Zusammenhang wird deutlich, dass eine Senkung der durchschnittlichen Zahl der Jahresarbeitsstunden pro Kopf beispielsweise durch Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit oder verlängerte arbeitsfreie Zeiten (Urlaub, Fortbildung) bei gleicher Produktionsleistung die Zahl der Arbeitsplätze erhöht (Spangenberg et al., 2002). Diese Ansätze zielen auf eine gleichmäßigere Verteilung der Erwerbsarbeit ab, indem Beschäftigte ihren Arbeitsplatz zeitweise oder teilweise für Erwerbslose freimachen.

Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung ist durch Arbeitslosigkeit sowohl ökonomisch als auch sozial benachteiligt. Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung sind ebenso mögliche Auswirkungen wie eine größere Abhängigkeit von staatlichen oder karitativen Einrichtungen. Die Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt ist daher zu forcieren.

Andererseits fühlen sich viele Erwerbstätige durch ihre Arbeit überlastet. Ein Grund dafür liegt darin, dass sie Überstunden bzw. Mehrarbeit leisten müssen. Überstunden sind unterschiedlich zwischen den Geschlechtern verteilt: Rund ein Viertel der erwerbstätigen Männer und ein Achtel der erwerbstätigen Frauen leisten regelmäßig Überstunden (Leitner et al., 2006). Auch der Abbau von Überstunden könnte daher dazu beitragen, die Überlastung von „VielarbeiterInnen“ zu reduzieren und gleichzeitig zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

2.1.2 Aufwertung der unbezahlten Arbeit

Neben der bezahlten Erwerbsarbeit bilden unbezahlte (so genannte informelle) Arbeitsformen wie Hausarbeit, Kinderbetreuung, ehrenamtliche Arbeit etc. eine wichtige Grundlage unseres Wirtschaftens und tragen wesentlich zum Funktionieren unserer Gesellschaft bei. In Österreich lag die durchschnittliche wöchentliche Gesamtarbeitszeit (inklusive unbezahlter Arbeit) für die gesamte Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2002 bei 40,3 Stunden pro Person. Auf die Erwerbsarbeit entfielen dabei 22,3 Stunden pro Woche (55,4 %), während unbezahlte Hausarbeit 12,7 Stunden (31,4 Prozent) und Kinderbetreuung 5,3 Stunden (13,2 %)

⁴ http://www.armutskonferenz.at/armut_in_oesterreich_workingpoor.htm

benötigten (Statistik Austria, 2003)⁵. Diese Zahlen unterstreichen die Wichtigkeit unbezahlter Arbeit.

Das Ausmaß der wöchentlichen Arbeitsbelastung und deren Struktur hängen vom Geschlecht und von den individuellen Lebensumständen (Alter, Kinderzahl, Größe des Haushalts, Erwerbssituation) ab. So arbeiten Österreichs Frauen im Schnitt 45,2 Stunden pro Woche, wovon beinahe 62 Prozent auf Haushalt und Kinderbetreuung entfallen. Bei Österreichs Männern liegt die Gesamtbelastung im Schnitt nur bei 35,1 Stunden, ein Fünftel entfallen dabei auf Haushalt und Kinderbetreuung (Statistik Austria, 2003). Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, dass sowohl bezahlte als auch unbezahlte Arbeit sehr ungleich in der Bevölkerung verteilt sind. Vor allem eine gleichberechtigte Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern ist noch nicht verwirklicht. Unbezahlte Arbeit wird vor allem von Frauen verrichtet, während Männer in geringerem Ausmaß Arbeiten im Haushalt übernehmen, sich der Erziehung der Kinder oder der Pflege von Alten und Kranken widmen.

Hieraus lässt sich ableiten, dass bei der politischen Gestaltung der Arbeit die ausschließliche Fokussierung auf Erwerbsarbeit zu eng ist, auch andere Lebensbereiche müssen ihr gleichgestellt und im Rahmen einer nachhaltigen Beschäftigungspolitik berücksichtigt werden. Ziel ist eine sinn- und qualitätsvolle sowie gendergerechte Verteilung formeller und informeller Arbeit zu einem modernen „Mischarbeits“-Konzept. Bei der Mischarbeit werden neben der Erwerbsarbeit auch alle anderen, in einer Volkswirtschaft relevanten unbezahlten Arbeitsformen, wie Versorgungsarbeit, Gemeinschaftsarbeit und Eigenarbeit⁶, als produktive Beiträge zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft anerkannt (Brandl, Hildebrandt, 2001). Die Erwerbsarbeit bleibt auch im Mischarbeitskonzept dominant, jedoch nicht mehr nach der „3-mal-40-Formel“ (40 Stunden pro Woche, 40 Wochen im Jahr, 40 Jahre im Leben), sondern verbunden mit den anderen Arbeitsformen, wodurch sich die Erwerbsarbeit im Durchschnitt über die gesamte Lebenszeit anders verteilt (Stocker et al., 2006).

Um die gesellschaftliche Anerkennung von informeller Arbeit zu begünstigen, sind bewusstsensbildende Maßnahmen ebenso notwendig wie die Förderung von Väterkarenz sowie die verstärkte Übernahme von Betreuungspflichten durch Männer sowohl im Bereich der Kinderbetreuung und -erziehung als auch bei der Pflege und Betreuung von pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen. Eine Möglichkeit, den hohen Anteil an unbezahlter Arbeit zu reduzieren, besteht in der Umwandlung von informeller Arbeit in Erwerbstätigkeit. Die Überführung bisheriger Haushaltsjobs in den Marktsektor ermöglicht ein breiteres, übersichtlicheres Angebot. Es können Größenvorteile genutzt werden (Dienstleistungen für mehrere AuftraggeberInnen), Qualifikationen können definiert und verbessert werden. Die Tätigkeiten können – wenn sie außerhalb oder zusätzlich zur Familie erbracht werden und angemeldet sind – auch sozial abgesichert werden (Unfall-, Krankheitsrisiko, eigenständige Pension).

Die Integration von informeller Arbeit in den Marktsektor ist in dem Maße zu begrüßen, als sie einer qualitativen Verbesserung der davon betroffenen Dienstleistungen dient und eine gleichmäßigere Verteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern fördert. Sie darf jedoch nicht dazu führen, dass dadurch die Kindererziehung bzw. die Pflege von Familienangehörigen vernachlässigt werden, da mehr Zeit in die Erwerbsarbeit investiert wird. In solchen Fällen kann zwar die Leistung an sich in den Markt integriert werden, daraus ergibt sich aber nicht unmittelbar die Möglichkeit, Zeit für sich selbst, die Familie oder Freunde zu schaffen. Es geht letztendlich darum, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen professionellen Diensten (z. B. im Pflegebereich) und eigenem Engagement zu erreichen.

⁵ Andere Bereiche unbezahlter Arbeit – insbesondere ehrenamtliche Tätigkeiten – sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

⁶ Bei der *Versorgungsarbeit* handelt es sich um Pflegedienste für kranke Familienangehörige oder FreundInnen, um die Altenpflege sowie um die Kinderbetreuung. *Gemeinschaftsarbeit* findet in Form von ehrenamtlichen Tätigkeiten statt. Das Ehrenamt beinhaltet soziale Integration, es bietet die Möglichkeit Qualifikationen zu erwerben, und fördert Lernprozesse. Es wird somit soziales, gesellschaftliches Kapital gebildet. Unter *Eigenarbeit* wird nicht marktförmig organisierte Arbeit verstanden, die in Form von häuslichen Tätigkeiten wie Kochen, Putzen, Einkaufen sowie von Arbeiten im Umfeld des Haushaltes (z. B. um Arbeiten, die „HeimwerkerInnen“ eigenständig durchführen, die selbstständige Renovierung der Wohnung, der Eigenbau von Möbeln, Gartenarbeit etc.) auftritt (Hans-Böckler-Stiftung, 2001).

2.1.3 Forcierung der Chancengleichheit der Geschlechter

Die Forcierung von Chancengleichheit ist nicht nur ein gesellschaftliches Postulat. Die Nutzung des Potenzials der Frauen erhöht das Beschäftigungsangebot, die Effizienz der Wirtschaft und die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt. Diskriminierung bei Löhnen, traditionsbedingte Unterschiede in Erwerbsbeteiligung und Ausbildung sind nicht nur ungerecht, sondern reduzieren Wachstum, Beschäftigung und Konkurrenzfähigkeit.

Die Chancengleichheit von Frauen kann durch den Ausbau qualifizierter und leistbarer Kinderbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten unterstützt werden. Über die Einführung von Quotenregelungen (z. B. im öffentlichen Sektor) kann der Frauenanteil in Führungspositionen erhöht werden. Steuerliche Förderung zertifizierter Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie häuslicher Dienstleistungen begünstigen die Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen ebenso wie Steuerbegünstigungen für Unternehmen, die Kinderbetreuung zur Verfügung stellen. Ein angemessenes und leistbares Bildungsangebot (z. B. Umwandlung eines Teils des Kinderbetreuungsgeldes bei Nichtnutzung in einen Weiterbildungsscheck) sind ebenfalls förderlich. Die Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt kann auch durch z. B. Unterstützung von Mädchen bei atypischer Berufswahl, Maßnahmen zur besseren Bewertung sogenannter frauenspezifischer Berufe und Frauenförderpläne bekämpft werden.

2.1.4 Arbeitsflexibilisierung und Arbeitszeitgestaltung

Eine wichtige Voraussetzung für die Gleichstellung von Frauen sowie generell für eine ausgewogene Work-Life-Balance stellt Zeitautonomie dar, d. h. die Möglichkeit von ArbeitnehmerInnen, je nach ihren Lebensumständen die Arbeitszeit (hinsichtlich Lage und Ausmaß) bis zu einem gewissen Grad selbst gestalten zu können (Leitner et al., 2006).

Wie eine Befragung der European Foundation (2003) zeigt, weicht in Österreich und in allen anderen europäischen Ländern die tatsächliche Arbeitszeit von der gewünschten ab. So streben Österreichs erwerbstätige Männer im Schnitt eine Wochenarbeitszeit von 38 Wochenstunden an (tatsächliche Arbeitszeit: 42 Stunden), während erwerbstätige Frauen eine Arbeitszeit von durchschnittlich 31 Stunden präferieren (tatsächliche Arbeitszeit: 36 Stunden). Bei diesen Zahlen muss berücksichtigt werden, dass sie sich nur auf die Erwerbstätigen beziehen und daher nicht der oben angeführten durchschnittlichen Arbeitsbelastung der gesamten Bevölkerung ab 18 Jahren (Statistik Austria, 2003) entsprechen. Sie illustrieren jedoch, dass viele Menschen – wenn sie die Wahl hätten – kürzere Erwerbsarbeitszeiten bevorzugen würden.

Umgekehrt ist jedoch auch zu beachten, dass viele Personen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, gerne länger arbeiten würden. Teilzeitbeschäftigung ist typisch für Frauen, die sie zumeist deshalb wählen, um ausreichend Zeit für Haushalt und Kinderbetreuung zu haben. Während im Jahr 2008 41,5 % der erwerbstätigen Frauen Teilzeit arbeiteten, lag der Anteil bei den Männern nur bei 8,1 % (Statistik Austria, 2009). Außerdem konzentriert sich die Teilzeitarbeit gegenwärtig stark auf den ohnehin bereits schlecht entlohnten Bereich, woraus sich die ungleiche Einkommens- und in weiterer Folge auch Vermögensverteilung zwischen Männern und Frauen ebenso wie zwischen sozialen Gruppen noch verstärkt.

Wie aber kann erreicht werden, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit besser verteilt und die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern erhöht wird? Ein geeignetes Mittel stellen kürzere Arbeitszeiten dar, die neben der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch den Abbau von Überstunden, die Verlängerung des Erholungsurlaubs oder die Ausweitung von Karenzzeiten (Sabbaticals) umfassen.

Kürzere Arbeitszeiten können die Umverteilung von Arbeit in doppelter Weise unterstützen: einerseits, indem sie zusätzliche Erwerbsarbeitsplätze schaffen; andererseits, indem sie mehr Raum für informelle Tätigkeiten bieten. Dadurch können Beruf und Familie besser vereinbart sowie Überbeanspruchung und arbeitsbedingte Erkrankungen vermindert werden.

Erfahrungen aus Dänemark zeigen, dass eine kürzere Normalarbeitszeit eine Umverteilung von unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern begünstigt. In Dänemark liegt die Normalarbeitszeit in einigen Branchen bei 35 Stunden und auch die Überstundenbelastung ist geringer als in Österreich, außerdem ist das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen groß. Dadurch können mehr Frauen einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen und Männer sich stärker in der Betreuungs- und Hausarbeit engagieren (Leitner et al., 2006).

Die freiwillige Reduzierung der Arbeitszeit muss jedoch, um die (internationale) Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht zu gefährden, ohne Lohnausgleich erfolgen, wodurch sie vor allem Personen mit hoher Qualifikation im oberen Einkommensbereich eine geeignete Alternative darstellt. Gleichzeitig brauchen aber auch BezieherInnen von Niedrigeinkommen verkürzte Arbeitszeiten, um Beruf und Familie besser miteinander in Einklang bringen zu können. Hier müsste die Arbeitszeitverkürzung mit der Einführung entsprechender Mindestlöhne verbunden werden. Zusätzlich wäre die Senkung der Lohnnebenkosten bei niedrigen und mittleren Einkommen eine wesentliche Unterstützung.

Auch flexible Arbeitszeitmodelle (Gleitzeit, Teilzeit, Altersteilzeit, Arbeitszeitkonten, Sabbaticals, Stafettenmodell⁷, Jobsharing etc.) können dazu beitragen, die Arbeit stärker auf individuelle Ansprüche auszurichten. Sie bieten den ArbeitnehmerInnen die Chance, mehr Zeitwohlstand bzw. mehr Zeitsouveränität zu genießen, wodurch Tätigkeiten im Zuge der Nichterwerbsarbeit besser in den Lebensablauf integriert werden könnten. Die Flexibilisierung der Erwerbsarbeit führt aber nur dann zu mehr Zeitsouveränität und höherer Lebensqualität, wenn die Arbeitszeiten in Einklang mit lebensphasenspezifischen Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen stehen (Hans-Böckler-Stiftung, 2001). Daher ist ein gewisses Mitspracherecht der Arbeitskräfte bei der Ausgestaltung der konkreten Arbeitszeiten bedeutend. Die Aufgabe des Staates ist es in diesem Kontext, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Entwicklung und Umsetzung solcher Modelle auf betrieblicher Ebene zu ermöglichen.

Ein früheres Pensionseintrittsalter (Verkürzung der Lebensarbeitszeit) ist unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit nicht zu empfehlen. Es erschwert nicht nur die Finanzierung der Pensionsversicherung, sondern schränkt auch die Möglichkeiten zur Teilnahme am sozialen Leben und zur Umsetzung der Mischarbeit ein (Stocker et al., 2006). Vielmehr ist eine schrittweise Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters gekoppelt an die steigende Lebenserwartung zu befürworten.

2.1.5 Integration von „Problemgruppen“ in den Arbeitsprozess

Wie bereits einleitend erwähnt, muss aktive Arbeitsmarktpolitik auch sozialen Ausgleich zum Ziel haben. Da die Fähigkeiten, Qualifikationen, Bedürfnisse und Vorstellungen der Arbeitskräfte nicht immer den Erwartungen und Anforderungen der ArbeitgeberInnen entsprechen, müssen ausgleichende Maßnahmen getroffen werden. Speziell Menschen, die aufgrund besonderer Verhältnisse und Bedürfnisse (Krankheit, Behinderung etc.) nicht auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß fassen können, sind über einen *erweiterten Arbeitsmarkt* in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Dieser erweiterte Arbeitsmarkt sollte angepasste, geschützte Erwerbsarbeitsmöglichkeiten für „chancenlose“ Langzeitarbeitslose anbieten, für welche die öffentliche Hand bedarfsorientierte Lohnkostenzuschüsse bereitstellt. Er könnte jenen, die durch die Geschwindigkeit, die Qualifikationsanforderungen, die Flexibilität und Mobilität von Arbeitsprozessen trotz Schulung und Aktivierung überfordert sind, eine Alternative bieten (Brandstätter und Weißenberg, 2008). Damit hätten sie die Möglichkeit, in einem Umfeld zu arbeiten, das nicht als

⁷ „Das Stafettenmodell kombiniert den gleitenden Ausstieg aus dem Erwerbsleben mit einem gleitenden Einstieg von ausgebildeten Lehrerinnen und -männern, d. h. Personen teilen ihre Stelle in der letzten Phase vor der Pensionierung mit LehrabgängerInnen. Dieses Modell kombiniert betriebliche Flexibilität mit Solidarität zwischen den Generationen und langjährige Erfahrung mit dem neuesten Stand theoretischen Wissens“ (von Bergen, 2009).

belastend und überfordernd wahrgenommen wird. Um auf individuelle Belastungsgrenzen flexibel eingehen zu können, müsste ein erweiterter Arbeitsmarkt Angebote von stundenweiser Beschäftigung bis hin zur Vollzeit bereitstellen. Beispiele aus der Behindertenhilfe oder der Obdachlosenarbeit zeigen, dass auch derartige Betriebe produktiv arbeiten und eine Eigenerwirtschaftungsquote von bis zu 45 % aufweisen (Dimmel, 2009).

Um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen, bedarf es auch einer beratenden Unterstützung von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen für eine bestmögliche Integration dieser Menschen in den Arbeitsprozess. Für Personen, die dennoch (kurz- oder längerfristig) vom Erwerbsarbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben, ist eine existenzsichernde und repressionsfreie monetäre Mindestsicherung zu garantieren (Die Armutskonferenz⁸).

Darüberhinaus sind auch die Beschäftigungschancen für ältere ArbeitnehmerInnen, MigrantInnen und gering qualifizierte Menschen zu erhöhen. Hier ist die Sensibilisierung von ArbeitgeberInnen, Behörden und Ämtern für die Problemlagen und Potenziale einzelner Zielgruppen besonders wichtig. Einen möglichen Ansatzpunkt stellt auch die Verbesserung des bestehenden Systems der Arbeitsvermittlung durch Beratungs-, Begleitungs- und Betreuungsmaßnahmen dar. Außerdem müssen die Schnittstellen zwischen Sozialleistungsbezug und Arbeitsmarktintegration verbessert werden. Darüberhinaus sollten Unternehmen finanziell und beratend unterstützt werden, wenn sie „problembehaftete“ Arbeitskräfte beschäftigen.

Generell ist es notwendig, eine objektive und realitätsgetreue Abbildung der Arbeitsmarktsituation zu gewährleisten (durch vermehrte Durchführung von Langzeitstudien und Wirkungsforschung), um die bestehenden Probleme zu identifizieren und auf diese bestmöglich reagieren zu können.

2.1.6 Maßnahmen

- Senkung der Lohnnebenkosten besonders bei niedrigen und mittleren Einkommen
- Einführung existenzsichernder Mindestlöhne
- Abschaffung von steuerlichen Begünstigungen für Überstunden
- Abflachung der Altersprofile (Ältere/Jüngere) im Bruttolohn durch Änderung der Gehaltsschemata
- Stärkere Umsetzung von flexiblen Arbeitszeitmodellen (Gleitzeit, Teilzeit, Altersteilzeit, Arbeitszeitkonten, Sabbaticals, Stafettenmodell etc.), über gesetzliche Regelungen (Arbeitszeit, Teilzeitgesetz) und freiwilligen Betriebsvereinbarungen
- Möglichkeit flexibler Teilzeitarbeit (z. B. freiwillig gewählte kürzere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich), v. a. für Personen mit höherem Einkommen und hoher Qualifikation in Betrieben vorsehen
- Schrittweise Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters, gekoppelt an die Steigerung der Lebenserwartung
- Förderung einer ausgewogeneren Verteilung von Erwerbs- und informeller Arbeit – Erhöhung des Frauenanteils in den höheren Einkommens- und Tätigkeitsbereichen (z. B. über Quotenregelungen, Frauenförderpläne oder Gender Budgeting im öffentlichen Sektor, Mentoring-Modelle, flexiblere Arbeitszeitregimes auch für Führungskräfte beiderlei Geschlechts, im Corporate-Governance-Kodex verankerte freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen zur Erreichung bestimmter Frauenanteile in Geschäftsführung und Aufsichtsratsgremien, Aufbau von Expertinnendatenbanken mit potenziellen Aufsichtsratskandidatinnen in der Privatwirtschaft)

⁸ Korrespondenz mit Michaela Moser, Armutskonferenz, am 01.12.2009.

- Förderung einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen durch den Ausbau qualifizierter und leistbarer Kinderbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten
- Steuerbegünstigungen für Unternehmen, die Kinderbetreuung zur Verfügung stellen
- Umwandlung eines Teils des Kinderbetreuungsgeldes bei Nichtnutzung in einen Weiterbildungsscheck
- Gesellschaftliche Anerkennung von informeller Arbeit begünstigen (z. B. durch Förderung der Väterkarenz, Bewusstseinsbildung)
- Förderung der Möglichkeit zur Telearbeit
- Bekämpfung der Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt durch z. B. Unterstützung von Mädchen bei atypischer Berufswahl, verbesserte Informationen bei der Berufs- und Ausbildungswahl für Frauen und Männer auch mit der Zielsetzung, jeweils geschlechtsuntypische Berufe zu ergreifen, Maßnahmen zur besseren Bewertung sogenannter frauenspezifischer Berufe, Frauenförderpläne etc.
- Steuerliche Förderung zertifizierter Betreuungs- und Pflegeleistungen
- Steuerliche Förderung häuslicher Dienstleistungen (mit Obergrenze, zeitlich begrenzt, gebunden an verpflichtendes Qualifizierungsangebot)
- Anreize für Unternehmen, längerfristige Beschäftigung zu schaffen (Bonus bei Ganzjahresarbeitsplätzen z. B. im Bau und Tourismus in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung)
- Finanzielle und beratende Unterstützung von Unternehmen bei der Beschäftigung gering qualifizierter MitarbeiterInnen; Vermeidung sprungfixer Kosten, z. B. bei der Beschäftigung Behinderter
- Etablierung eines geförderten erweiterten Arbeitsmarktes für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, in dem diese sozialversichert sind und ihnen ermöglicht wird, längerfristig am Erwerbsleben teilzunehmen und so wertvolle, bezahlte Beiträge zur gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsmehrung zu leisten
- Sensibilisierung von ArbeitgeberInnen, Behörden und Ämtern für die Problemlagen und Potenziale einzelner Zielgruppen (Menschen mit Behinderungen, MigrantInnen, ältere ArbeitnehmerInnen)
- Verbesserung des bestehenden Systems der Arbeitsvermittlung durch Beratungs-, Begleitungs- und Betreuungsmaßnahmen
- Objektive und realitätsgetreue Abbildung der Arbeitsmarktsituation (vermehrte Durchführung von Langzeitstudien, Wirkungsforschung).

Die Neuorganisation der Arbeit wird auch durch Maßnahmen unterstützt, welche anderen Politikbereichen (z. B. Verteilungspolitik, Bildungspolitik) zuzuordnen sind. Daher finden sich auch in anderen Kapiteln immer wieder Vorschläge, die sich auf die Beschäftigung auswirken.

2.2 Bildung

In der modernen Gesellschaft ist der Bildungsgrad jedes Einzelnen ein entscheidender Faktor für die individuelle, aber auch die kollektive Lebensqualität. Bildung bedeutet für den Einzelnen nicht nur bessere Chancen auf Beschäftigung und ein höheres Einkommen, sondern erleichtert zudem durch die Verringerung sozialer Unterschiede die soziale Integration

und verbessert die Stellung einer Person im Leben in Relation zur Kultur und dem Wertesystem, in dem sie lebt⁹ (Biffl, 2008). In Form von Humankapital bestimmen die Höhe und die Qualität der Bildung in einem Land die Wachstumschancen und die Wettbewerbsfähigkeit. Die Qualifikation der Erwerbstätigen bildet die Grundlage für technischen Fortschritt sowie soziale und organisatorische Innovation. Mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen und bei gegebener Rohstoffausstattung steigt dabei die Bedeutung von Humankapital. Da sich durch den raschen technologischen Wandel der Wissensstand ständig erweitert, kommt – neben der (Erst-)Bildung – der Weiterbildung eine immer stärkere Rolle zu. Dies gilt insbesondere für Österreich, wo die Anzahl der erwerbsfähigen Lebensjahre zunimmt, während die Beschäftigungschancen gering qualifizierter ArbeitnehmerInnen zurückgehen¹⁰ (Aiginger et al., 2006; Guger et al., 2006).

Internationale Rankings der Ausbildung, der Flexibilität und Motivation teilen dem österreichische Ausbildungssystem in der Regel eine gute Platzierung zu. Trotzdem gibt es akuten Handlungsbedarf. Um die Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu halten und die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern, muss die Ausbildung in zukunftsträchtigen Bereichen forciert, die Durchlässigkeit der Bildungsgänge gesteigert und die Bildungschancen benachteiligter Gruppen erhöht werden (Bock-Schappelwein et al., 2006a).

2.2.1 Veraltete Lehrberufe und Mangel an Hochqualifizierten

In der Vergangenheit hat Österreich vor allem von seinem guten dualen Ausbildungssystem profitiert. Berufsbildende Schulen und Lehrstellen bedeuteten qualifizierte und spezialisierte Facharbeiter und Facharbeiterinnen, die Österreich stets einen Wettbewerbsvorteil verschafft haben. Dieser Vorsprung und damit der Wettbewerbsvorteil beginnen nun aber nachzulassen. Denn die Lehrberufe konzentrieren sich großteils auf die Sachgüterindustrie sowie auf traditionelle kaufmännische und persönliche Dienstleistungen und nur in geringem Ausmaß auf naturwissenschaftliche Bereiche und moderne Dienstleistungen (Aiginger et al., 2006, S. 65). Ein noch größeres Problem für den Wirtschaftsstandort stellen aber die Defizite in der tertiären Ausbildung¹¹ dar. Obwohl es einen hohen Anteil sekundärer Abschlüsse¹² gibt, ist die Zahl der tertiären Abschlüsse, insbesondere im Bereich der technisch-naturwissenschaftlichen Studien unzureichend. In Österreich haben 2006 40 % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ein Studium begonnen, das sind zwar um 6 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000, OECD-weit ist die Quote im gleichen Zeitraum jedoch um 9 Prozentpunkte auf 56 % angestiegen.¹³ Der Anteil Hochqualifizierter je Jahrgang ist der drittniedrigste in der OECD und bei den 25–34-Jährigen liegt der Anteil Hochqualifizierter im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich in Österreich um rund 30 % unter dem OECD-Durchschnitt¹⁴ (Zahlen für 2006, OECD, 2008). Darüber hinaus haben Naturwissenschaften und Informationstechnologien auch an den AHS und den BHS einen geringen Stellenwert (Aiginger et al., 2006, S. 65).

Als Ursachen für die geringe Akademikerquote und den geringen Anteil Hochqualifizierter gelten die starke soziale Selektion und die mangelnde Durchlässigkeit des Bildungssystems. Der Bildungsgrad von Kindern und Jugendlichen ist von einer starken Pfadabhängigkeit gekennzeichnet. Die Bildungschancen hängen in erheblichem Maße von der sozialen Herkunft,

⁹ Darüber hinaus wirkt sich höhere Bildung positiv auf den individuellen Gesundheitszustand sowie die Gesetzestreue aus.

¹⁰ Personen mit einem Lehrschul- bzw. Pflichtschulabschluss sind doppelt bzw. fünfmal häufiger von Arbeitslosigkeit bedroht, als jene mit einem Hochschulabschluss (Guger et al., 2006).

¹¹ Unter tertiärer Ausbildung versteht man den Besuch von Universitäten und Fachhochschulen bzw. unter der erweiterten Definition auch pädagogische Akademien sowie Kollegs und Ausbildungen die mit Meister-/Werksmeisterabschlüssen beendet werden.

¹² Der Begriff sekundäre Ausbildung fasst die untere und die obere Sekundarstufe zusammen. Untere Sekundarstufe: Hauptschule und AHS-Unterstufe, obere Sekundarstufe: AHS-Oberstufe sowie Berufsbildenden höhere Schulen (BHS) und Berufsbildende mittlere Schulen (BMS).

¹³ Die Berufsbildenden höheren Schulen bilden eine Sonderform sekundärer Ausbildung mit berufsspezifischer Qualifikation, ihre SchulabgängerInnen beginnen weniger häufig ein Studium als AHS-MaturantInnen.

¹⁴ Auf 100.000 25–34-Jährigen kommen in Österreich 1.139 mit einer höheren beruflichen oder universitären Ausbildung im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich (Tertiär A+B), in der OECD sind es 1.675.

also dem Bildungsgrad und dem Einkommen der Eltern sowie deren Herkunft ab. So bedeuten ein Migrationshintergrund, ein geringes Einkommen oder ein geringer Bildungsgrad der Eltern für deren Kinder deutlich schlechtere Chancen, eine höhere Schule zu besuchen oder studieren zu können. Verursacht wird diese Selektion in erster Linie durch den häufigen Schulwechsel – beim Übergang von der Volksschule in die Hauptschule bzw. AHS und im Anschluss an die Pflichtschule. Besonders bei jungen Schülerinnen und Schülern hängt die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg damit maßgeblich von deren Eltern ab (Aiginger et al., 2006; Bock-Schappelwein, 2006a; OECD, 2008).

2.2.2 „Lebenslanges Lernen“ schwer zugänglich

Trotz der zunehmenden Bedeutung des „lebenslangen Lernens“ für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes und die Beschäftigungssituation sowie Einkommenssituation jedes Einzelnen ist der Zugang zu und die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen in Österreich nur mäßig ausgeprägt.¹⁵ Die OECD (2004) attestierte Österreich zwar eine gute Abstimmung des Weiterbildungsangebotes an den Bedarf, sieht aber gleichzeitig einige Probleme, insbesondere bei der Information, dem Zugang und dem Angebot für bildungsferne Gruppen. Also genau bei jenen Gruppen, die am stärksten von sozialen Risiken und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die starke Zersplitterung, die Unübersichtlichkeit sowie Überschneidungen der Weiterbildungsangebote erschweren den Zugang und machen die sinnvolle Kombination verschiedener Angebote schwierig (Schneeberger et al., 2004).

Entscheidende Faktoren, um die Nachfrage nach Weiterbildung zu stärken und den Zugang zu erleichtern, sind die institutionellen Rahmenbedingungen sowie Finanzierungsinstrumente und Arbeitszeitmodelle. Die institutionellen Rahmenbedingungen müssen einen möglichst ökonomischen Umgang mit der Lebenszeit garantieren können und den (Wieder-)Einstieg in das Bildungssystem in jeder Lebensphase ermöglichen. Die Rahmenbedingungen sollten nicht nur ein Abwechseln von Bildungs- und Erwerbsphasen ermöglichen, sondern auch Möglichkeiten schaffen, Bildungsprogramme neben der Erwerbstätigkeit wahrzunehmen. Finanzierungsinstrumente und flexible Arbeitszeitmodelle müssen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen die Finanzierung von Weiterbildung ermöglichen. Geachtet werden muss dabei nicht nur auf monetäre Mittel, sondern auch auf zeitliche Ressourcen, die für die Inanspruchnahme von Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden können (Bock-Schappelwein, 2006a).

2.2.3 Maßnahmen

Konkrete Vorschläge, um die Durchlässigkeit des Ausbildungssystems und den Anteil der Personen mit einem Abschluss der oberen Sekundarstufe zu steigern sowie die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen zu erhöhen, finden sich bereits im WIFO-Weißbuch (Aiginger et al., 2006; Bock-Schappelwein, 2006a), die wichtigsten sollen hier noch einmal erwähnt und um weitere Vorschläge ergänzt werden:

- Stärkere Modularisierung des Bildungsangebotes, um einen schrittweisen und zielgerichteten Aufbau von (Teil-)Qualifikationen zu ermöglichen (Bock-Schappelwein, 2006a, S. 27)
- Ausbau des Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen für Kleinkinder (Aiginger et al., 2006, S. 137)
- Flächendeckende Nachmittagsbetreuung in den Volksschulen und der unteren Sekundarstufe mit qualifizierter Betreuung bei Hausaufgaben und Freizeitgestaltung (Aiginger et al., 2006, S.137)

¹⁵ Eine repräsentative Befragung in den EU-15-Staaten des European Centre for Development of Vocational Training (2003) ergab, dass sich rund 36 % der befragten ÖsterreicherInnen in den letzten 12 Monaten vor der Befragung fortgebildet haben (EU-15: 20 % DK: 56 %, SWE: 52 %).

- Abschaffung der Differenzierung nach Schultypen für die 6- bis 14-Jährigen, insbesondere zwischen Hauptschule und Gymnasium. Einführung eines modernen Systems der inneren Differenzierung mit dem Ziel, Bildungswegentscheidungen zu reduzieren und Humanressourcen besser zu nützen
- Möglichkeit des kostenloses Nachholens des Hauptschulabschlusses (Aiginger et al., 2006, S. 137)
- Konzentrierte Lehrstellenförderung für zukunftsträchtige Lehrberufe (Aiginger et al., 2006, S. 157)
- Erstellung einer Gesamtstrategie für alle Teilbereiche der Weiterbildung in Verbindung mit einer anbieterübergreifenden, unabhängigen und flächendeckenden Bildungsberatung für alle, um den Zugang zu und die Teilnahme an Weiterbildungsprogrammen zu verbessern (Aiginger et al., 2006, S. 137)
- Ausbau der Bildungskarenz: Neben Einkommensersatzleistungen müssen ein Freistellungsanspruch und eine Rückkehrgarantie gewährleistet werden
- Ausbau der monetären Förderungen für finanziell benachteiligte Schülerinnen und Schüler in weiterführenden Schulen, um die soziale Differenzierung gezielt zu verringern (Aiginger et al., 2006, S. 137)
- Entwicklung von Instrumenten zur Anerkennung von informellem Wissen. Als Vorbild könnten Länder wie Australien, Großbritannien und Irland dienen (Aiginger et al., 2006, S. 137)

Qualitative und quantitative Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur

In Österreich hängen die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in erheblichem Maße von ihrer sozialen Herkunft, also dem Bildungsgrad und dem Einkommen ihrer Eltern sowie deren Herkunft ab. Unter anderem ist dies darauf zurückzuführen, dass nur Eltern mit einer gewissen Ausstattung an Wissen und/oder Kapital in der Lage sind, ihren Kindern die nötige Hilfestellung bei Hausarbeiten und Lernschwierigkeiten zu gewährleisten bzw. in Form von Nachhilfestunden zu finanzieren. Besonders benachteiligt sind in diesem Zusammenhang Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, wo es neben (Human-)Kapital¹⁶ auch häufig an Sprachkompetenz mangelt.

Eine Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur könnte maßgeblich dazu beitragen, diese soziale Differenzierung zu verringern. Darüber hinaus hindern mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten Mütter häufig daran, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder ihr Arbeitsangebot von Teilzeit- auf Vollzeit auszuweiten. Eine Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur in Form von flächendeckender sowie ganztägiger Verfügbarkeit und Betreuung durch qualifiziertes Fachpersonal würde sich in mehrerlei Hinsicht äußerst positiv auswirken. Die Nachmittagsbetreuung von Kindern durch KindergartenpädagogInnen und LehrerInnen würde nicht nur die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen erheblich verbessern, sondern darüber hinaus die unerwünschten Selektionsmechanismen des Bildungssystems entschärfen und die soziale Integration von Migrantinnen und Migranten verbessern.

¹⁶ Siehe dazu Kapitel 2.3 Migration & Integration.

2.3 Migration & Integration

Österreich blickt aufgrund seiner geografischen, ökonomischen und historischen Position auf eine lange Tradition der Zuwanderung zurück. Neben den drei großen Zuströmen politischer Flüchtlinge¹⁷ war die Entwicklung in der Zweiten Republik dabei vor allem durch die Gastarbeiterpolitik der 1960er und frühen 1970er Jahre sowie durch eine anhaltende Verschärfung der Asylbestimmungen seit 1990 geprägt. Der EU-Beitritt Österreichs führte in jüngster Zeit zu einem vermehrten Bevölkerungszustrom aus den alten EU-Ländern. Zudem ist nach dem Ablauf der Übergangsfristen mit stärkeren Immigrationsströmen aus den neuen EU-Ländern zu rechnen (Bauer, 2008).

Bevölkerungsentwicklung

Die Alterung der Bevölkerung Österreichs hat massive Auswirkungen auf die künftige Entwicklung des Arbeitsmarktes. Um eine drohende Knappheit an Arbeitskräften zu verhindern, ist daher nicht nur eine Aktivierungsstrategie zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, sondern auch ein erhebliches Maß an Zuwanderung nötig.

Durch die natürliche Bevölkerungsbewegung¹⁸ nimmt in Österreich der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter¹⁹ zu Gunsten der Älteren stetig ab. Grund dafür sind die anhaltend niedrige Fertilitätsrate, die seit 1973 unter 2 und seit 1994 durchgehend unter 1,5 liegt, sowie die steigende Lebenserwartung. Die Lebenserwartung mit 60 Jahren ist seit 1975 um 5,7²⁰ Jahre gestiegen (Statistik Austria, 2008). Durch Migration konnten die starke Alterung der Bevölkerung und die damit verbundene Verknappung des Arbeitskräfteangebots abgemildert bzw. aufgeschoben werden. Zwischen 1970 und 1988 lag die Bevölkerungszahl in Österreich relativ konstant bei 7,5 Mio. Menschen. Ab 1989 setzte, bedingt durch den Balkankrieg, eine neue Einwanderungswelle ein und die Bevölkerung stieg bis Mitte der 1990er Jahre auf rund 8 Mio. an. Dem anschließenden Einwanderungsrückgang folgte zwischen 2000 und 2008 ein neuerlicher Anstieg²¹, der vor allem auf Familienzusammenführung und wirtschaftliche Migration aus Deutschland und anderen EU-Mitgliedsländern zurückzuführen ist (Aiginger et al., 2008, S. 23).

Ein Abschätzen der künftigen Bevölkerungsentwicklung ist schwierig und die Schwankungen zwischen verschiedenen Prognoseszenarien sind dementsprechend breit. Geht man von einer mittleren Entwicklung der drei Indikatoren Fertilitäts-, Mortalitäts- sowie Zuwanderungsrate²² aus, so steigt die Gesamtbevölkerung bis 2050 von 8,3 Mio. (2007) auf 9,5 Millionen Menschen an (Bevölkerungsprognose der Statistik Austria, 2008, Hauptvariante). Der Anteil der Personen mit nicht-deutscher Muttersprache an der gesamten Wohnbevölkerung beträgt mit 1.1.2009 15,3 % und wird – rechnet man nach der Prognose der Statistik Austria – bis 2025 auf 20 % ansteigen (Aiginger et al., 2006; Biffi, 2006; Statistik Austria; eigene Berechnung).

¹⁷ Ungarischer Volksaufstand 1956/57, Prager Frühling 1968, Niederschlagung der Solidarność -Bewegung in Polen 1981/82

¹⁸ Veränderung der Bevölkerungszahl/struktur durch Geburten, Sterbefälle sowie Eheschließungen.

¹⁹ Erwerbsfähiges Alter: gemeint sind hier Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. Diese Definition richtet sich nach der gängigen statistischen Erfassung.

²⁰ Die Lebenserwartung mit 60 Jahren betrug für Frauen/Männer 1975 19,6/15,6 Jahre. Für 2008 beträgt sie 25,1/21,3 Jahre.

²¹ Die jährliche Nettozuwanderung betrug Mitte der 1990er Jahre rund 58.000 und seit 2000 rund 41.000/Jahr, seit 2005 ist sie leicht rückläufig. Gesamtbevölkerung 2008 8,34 Mio.

²² Die Fertilitätsrate nimmt bis 2029 zu und beträgt dann 1,50. Die Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren steigt bis 2025/2050 um 2,3/5,3 (Frauen) bzw. 2,5/5,7 Jahre (Männer) an. Für die Zuwanderungsrate rechnet die Statistik Austria bis zur vollständigen Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes gegenüber den neuen EU-Ländern 2011 mit einer leichten Abnahme der Nettozuwanderung. Dieser Trend soll nach 2011, wann mit einer Zunahme zu rechnen ist, bis 2020 weiter anhalten. Es folgt eine Phase leichten Anstiegs bis 2035, gefolgt von einem immer stärkeren Rückgang.

Migration verzögert die Alterung der Gesellschaft und verhindert eine drohende Verknappung des Arbeitskräfteangebotes. Wie Untersuchungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Biffl, 2006; Bock-Schappelwein et al., 2009) zeigen, wirkt sich Zuwanderung positiv auf die demographische Entwicklung aus. Migration bremst die Alterung und verhindert bzw. verzögert so eine drohende Verknappung des Arbeitskräfteangebots. Der zu Beginn spürbare negative Effekt auf Arbeitslosigkeit und Löhne ist langfristig gering und steht zudem einer dauerhaft höheren Wertschöpfung gegenüber. Da Migrantinnen und Migranten einen immer größeren Teil der Erwerbsbevölkerung darstellen, ist ihre Qualifikation für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes ein Faktor von entscheidender und gleichzeitig zunehmender Bedeutung. Die schlechte Ausbildung vieler Zuwanderinnen und Zuwanderer gefährdet nicht nur die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, sondern geht für die MigrantInnen mit einem erhöhten Arbeitsplatzrisiko sowie der Gefahr sozialer Spannungen einher.

2.3.1 Arbeitsmarkt

Entscheidend für den Arbeitsmarkt ist in erste Linie die Bevölkerungsstruktur, in Hinsicht auf die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, ihrer Erwerbsbeteiligung und ihrer Qualifikation. Das Wirtschaftsforschungsinstitut (Biffl, 2006; Aiginger et al., 2006) betrachtet in seiner Prognose der Erwerbsbevölkerung und des Arbeitskräfteangebots ein Szenario mit zunehmender Erwerbsbeteiligung als am wahrscheinlichsten. Ausgehend von einer anhaltenden Nettozuwanderung von fast +30.000 Menschen pro Jahr, ist demnach vor Mitte der 2020er Jahre nicht mit einer Knappheit des Arbeitskräfteangebotes zu rechnen. Ab 2015 ist jedoch eine wirtschaftspolitische Aktivierungsstrategie nötig, um die Erwerbsbeteiligung zu steigern.²³

2.3.2 Bildung und Qualifikation

Bock-Schappelwein et al. (2009) stellen fest, dass sich die Qualifikationsstruktur der Zuwanderinnen und Zuwanderer zwar verbessert hat, im Vergleich zur Zuwanderungsstruktur anderer entwickelter Länder jedoch nach wie vor schlecht ist. In Relation zu der in Österreich geborenen Bevölkerung ist bei den Migrantinnen und Migranten der Anteil an gering und sehr gut Qualifizierten hoch und jener im mittleren Qualifikationssegment niedrig.²⁴ Trotzdem liegt der AkademikerInnenanteil bei den im Ausland Geborenen in Österreich mit 11,3 % im OECD-Vergleich an letzter Stelle, was unter anderem auf die in Österreich generell sehr niedrige AkademikerInnenquote zurück zu führen ist²⁵ (OECD, 2008a).

Personen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien stellten 2007 rund die Hälfte (47,9 %) der ausländischen Wohnbevölkerung in Österreich. Sie sind in der Regel schlechter ausgebildet als Migrantinnen und Migranten aus den alten, aber auch neuen EU-Staaten, die zu den am besten qualifizierten Arbeitskräften zählen und mittlerweile den größten Anteil der Nettozuwanderung ausmachen (65,8 % in 2007). Unabhängig davon ist die Qualifikation von Personen, die in den letzten Jahren, insbesondere nach der FremdenGesetznovelle 2002, nach Österreich kamen, signifikant besser als etwa jene der Gastarbeiter, die in den 1960er und 1970er Jahren immigrierten. Es kann daher erwartet werden, dass sich die Qualifikationsstruktur der Zuwanderinnen und Zuwanderer sowohl durch neue gesetzliche Rahmenbedingungen, als auch durch das Ende der Übergangsfristen²⁶ weiter verbessert. Dieser positiven Entwicklung steht jedoch eine Reihe von Problemen gegenüber, die auf akuten Handlungsbedarf hinweisen. Betrachtet man etwa die Qualifikationsstruktur nach dem (Zuwan-

²³ Diese optimistische Prognose unterstellt, dass es gelingt das vorhandene Arbeitskräftepotential zu aktivieren und die Qualifikation, besonders jene der Migrantinnen und Migranten auf die steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes anzupassen.

²⁴ Von der zwischen 2003 und 2006 zugewanderten Bevölkerung haben 32,3 % nur die Pflichtschule abgeschlossen, der Anteil der AkademikerInnen betrug jedoch 18,1 %. Bei der in Österreich geborenen Bevölkerung liegen beide Werte darunter (21,6 % mit Pflichtschulabschluss und 10 % AkademikerInnen).

²⁵ Siehe dazu Fußnote 14. Die AkademikerInnenquote Österreichs ist im internationalen Vergleich generell sehr niedrig (OECD, 2008b).

²⁶ Die Übergangsfristen für die Öffnung des Österreichischen Arbeitsmarktes gegenüber Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten gelten bis 2011 (für die 10 Beitrittsländer aus 2004) bzw. 2013 (für Bulgarien und Rumänien, die 2007 beitraten).

derungs-)Alter so wird deutlich, dass besonders Jugendliche die im Alter zwischen 16 und 19 Jahren und Erwachsene die mit über 40 Jahren zugewandert sind, im Vergleich zu den anderen Gruppen, deutlich schlechter qualifiziert sind. Generell ist die Ausbildungsstruktur der heute 15- bis 29-jährigen Ausländerinnen und Ausländer bedeutend schlechter als jene der (in- oder außerhalb Österreichs geborenen) österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (Bock-Schappelwein et al., 2009).

Besonders deutlich wird die Problematik bei der Betrachtung des Anteils ausländischer Schülerinnen und Schüler nach Schultypen. 2007/08 waren rund 9,4 % aller Schülerinnen und Schüler AusländerInnen. Der Anteil ausländischer Kinder an den Volks- und Hauptschulen lag mit 12,7 % bzw. 11,5 % etwas darüber. Die Werte über dem Durchschnitt sind zum Teil auf die Altersstruktur zurückzuführen. Gemeinsam mit dem sehr hohen Anteil ausländischer SchülerInnen an der polytechnischen Schule (13,6 %) und dem geringen Anteil an den weiterbildenden Schulen (AHS 6,3 %, BHS 5,2 %) deuten sie aber darauf hin, dass Jugendliche ausländischer Herkunft in der Regel früher in den Erwerbsprozess eintreten und keine höhere Schule absolvieren. Der im Vergleich zum Polytechnikum sehr geringe Anteil von AusländerInnen bei den Lehrlingen (6,4 %) muss zudem als klares Indiz dafür gewertet werden, dass viele der ausländischen Jugendlichen ihr Erwerbsleben ohne Berufsausbildung beginnen. Als besonders problematisch erscheint darüber hinaus die Tatsache, dass ausländische Kinder häufig in Sonderschulen abgeschoben werden, im Schuljahr 2007/08 betrug ihr Anteil dort 18,8 %²⁷ (Statistik Austria, 2009).

Dass Kinder mit Migrationshintergrund ihre Ausbildung häufig frühzeitig abbrechen ist auf die starke soziale Selektion des österreichischen Bildungssystems zurückzuführen. In Österreich hängen die Bildungschancen der Kinder in erheblichem Maße von der sozialen Herkunft, also dem Bildungsgrad und dem Einkommen ihrer Eltern sowie deren Herkunft, ab. Bei Migrantinnen und Migranten spielen dabei häufig Sprachdefizite eine entscheidende Rolle. Sie erschweren nicht nur die Integration der gesamten Familie, sondern machen die erfolgreiche Teilnahme der Kinder am Schulunterricht schwierig. Besonders wenn es den Eltern aufgrund mangelnder Sprachkompetenz nicht möglich ist, die Leistungsdefizite ihrer Kinder durch persönliche Hilfestellung, etwa bei Hausarbeiten, zu kompensieren (siehe dazu auch das Kapitel 2.2 Bildung; Biffl, 2004). Die Probleme im Bereich der Qualifikation von Arbeitskräften mit Migrationshintergrund beschränken sich aber nicht auf das Regelausbildungssystem. So nehmen Migrantinnen und Migranten weniger häufig an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Außerdem werden sie in Österreich häufig für Arbeiten eingesetzt, die unter ihrem Qualifikationsniveau liegen. Die Verwertung von im Ausland erworbenem (Fach-) Wissen am österreichischen Arbeitsmarkt gelingt kaum (Bock-Schappelwein et al., 2009).

Migration ist für den Arbeitsmarkt wichtig, darüber hinaus muss jedoch auch die Erwerbsbeteiligung, insbesondere jene von älteren Menschen und Frauen, erhöht werden, um der zu erwartenden Verknappung des Arbeitskräfteangebotes begegnen zu können. Es müssen daher Strategien verfolgt werden, die auf eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine adäquate Anreizstruktur für Frauen und Ältere setzen (siehe dazu Aiginger et al., 2006).

2.3.3 Maßnahmen

Die Qualifikation von Migrantinnen und Migranten ist entscheidend für ihre ökonomische und soziale Integration, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Ergänzend zu den im Kapitel Bildung (2.2) vorgeschlagenen Maßnahmen, die vor allem auf die Verbesserung der Durchlässigkeit im Bildungssystem abzielen und deshalb entscheidende Faktoren für erfolgreiche Integration sind, soll hier auf einige Reformvorschläge hingewiesen werden. Sie sind dem WIFO-Weißbuch (Aiginger et al., 2006, S. 57ff, S. 108ff) entnommen:

²⁷ Sonderschulen fördern Kinder mit verschiedenen Behinderungen sowie lernschwache Kinder.

- Finanzielle Anreize für qualifizierte und hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten: z. B. Studiengebührenbefreiung, Stipendien, Arbeitsbewilligung für qualifizierte AsylwerberInnen und AusländerInnen nach Studienabschluss
- Förderkurse und SpeziallehrerInnen zur Beseitigung von Lernschwächen und Sprachdefiziten
- Verbesserte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und spezielle Angebote zum Nachholen von Schulabschlüssen
- Kulturelle Vielfalt und Sprachdiversität als Chance für Schule und Weiterbildung erkennen und nutzen
- Bessere Einbindung von Migrantinnen und Migranten in institutionelle und politische Gremien und Gruppen, wie Schulorganen, LehrerInnenkörper, AMS, ÖGB sowie diversen Beiräten
- Kombination von Sprachkursen mit Beschäftigungsmaßnahmen

Neben diesen und weiteren Möglichkeiten der Migrationspolitik im Bereich der gesellschaftlichen und politischen Integration (z. B.: Möglichkeiten der Regional- und Kommunalpolitik) müssen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität Österreichs als Arbeitsort für qualifizierte Arbeitskräfte in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Übergangsfristen zur Öffnung des Arbeitsmarktes sollten weiter und nach Möglichkeit noch stärker genutzt werden, um qualifizierte Arbeitskräfte nach Österreich zu holen – auch um die Struktur der zukünftigen Zuwanderung über Kettenmigrationsprozesse positiv zu beeinflussen (Bock-Schappelwein et al., 2009).

2.4 Umfassende Ressourcen- und Energiepolitik

Um einen ökologischen Kollaps zu vermeiden, müssen wir unseren Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Erde grundlegend verändern. Oberstes Ziel ist dabei eine absolute Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs in den Ländern mit derzeit hohem Pro-Kopf-Konsum (dazu zählt auch Europa). Nur dadurch kann der ökologische Spielraum für Wirtschaftswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern geschaffen und eine gerechtere globale Verteilung des Ressourcenkonsums erreicht werden. Dafür ist es notwendig, die Ressourcen- und Energieeffizienz in der Herstellung, dem Transport und dem Gebrauch von Gütern und Dienstleistungen deutlich zu erhöhen.

Mit den beschriebenen geänderten globalen Herausforderungen hat sich mittlerweile auch die Ansicht durchgesetzt, dass eine wirksame Umweltpolitik nicht erst am Ende der Wertschöpfungskette ansetzen darf, sondern an deren Anfang stehen muss (Giljum et al., 2005). Der Grundgedanke ist einfach: Die Umwelt soll entlastet werden, indem man ihr weniger Ressourcen (Material, Energie, aber auch Fläche) entnimmt und in den wirtschaftlichen Prozess einschleust. Im Sinne der Vorsorge soll demnach eine kontinuierliche Reduktion des Material-, Energie- und Flächenverbrauchs des Wirtschaftens angestrebt werden, um langfristig eine Entspannung der Umweltsituation zu gewährleisten. Dies reduziert Kosten gleich mehrfach: Weniger Material muss gekauft und verarbeitet und letztlich muss weniger Abfall entsorgt werden.

Durch eine effizientere Ressourcennutzung ist es möglich, den Wohlstand bei gleichzeitiger Reduzierung des spezifischen Umweltverbrauchs (gemessen als Material-, Energie- und Flächenverbrauch) zu erhalten. Dass dies möglich ist, beweist eine Vielzahl von Beispielen für die mittelfristig praktikable Vervierfachung der Ressourcenproduktivität mittels innovativer und intelligenter Technik sowie neuer Management-Tools (Hargroves et al., 2010).

Fiskalische Instrumente wie Materialsteuern wären ein wichtiges Instrument, um ökonomische Anreize zur Erhöhung der Ressourceneffizienz zu setzen (Behrens et al., 2005). Höhere Ressourceneffizienz bedeutet auch höhere Versorgungssicherheit und eine Zunahme an Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in einer Welt zunehmender Ressourcenknappheit und steigender Rohstoffpreise. Stoffkreisläufe sollten durch Wiederverwendung und Recycling möglichst geschlossen werden. Ein Ersatz von nicht-erneuerbaren durch nachwachsende Rohstoffe ist ein weiteres Element, sofern sichergestellt ist, dass diese in nachhaltiger Form produziert werden. Schließlich gilt es, neue Business-Modelle zu entwickeln, die sich am Verkauf einer Produktdienstleistung orientieren anstatt dem Verkauf des Produktes selbst (Jasch et al., 2007).

Auch wenn es noch keine umfassende Ressourcenpolitik gibt, existieren doch einige vielversprechende Ansätze. So haben zum Beispiel Österreich, die Niederlande, Schweden, Finnland und Japan das Konzept der Ressourceneffizienz in ihre umwelt- und wirtschaftspolitischen Programme aufgenommen. In Österreich wird derzeit unter der Führung des Lebensministeriums ein „Aktionsplan Ressourceneffizienz“ erstellt, der zum Ziel hat, gemeinsam mit Stakeholdern aus öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft Ziele und Maßnahmen zur Erhöhung der Ressourceneffizienz in Österreich zu formulieren und umzusetzen. Auch Deutschland hat in seiner Nachhaltigkeitsstrategie konkrete Kennziffern für die Ressourceneffizienz fixiert. Auf europäischer Ebene wird diesen Entwicklungen unter anderem in der EU-Nachhaltigkeitsstrategie, im sechsten Aktionsprogramm der EU für die Umwelt sowie in der EU-Ressourcenstrategie Rechnung getragen. Obwohl die Umsetzung dieser Programme in vielen Bereichen noch verbessert werden muss, zeigt sich, dass Umweltpolitik mittlerweile zumindest ansatzweise in einem neuen Licht steht: Vorsorge statt Nachsorge! Dieser Weg muss wesentlich konsequenter beschritten werden als bislang.

Auch im Bereich Energieverbrauch ist eine Änderung des Denkens notwendig: Der Energieverbrauch muss insgesamt gesenkt werden und gleichzeitig muss ein höherer Anteil davon aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden, sodass wir die notwendigen (Einsparungs-)ziele bis 2020 bzw. 2050 erreichen. Eine solche Strategie ist längerfristig billiger, krisenfester, birgt neue Marktchancen und kann mehr Komfort bedeuten, wie das Beispiel eines Niedrig- oder Passivenergiehauses im Vergleich zu einem schlecht isolierten Gebäude zeigt. Diese Herausforderungen können in einer „3-E-Strategie“ auf den Punkt gebracht werden: Energieeffizienz, Energiesparen und Erneuerbare Energieträger.

Auch für die Erreichung von Zielen in den Bereichen Energieeffizienz und Energieverbrauch sind der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente, wie CO₂-Steuern, Emissionshandel und der Abbau schädlicher Subventionen, unerlässlich (siehe zum Beispiel: EEA, 2006) wie auch die Einhebung von Grenzausgleichsabgaben auf EU-Ebene für klimaschädlich produzierte Artikel (border tax adjustment). Über ein Klimaschutz- und Energieeffizienzgesetz sind die einzelnen Gebietskörperschaften zur Einhaltung entsprechender klima- und energiepolitischer Ziele zu verpflichten. Was für Ressourcen beschrieben wurde, gilt schließlich auch für den Bereich Energie: wir benötigen eine Umstellung von Energieflüssen (etwa dem Verkauf von Erdgas) zu Energiedienstleistungen (etwa dem Bereitstellen von Raumwärme).

Teil einer umfassenden Strategie zur Umsetzung der Ökosozialen Marktwirtschaft in Österreich und der EU sollte ein Konzept für eine ökologisch orientierte Innovationsstrategie sein: Die sogenannte „eco-innovation“ (Ökologische Innovationen) wird nach Reid und Miedzinski (2008, S. 2) definiert als „die Erzeugung neuer und wettbewerbsfähiger Güter, Prozesse, Systeme, Dienstleistungen und Verfahren, entworfen nach menschlichen Bedürfnissen und zur Erhöhung der Lebensqualität mit einem über den Lebenszyklus minimalen Verbrauch natürlicher Ressourcen (Rohstoffe inklusive Energie und Erdoberfläche) pro Einheit Output, und einem minimalen Ausstoß toxischer Substanzen.“

In der vorherrschenden Energie- und Ressourcenpolitik wird technologischen und technischen Lösungen dabei große Beachtung geschenkt. Neben diesen spielen institutionelle und

soziale Innovationen eine ebenso wichtige Rolle. Denn: Viele Herausforderungen unserer Zeit wie Klimawandel, steigender Ressourcenverbrauch können nicht allein durch technische und technologische Innovationen bewältigt werden. Deshalb sind innovative Strategien, die am gesellschaftlichen Verhalten und dem institutionellen Rahmen ansetzen, unabdingbar (Stagl, 2009; Kopfmüller et al., 2009).

Im Folgenden wird zunächst eine allgemeine Einteilung von Öko-Innovationen vorgenommen und anschließend die EU-Politik im Hinblick auf die Förderung von Öko-Innovationen diskutiert.

2.4.1 Rechtfertigung, Einteilung und potenzieller Nutzen von Öko-Innovationen

Innovationsförderung wird im Allgemeinen dadurch gerechtfertigt, dass Forschung und Entwicklung durch Technologie-„Spill-Overs“ (positive externe Effekte) der gesamten Ökonomie einen höheren Nutzen bringen als den einzelnen Firmen. Im Bereich ökologischer Innovationen sind Umwelttechnologien der Schlüssel, um ein mögliches Dilemma zwischen Wirtschaftswachstum und Rücksicht auf die Umwelt zu umgehen, so z. B. Windturbinen- und Recyclingtechnologien, die in Europa entwickelt wurden und nun erfolgreiche Exportprodukte sind. Bei der Entwicklung einer neuen Technologie kann der Innovationsprozess auf allen Ebenen (von der Grundlagenforschung bis hin zur Diffusion am Markt) durch eine geeignete Umweltpolitik gefördert werden. Durch den Zwang zur „Internalisierung“ externer Kosten von Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch bzw. die Internalisierung externer Nutzen durch öffentliche Fördermaßnahmen kann die Politik Anreize für – für die Entwicklung von Öko-Innovationen erforderlichen – Forschung und Entwicklung im Bereich „sauberer“ Alternativen geben. Am anderen Ende der Entwicklung einer Öko-Innovation erleichtern Gebühren auf „schmutzige“ Technologien und Produkte die Kommerzialisierung und Marktdiffusion einer umweltfreundlichen Innovation, die bestehende, die Umwelt mehr belastende Produktionsweisen bzw. Konsumgüter ersetzt.

Wie Innovationen generell können auch ökologische Innovationen in drei wesentliche Kategorien eingeteilt werden (siehe European Parliament, 2008, S. 14–15):

- *Prozessinnovationen* sind die Implementierung neuer oder signifikant verbesserter Produktionsmethoden. Darunter fallen saubere Produktion, wenig Emissionen und Abfall sowie Ressourceneffizienz. Auch organisatorische Innovationen und Marketing-Innovationen (z. B. eco-labelling) können Bestandteil dieser Gruppe von Öko-Innovationen sein.
- *Produktinnovationen* betreffen jedes neue oder signifikant verbesserte Produkt (oder Dienstleistung), das so erzeugt wird, dass der negative Effekt auf die Umwelt minimiert wird. Hier spielen Konzepte des „eco-designs“, technologisch nachhaltige Innovationen, Umwelttechnologie und die Verringerung des Ressourcenverbrauchs eines Produkts eine Rolle.
- *Systeminnovationen* beziehen sich auf technologische Systeme, aber auch auf radikale und einschneidende Technologien, die die Marktbedingungen verändern (z. B. neue Kraftstoffzellen) sowie generelle Systemveränderungen wie industrielle, gesellschaftliche und Verhaltensänderungen. Darunter fallen beispielsweise Konzepte wie Lebenszyklus- und Rohstoffflussanalyse oder cradle-to-cradle (vollkommen recyclingfähige Produkte).

Generell sind für einzelne Firmen Innovationen im Prozessbereich am einfachsten durchführbar, während die beiden anderen Typen größere Risiken mit sich bringen. Bei Produktinnovationen beispielsweise besteht das Risiko, dass das neue oder veränderte Produkt am

Markt nicht akzeptiert wird, während bei Systeminnovationen oftmals generell Neuland betreten wird und damit die Unsicherheit von allen Innovationstypen am größten ist.

Mehrere Studien und Einschätzungen kommen zu dem Schluss, dass sich ökologische Innovationen positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken können. Beispielsweise geht eine Studie für die EU-Kommission davon aus, dass der Sektor der Erneuerbaren Energien bei einer starken, ambitionierten Unterstützung durch politische Maßnahmen das EU-BIP für das Jahr 2020 zusätzlich um 1,1 % erhöhen und 2,8 Mio. Jobs erhalten kann (SERI Working Paper, 2009, Case Study 5.1). Selbst unter Berücksichtigung von Substitutionseffekten und eventuell höherer Energiepreise ergibt sich noch immer ein positiver Netto-Effekt von 0,25 % für das BIP und 0,19 % für die Erwerbstätigkeit.²⁸ Ähnliche Schätzungen existieren auch für andere Sektoren wie bio-basierte Produkte, nachhaltigere Bauweisen und Recycling.²⁹

Hilfreich zur Erleichterung und Ermöglichung von Öko-Innovationen ist eine intelligent umgesetzte Umweltpolitik. Generell wird davon ausgegangen, dass „auf dem Markt basierende Politikinstrumente wie Steuern und Gebühren effektiver sind als „command-and-control“-Regulierungen, weil erstere einen kontinuierlichen Anreiz für Innovation bieten, während letztere keinen Anreiz für die Übererfüllung ihrer Bestimmungen bieten“ (SERI Working Paper, 2009, Abschnitt 1.3). Der Erfolg einer Politik bzw. Regulierung hängt jedoch von ihrer ganz konkreten Ausgestaltung ab. Wichtige Faktoren dabei sind beispielsweise die Stabilität und der Langfristcharakter der Regulierung, Transaktionskosten und Risikoeinschätzung speziell für neu in den Markt eintretende Firmen, die Variation an technischen Lösungen, die von dem Politikinstrument befördert wird, sowie das Vorhandensein konkreter Anreize für Innovationen.

2.4.2 EU-Politik (policies)

Auf EU-Ebene gibt es eine Reihe von Initiativen und Instrumenten, um Öko-Innovation zu fördern, u. a. den „Environmental Technologies Action Plan“ (ETAP) und die „Lead Market Initiative for Europe“. Letztere zielt darauf ab, sogenannte Lead-Markets, in denen der Diffusionsprozess einer international erfolgreichen Innovation für ein Produkt zuerst stattfindet, für Europa zu erschaffen. Potenzielle Märkte dafür gibt es beispielsweise im Baugewerbe für Immobilien und Infrastruktur, mit Bioprodukten, im Abfallrecycling und mit erneuerbaren Energien.³⁰

Verbesserungsbedarf lässt sich noch in einigen Bereichen feststellen: So evaluiert die Kommission zwar ihre eigenen Initiativen, dennoch ist durch die jeweils stufenweise Förderung von Innovationen aufgrund der unterschiedlichen Programme oftmals eine durchgehende und integrierte Begleitung durch den gesamten Innovationsprozess bis zur Marktdurchsetzung noch nicht gegeben.

Eine bessere Evaluierung bestehender Programme könnte u. a. die Fokussierung auf ergebnisorientierte Indikatoren bieten, wie z. B. ein Vergleich der Ergebnisse der Forschung und Entwicklung gefördert durch EU-Programme im Vergleich zu den Ergebnissen der Forschung und Entwicklung von anderen Ländern. Derzeit werden eher prozessorientierte Statistiken wie die Partizipationsraten der einzelnen Länder an den EU-Programmen erhoben, seltener jedoch die Ergebnisse dieser Programme in Form von geschaffenen Jobs beispielsweise.

²⁸ Ganz abgesehen davon, dass das BIP gerade den Ressourcenverbrauch nicht erneuerbaren Ressourcen (die ja als Vermögen einen Stock darstellen und deren Verminderung im BIP als Flow-Größe daher nicht vorkommt) nicht miteinbezieht. Der positive Effekt auf das Gesamtvermögen (unter Einbeziehung der verbleibenden natürlichen Ressourcen) wird daher tendenziell unterschätzt.

²⁹ Für eine Zusammenfassung siehe SERI Working Paper (2009), Sektion 1.1.9

³⁰ Konkrete Beispiele und Einschätzungen bereits erfolgter Öko-Innovationen sowie potenzieller Lead-Markets finden sich in SERI Working Paper, 2009. Schätzungen bezüglich potenziellen Wirtschaftswachstums und zusätzlicher Arbeitsplätze finden sich ebenfalls dort.

Radikale Innovationen wiederum könnten durch sogenanntes „forward commitment procurement“ durch den öffentlichen Sektor hervorgebracht werden (Beispiel UK National Health Service), also durch eine zukünftige Abnahmegarantie für relativ genau spezifizierte noch nicht existierende, aber benötigte Produkte, weil dann die KMUs, welche im Umwelttechnologiebereich vorherrschend sind, eher bereit sind, in grundlegendere Forschung und Entwicklung zu investieren.

2.4.3 Mobilität und Verkehr

Der Verkehrssektor in Österreich beschäftigt im Jahr 2003 rund 5 % der unselbständig Beschäftigten und ist für circa 16 % der Bruttoinvestitionen verantwortlich.³¹ Diese bedeutende wirtschaftliche Stellung des Sektors geht einher mit der Emission von rund einem Viertel der klimaschädigenden Treibhausgase. In Bezug auf das Kyoto-Referenzjahr 1990 sind die CO₂-Emissionen des Bereichs Verkehr um ca. 90 % gestiegen.³² Davon verzeichnen die Emissionen des Straßenverkehrs (rund 95 % der Gesamtemissionen des Sektors) den größten Zuwachs mit rund 200 %. Der Straßenverkehr lässt sich weiters unterteilen in den Personen- und den Güterverkehr auf der Straße, welche anteilig für rund 53 % bzw. 42 % der gesamten CO₂-Emissionen des Verkehrssektors³³ verantwortlich sind. Die im Kyoto-Protokoll eingegangenen Verpflichtungen Österreichs zur Reduktion der CO₂-Emissionen werden damit nicht zuletzt durch die Emissionen des Verkehrssektors verletzt.

Die Entwicklung der vergangenen 20 Jahre im Bereich Verkehr stehen den Erfordernissen des Klimaschutzes und der nachhaltigen Mobilität diametral entgegen. Als wesentliche Ursachen für diese Entwicklung sind die fossile Energieträgerbasis der Verkehrsträger (zu 93 % Erdölprodukte und nur zu 7 % alternative Energien), die Dominanz der Straße bei der Verkehrsträgerwahl und die beständig wachsenden Verkehrsströme im Personen- und Gütertransport zu nennen. Die traditionellen fiskalischen Instrumente der Verkehrspolitik schaffen jedoch bisher kaum Anreize für emissionsarme Verkehrsformen und Technologien. Zur erforderlichen Senkung verkehrsbedingter Treibhausgasemission bedarf es daher einer „kohärenten klimaökonomisch motivierten Verkehrspolitik“ (Meyer, 2007).

Prinzipiell können zwei Maßnahmenbündel unterschieden werden: technologiebezogene Maßnahmen (angebotsseitig) einerseits und verhaltensbezogene Maßnahmen (nachfrageseitig) andererseits. Angebotsseitig sind vor allem die Steigerung der Attraktivität alternativer Verkehrsmittel (siehe Box: Vorschläge des Verkehrsclub Österreich zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs am Ende des Abschnitts 2.4.4 Maßnahmen) und die Förderung der Entwicklung neuer Antriebs- und Kraftstofftechnologien sinnvoll (siehe ebenfalls Abschnitt 2.4.4 Maßnahmen). Im verhaltensbezogenen Bereich ist zum einen für eine Verschiebung der Verkehrsmittelwahl vom Pkw auf alternative Verkehrsmittel wie den öffentlichen Verkehr zu sorgen. Dies ist umso energieeffizienter, je größer die Belegungsrate des alternativen Verkehrsmittels ist. Zum anderen ist eine Lenkungswirkung auf die Präferenzen bezüglich der technologischen Ausstattung der Fahrzeuge anzustreben (siehe die „preisbezogenen Anreizsysteme“ der Mineralölsteuer (MöSt) und anderer Steuern weiter unten). Eine wichtige Rolle dabei spielen die relativen Preise.³⁴

Zur Beeinflussung der relativen Preise sowie zur Förderung einer effizienteren Nutzung von Umweltressourcen kann u. a. das Pkw-Road-Pricing (Beispiel Londoner City-Maut) dienen. Hierbei kann sowohl räumlich (urbanes Zentrum, Überlandstrecken) als auch zeitlich (Spitzenverkehrszeiten) differenziert werden. Ein weiterer Vorteil des Pkw-Road-Pricing sind

³¹ Siehe WIFO, 2006, Teilstudie 21, S. 48 ff.; Meyer, 2007.

³² Zum Vergleich: Die Emissionssteigerungen der Sektoren Energieaufbringung (+16 %) und Industrie und produzierendes Gewerbe (+10,9 %) sind geringer ausgefallen.

³³ Ohne internationalen Luft- und Seeverkehr.

³⁴ Für Schätzungen bezüglich einer ökologischen Steuerreform für Österreich siehe den Kasten in Sektion 3.2: „Optionen zur Stärkung der Umweltsteuern in Österreich“

seine potenziellen Einnahmen, die zur Querfinanzierung des öffentlichen Verkehrs benutzt werden können. Gleichzeitig ist im Bereich des Lkw-Verkehrs eine Verteuerung national nur in sehr begrenztem Ausmaß möglich, da dieser durch die EU-Wegekostenrichtlinie geregelt wird.

Steiniger et al. (2007) bewerten die Wirksamkeit einer breiten Palette national umsetzbarer Maßnahmen auf die österreichische CO₂-Bilanz mittels eines Luftschadstoff-Simulationsmodells. Die Einführung eines flächendeckenden Road-Pricings zählt zu den am stärksten emissionsreduzierenden Maßnahmen. Auch ein Road-Pricing beschränkt auf das höher-rangige Straßennetz hat noch wesentliche positive Effekte.³⁵ Weitere effektive Maßnahmen (mit geringerer Wirkung³⁶) sind u. a. die Beimischung von Biokraftstoffen (bereits erfolgt) und der Ausbau des Radverkehrs. Als weniger effektiv hinsichtlich der CO₂-Bilanz, aber zum Teil mit anderen positiven externen Effekten auf Beschäftigung, Verkehrssicherheit und Verteilung verbunden, sind Tempolimits³⁷, der Ausbau des kombinierten Verkehrs und die Ausweitung des Lkw-Road-Pricings auf das gesamte Straßennetz. Auch der Ausbau der Bahn und des Öffentlichen Personennahverkehrs werden als wenig effektiv zur unmittelbaren Verbesserung der Emissionen in einem kurzen Zeitraum³⁸ eingeschätzt, sind aber langfristig erforderlich, um einen Umstieg zu emissionsärmeren Verkehrsmitteln zu ermöglichen. Schließlich trägt die Bahn kaum zu den klimaschädigenden Emissionen bei, da sie mit Strom betrieben wird (und dieser in Österreich zudem vor allem aus Wasserkraft erzeugt wird).

Die wirksamste Maßnahme nach Steiniger et. al (2007) ist jedoch die Anhebung der Mineralölsteuer (MöSt). Auch Meyer (2007) sieht dies als eine notwendige flankierende Maßnahme zum Klimaschutz, da die Mineralölsteuer als die „zentrale Klimasteuer“ des Verkehrssektors gilt, weil sie direkt bei der „fossilen Rohstoffbasis anknüpft und so dem Verursacherprinzip entspricht“.

Derzeit kommt es aufgrund der günstigen Bruttokraftstoffpreise (zum allergrößten Teil aufgrund der niedrigeren Besteuerung von Sprit in Österreich) im Vergleich zu den Nachbarländern zu einem nicht unerheblichen „Tanktourismus“ nach Österreich. Schätzungsweise gehen rund ein Drittel der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen darauf zurück, v. a. durch den Schwerlastverkehr (Umweltbundesamt, 2006). Zwar ist es in Hinblick auf den Klimawandel unerheblich, an welchem Ort die Treibhausgase emittiert werden, allerdings ist Österreich indirekt mitverantwortlich für ausländische Treibhausgasemissionen, wenn diese aufgrund der Politik der niedrigeren Kraftstoffpreise in Österreich ermöglicht werden (Meyer, 2007).

Eine Erhöhung der MöSt würde daher die Emissionsbilanz Österreichs verbessern. Einerseits würden Emissionen in die Emissionsbilanzen der Nachbarländer verlagert, andererseits würde der Inlandsverbrauch sinken. Optimal wäre eine (teilweise) Zweckbindung der Einnahmen für die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und deren benötigter Infrastruktur (Beispiel Erdgastankstellen) sowie neuer Antriebstechnologien.

Eine Alternative, um die relativen Preise zu beeinflussen und um zur Internalisierung der externen Kosten des Ressourcenverbrauchs beizutragen, ist die Einführung einer zusätzlichen Steuer auf den Ausstoß von CO₂ bzw. eine ökologischere Kraftfahrzeugsteuer, die sich u.a. an den spezifischen CO₂-Werten orientiert. Letzteres ist in Österreich bereits teilweise der Fall, da sowohl die Normverbrauchsabgabe (NOVA) bei der Kfz-Zulassung als auch in (sehr) geringem Ausmaß die motorbezogene Versicherungssteuer als regelmäßig anfallende

³⁵ Dies wäre allerdings wahrscheinlich mit Ausweicheffekten auf das niederrangige Straßennetz und damit erhöhter Unfallhäufigkeit verbunden.

³⁶ Die Ergebnisse hängen natürlich auch von den getroffenen Annahmen bezüglich der unterschiedlichen Volumina und Details der Investitionsprogramme und Maßnahmen ab.

³⁷ Tempolimits in km/h: 100 auf Autobahnen, 80 auf Freilandstraßen, 50 auf Vorrangstraßen innerorts, 30 auf Nebenstraßen innerorts.

³⁸ Die Investitions- bzw. Maßnahmenprogramme beziehen sich im Wesentlichen auf drei bis vier Jahre.

Zahlung (Pflichtversicherung) emissionsabhängige Elemente in der Bemessungsgrundlage beinhalten. Ein Ausbau und eine Verstärkung dieser Elemente können die erwünschten Lenkungseffekte herbeiführen.

Der österreichischen Infrastruktur stellen Czerny et al. (WIFO Weißbuch, Teilstudie 10, S.14f) generell und im Besonderen im Verkehrsbereich ein im internationalen Vergleich gutes Zeugnis aus, obgleich sie keine Bewertung aktueller Projekte vornehmen. Grob lässt sich allerdings sagen, dass allein der Bau von Infrastruktur für die entsprechenden VerkehrsteilnehmerInnen noch keinen Umstieg auf das jeweilige Verkehrsmittel bewirkt. Sie kommen zu dem Schluss, dass ein Umstieg, z. B. auf die Bahn, vor allem mit der Siedlungsstruktur (Ballungsräume) und Raumplanung zusammenhängt (siehe auch Box: Vorschläge des Verkehrsclub Österreich zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs am Ende des Abschnitts 2.4.4 Maßnahmen). Prinzipiell ist ein Nachweis der Nützlichkeit höherer Infrastrukturinvestitionen bei Ländern mit einer bereits entwickelten Infrastruktur nur schwer möglich (Czerny et al., S.1–14), es hängt daher an konkreten Projekten, die jeweils einzeln bewertet werden müssen: Generell kann man jedoch sagen, dass sowohl kurzfristige positive Effekte auf Beschäftigung und Wirtschaftswachstum als auch langfristige Effekte, beispielsweise für den Umweltschutz, berücksichtigt werden müssen. Für Österreich sehen Steiniger et al. (2007) für einige Projekte durchaus sehr positive Wirkungen der Infrastrukturinvestitionen auf Wachstum, Beschäftigung, Verteilung und Umweltschutz. Ein vergleichsweise günstiges Projekt wäre beispielsweise der Ausbau der Radinfrastruktur.

Oftmals schlägt sich die Verkürzung der durchschnittlichen Reisezeit nach einer Verkehrsinfrastrukturinvestition lediglich darin nieder, dass die durchschnittlichen Wege (zurückgelegten Distanzen) größer werden, die für Mobilität aufgewendete Zeit jedoch konstant bleibt. Die Eröffnung einer neuen Pkw-Spur auf einer Straße führt somit zu mehr Straßenverkehr, weil sich zunächst eine Verkürzung der Reisezeit einstellt, die aber innerhalb kurzer Zeit durch das zusätzlich induzierte Verkehrsaufkommen wieder zunichte gemacht wird.³⁹ Die Idee, dass sich das Angebot seine Nachfrage quasi selbst verschafft, versucht das Konzept der „Sanften Mobilität“ aufzugreifen, das im Gegensatz zur derzeitigen Bevorzugung des Pkw⁴⁰ eine aktive Bevorzugung von FußgängerInnen, RadfahrerInnen und Bahnreisenden fördern will, sowohl durch Schaffung des Angebots wie auch durch entsprechende Restriktionen. Die Planung, Steuerung und ökologisch verträgliche Abwicklung der Verkehrsströme steht dabei im Zentrum dieses Ansatzes. Konträr dazu steht eine konventionelle Verkehrspolitik, die auf zu erwartende Verkehrsströme mit Infrastrukturinvestitionen in den jeweiligen Bereichen lediglich reagiert.⁴¹

Rein statistisch in der CO₂-Bilanz der Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls nicht enthalten, aber sehr wohl relevant für den Schadstoffausstoß ist der internationale Luft- und Seeverkehr.⁴² Vor allem der Luftverkehr ist als sehr klimaschädigend anzusehen (Wiener Umweltschutzkommission 2008; Whitelegg and Cambridge, 2008).

Das Volumen der Emissionen des Flugverkehrs ist relativ zu anderen Kategorien als gering einzustufen (derzeit rund ein bis zwei Prozent⁴³), er weist aber einige Besonderheiten auf und ist deshalb in den vergangenen Jahren an prominenter Stelle in der Klimadebatte vertreten. Zum einen hat der Flugverkehr die größten Steigerungsraten aller Verkehrsmittel: Der

³⁹ Ein solcher Effekt in der Praxis wird beispielsweise hier beschrieben: <http://www.upi-institut.de/upi23.htm>

⁴⁰ Beispielsweise ist das Bauen einer Straße, die FußgängerInnen anschließend nur bei Ampeln überqueren können, bereits eine Platznahme des Pkws. Umgekehrt würde die Schaffung einer Fußgängerzone, durch die vormalige AutofahrerInnen (selbst bei kurzen Wegen) nun zu FußgängerInnen, RadfahrerInnen oder BenutzerInnen des Öffentlichen Verkehrs werden, der Förderung der Sanften Mobilität entsprechen.

⁴¹ In der konventionellen Perspektive würden Variablen wie die Zersiedlung und die Zahl der Autokäufe als gegeben hingenommen und darauf aufbauend mehr Straßen aufgrund des erwarteten zusätzlichen Verkehrsaufkommens gebaut werden. Im Gegensatz dazu würde ein Konzept basierend auf „Sanfter Mobilität“ gerade erstere als variabel ansehen und zu beeinflussen versuchen.

⁴² Transporte des Militärs sind ebenfalls nicht enthalten.

⁴³ Siehe Whitelegg and Cambridge, 2008, S.15 ff

internationale Flugverkehr ist in den vergangenen zehn Jahren um rund 50 % gestiegen. Der reine Inlandsflugverkehr nach Passagieraufkommen hat sich Österreich seit 1990 verdoppelt und dessen Ausstoß von CO₂ sogar verfünffacht. Zum anderen erfolgen die Emissionen in großer Höhe und sind dadurch dreimal so schädlich wie auf dem Boden emittierte Treibhausgase. Berücksichtigt man dies, so weist der Flugverkehr in Österreich eine höhere Klimaschädlichkeit auf als der inländische Lkw-Verkehr (nach Abzug des Tanktourismus; WUA, 2008).

Seitens der EU-Kommission wurde daher eine Richtlinie⁴⁴ erarbeitet, mit der ab 2012 der Flugverkehr in der EU einem eigenen Emissionshandelssystem unterworfen wird. Wie effektiv dieses sein wird, hängt jedoch sehr stark von der Festlegung der maximalen Emissionsmengen ab, was Resultat eines politischen Verhandlungsprozesses sein wird.

Whitelegg und Cambridge (2008, S. 8) formulieren drei Grundsätze für ein „Nachfrage-management“, um die Belastung durch den internationalen Flugverkehr einzudämmen: Die Internalisierung externer Kosten, Bahnfahren statt Fliegen und elektronische Ersatztechnologien für das Fliegen (Videokonferenzen etc.).

Vor allem Flüge unter 500 Kilometer (45 % aller Flüge innerhalb der EU) sind besonders umweltbelastend und können aufgrund der „geringen“ Distanz durch die Bahn ersetzt werden. In Bezug auf die Internalisierung externer Kosten ist anzumerken, dass dies einerseits derzeit nicht in ausreichendem Maß erfolgt, andererseits genau konträr dazu einige Wettbewerbsverzerrungen zugunsten des Flugverkehrs existieren: So ist Flugbenzin (Kerosin) im Unterschied zu anderen Treibstoffen generell von der Besteuerung ausgenommen. Auch sind internationale Flugtickets von der Mehrwertsteuer befreit. Die Einführung einer Kerosinsteuer oder einer Flugticketabgabe⁴⁵ (nach dem Vorbild Großbritanniens und Frankreichs beispielsweise⁴⁶) wäre daher gerechtfertigt. Letztere kann entweder pro Ticket oder als entfernungsabhängige CO₂-Abgabe ausgestaltet werden, die z. B. Flüge unter 1.000 Kilometer stärker besteuert.

2.4.4 Maßnahmen⁴⁷

Innovationen können nicht verordnet, wohl aber gefördert werden und zwar sowohl in der Wissenschaft als auch in der Wirtschaft und in der Politik:

- Klare Preissignale (siehe Kapitel 3.2 Abgabensystem), um die Kosten von umweltschädlichen Aktivitäten zu internalisieren, Energie- und Ressourceneffizienzinnovationen zu fördern und einen Bewusstseinswandel zu stärken
- Gleichzeitig mit steuerlichen Maßnahmen sollten umweltschädliche Subventionen (z. B. auf fossile Energieträger) gestoppt und der Emissionszertifikatehandel vorangetrieben werden
- Zielgerichtete technologiepolitische Strategien und Programme sowie eine bessere Abstimmung bestehender Förderprogramme: In welchen Märkten und Nischen kann und soll Österreich führend sein?
- Pro-aktive Umsetzung der EU-Gesetzgebung mit innovationsbasierter Vorreiterposition (unter Berücksichtigung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie)

⁴⁴ Die relevanten Gesetzestexte finden sich unter: http://ec.europa.eu/environment/climat/aviation/index_en.htm, bzw. unter <http://www.umweltnet.at/article/archive/26817> für Österreich.

⁴⁵ Als Vorschlag des Ökosozialen Forums: siehe http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1023807

⁴⁶ Für einen kurzen internationalen Überblick siehe <http://www.bmz.de/de/themen/entwicklungsfinanzierung/innovativefinanzierung/flugticketabgabe/index.html>

⁴⁷ In Anlehnung an OECD, 2009, S. 9 ff; Aiginger et al., 2006, Zusammenfassung, S. 85–87)

- Förderung von innovativen Entrepreneurships und spezifische Maßnahmen für die Förderung von Innovationen in Klein- und Mittelbetrieben
- Öffentliche Beschaffungspolitik und Steuervorteile, die grüne Investitionen stimulieren
- Neuausrichtung von Förderungen für End-of-pipe-Technologien (also der Verringerung von Umweltbelastung durch dem Produktionsprozess nachgeschaltete Maßnahmen wie Partikelfilter etc.) hin zu integrierten Lösungen und Öko-Innovationen
- Kompetenzen bei Telematik und Logistik für Umweltziele nutzen
- Das Know-how für die Umwandlung von Biomasse zu Energieträgern durch Studienlehrgänge, Business-Start-ups, Clusterbildung stärken
- Informationsplattform über Zielländer für Umwelttechnikexporte und Unterstützung bei der Markterschließung (rechtliche, sprachliche Unterstützung usw.) gründen
- Innovationen und umweltbasierte technologische Entwicklung fördern, z. B. Investitionen in Grundlagenforschung in Bereichen, in denen Marktbarrieren zu Unterinvestitionen im privaten Sektor führen
- Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Einrichtungen in Forschungsprojekten, die auf Innovationen fokussieren, z. B. Research Clusters mit Universitäten oder internationale Kooperationen bei Großprojekten für erneuerbare Energien
- Aufbau von wissenschaftlichen Netzwerken, um einen raschen Wissensaustausch zu gewährleisten
- Ausbildungsinitiative im Bereich Umwelttechnologien/Förderung von Aus- und Weiterbildung, um neue Kompetenzen zu schaffen, die für „green jobs“ gebraucht werden
- Benchmarks und Innovationspreise
- Forschungsförderungen, z. B. spezielle Förderung von innovativen Wissenschaftsansätzen, Anerkennung im Forschungsprogramm, Finanzierung von inter- und transdisziplinären Studiengängen etc.
- Masterplan zur Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern
- Veränderung der Struktur der Energieversorgung
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger (Vereinheitlichung und Verstetigung der Förderung)
- Hohe Energiestandards für Gebäude
- Diffusion der energiesparenden Forschungsergebnisse aus dem Programm „Haus der Zukunft“⁴⁸
- Nutzung des öffentlichen Baus und der Beschaffung für ökologische Ziele (Passivhaustechnologie)
- Übertragung der Energieeffizienzinitiative der EU in eine abgestimmte Strategie
- Auszeichnung von Elektogeräten in Hinblick auf die Energieeffizienz und Informationskampagnen oder Initiativen für Gerätetausch

⁴⁸ <http://www.hausderzukunft.at/>

- Energiesicherheit durch geographische Diversifizierung der Herkunftsländer von Energie-Importen (z. B. neue Pipeline für Gaslieferungen)
- Überprüfung einer Erhöhung der Vorratshaltung (Erdgas, Erdöl)

Verkehrsbezogene Maßnahmen können zur Senkung von straßenbedingten CO₂-Emissionen beitragen;⁴⁹ dabei handelt es sich insbesondere um die folgenden:

- Entwicklung und Anwendung von alternativen, CO₂-einsparenden Kraftstoffen
- Mittel- und langfristig die Entwicklung und Anwendung von neuen Antriebssystemen
- Verbesserung der Energieeffizienz von Personen- und Lastkraftwagen
- Zur Erhöhung der Energieeffizienz der Autoflotte kann eine CO₂-bezogene Bemessungsgrundlage der Kraftfahrzeugsteuer sowie eine stärker an der Emissionsintensität ausgerichtete Normverbrauchsabgabe und motorbezogene Versicherungssteuer empfohlen werden.
- Öffentliche Verkehrsbetriebe können eine Vorreiterrolle in der Adoption neuer Technologien spielen, wenn sie ihre großen Flotten auf alternative Fahrzeugtypen auf der Basis von Erdgas, Biogas sowie alternativen Antrieben wie Elektro- oder Hybridantriebe umstellen. Neben der Signalwirkung ist hierbei der „Demand-pull“-Effekt zur Schaffung eines Marktes für diese neuen Innovationen enorm bedeutend.
- Die Einführung steuerlicher Anreize für Hybridfahrzeuge
- Das Angebot und die Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel verbessern, um den sogenannten Modal Split, also die Aufteilung auf verschiedene Verkehrsträger, ökologisch verträglicher zu gestalten
- Verbesserung der Taktfrequenz, Pünktlichkeit und der Intermodalität, d. h. der Möglichkeiten zum Umsteigen, der öffentlichen Verkehrsmittel verbessern (siehe dazu die Box: Vorschläge des Verkehrsclub Österreich am Ende dieses Abschnitts)
- Integration von Siedlungs- und Verkehrspolitik: Eine Verdichtung von bestehenden Siedlungs- und Wirtschaftszentren sowie eine intelligente Raumordnungs- und Infrastrukturentwicklung und deren Erschließung durch den öffentlichen Verkehr können der anhaltenden Suburbanisierung und Zersiedlung entgegenwirken, da diese mit einer Steigerung des Pkw-Verkehrs einhergeht.
- Dem übergeordnet ein „Masterplan“ bzw. Gesamtverkehrsplan für den Bereich Verkehr einhergehend mit einer Überprüfung aktueller und zukünftiger Projekte

Für den Flugverkehr ist darüber hinaus folgende Maßnahme sinnvoll:

- Beenden der steuerlichen Bevorzugung des Flugverkehrs, u. a. durch die Einführung einer (eventuell CO₂-basierten) Flugticketabgabe

Mobilität

⁴⁹ Und ebenso zur Verringerung der Importabhängigkeit von Rohöl sowie zur Hebung von Wachstums- und Beschäftigungspotentialen durch diese Technologien.

Idee: Versicherungen inkludieren bei Abschluss einer KfZ-Versicherung in das Leistungspaket eine verbilligte Netzkarte für den öffentlichen Verkehr.

Motivation: Österreich weist bezogen auf die Einwohnerzahl die meisten Unfälle mit Personenschaden auf und die CO₂-Emissionen im Sektor Verkehr sind prozentuell seit 1990 bei weitem am stärksten gestiegen.⁵⁰

Idee: Ab einer Fahrtstrecke von 100 km bieten die ÖBB ein verbilligtes Bahn-Taxi an.
Motivation: Die Wahl der Bahn für längere Distanzen wird attraktiver, wenn am Ziel- oder Abfahrtsort auch ein kostengünstiges Taxi verfügbar ist.

Idee: Neugestaltung der Pendlerpauschale, sodass sie mit Besitz einer Zeit- oder Streckenkarte für den öffentlichen Verkehr höher ausfällt.

Motivation: Die derzeitige Regelung der Pendlerpauschale bietet einen Anreiz, den PKW zu benutzen, und benachteiligt Personen, die ihren Wohnort in Gebieten wählen, die gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sind.

Idee: Durch einen Energieträgerwechsel von Diesel/Benzin zu Erdgas sind Reduktionen bei den Betriebskosten und einer Reihe von Schadstoffen zu erzielen.

Motivation: Der Sektor Verkehr verursacht über ein Viertel der Treibhausgasemissionen bei stark steigender Tendenz. Der Tanktourismus sowie der LKW-Verkehr, bei dem die Emissionen besonders stark gestiegen sind, tragen dazu bei.

Energie und Industrie

Idee: Für die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) gibt es ungenutzte Potenziale im industriellen und öffentlichen Bereich. Zu beachten sind vor allem dezentrale Mikro- und Mini-KWK-Technologien im nicht-industriellen Bereich wie Geschäftsgebäuden, Hotel- und Freizeitanlagen sowie Wohnanlagen.

Motivation: Reduktion der CO₂-Emissionen

Gebäude

Idee: Erhöhung der thermischen Sanierungsrate von derzeit unter einem Prozent auf mindestens fünf Prozent sowie verstärkter Einsatz CO₂-freier Energieträger

Idee: Anpassung der Gesetze zum Wohnrecht und zur Liegenschaftsbewertung (Bund) und durch Änderung der Landes-Baugesetze und der Wohnbauförderungen der Länder

Idee: Anreize zur Sanierung von Nicht-Wohngebäuden durch Gutschriften für CO₂-Einsparungen

Motivation: Treibhausgassenkung und Verbesserung der Wohnqualität

Sonstige Projekte

„Domestic Offset“-Projekte⁵¹ in Bereichen, in denen noch keine ausreichende öffentliche Unterstützung vorhanden ist, können zur zusätzlichen nationalen Emissionsreduktion beitragen. Hierfür fehlt allerdings noch eine klare Förderrichtlinie.

⁵⁰ Siehe Innovation & Klima, Executive Summary, S. 2, sowie Policy Book, S. 8.

Vorschläge zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs⁵²

Österreich liegt zwar bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel innerhalb der EU an der Spitze, befindet sich jedoch klar hinter der Schweiz. Der Anteil von Bus und Bahn am gesamten Personenverkehr ist dort seit 1992 gestiegen, während er in Österreich gefallen ist.⁵³ Eine verstärkte Nutzung von Bus und Bahn würde auch zur CO₂-Bilanz Österreichs in positiver Weise beitragen, da der öffentliche Verkehr im Schnitt nur ein Fünftel der Emissionen des Pkw-Verkehrs verursacht.

Als Netzwerk mit steigenden Skalenerträgen gilt für das Netz des öffentlichen Verkehrs, dass es zwar hohe, von der Nachfrage unabhängige Fixkosten gibt. Je mehr allerdings in das Netz investiert wird, umso höher ist der Nutzen der eingesetzten Mittel. Fällt umgekehrt die Nachfrage, steigen die Kosten pro Fahrgast, die zu Einsparungen zwingen und dadurch weitere Nachfrage-Rückgänge bewirken und damit zu einer Abwärtsspirale führen können.

- Der öffentliche Verkehr sollte seinen Fahrgästen ein dichtes Netz bieten. Die Einhaltung eines dichten Taktes kostet nur etwa 50 % mehr als ein reines Stoßzeitangebot, kann aber die Fahrgastzahlen vervierfachen und damit den Kostendeckungsgrad erhöhen. Eine verbesserte überregionale Koordination sowie ein finanzieller Ausgleich für flexible Angebotsformen des öffentlichen Verkehrs wie der Rufbus, Anrufsammeltaxi oder Car-Sharing können eine Zubringerfunktion in dünn besiedelten Gebieten erfüllen, die dann an ein dichtes Netz von Bus und Bahn anschließen können.
- Optimale Tarifsysteme, günstige Ausflugsnetzwerke für Schwachlastzeiten und elektronische Chipkartensysteme, die eine Bestpreisgarantie anbieten, sind Möglichkeiten, um die öffentlichen Verkehrsmittel für Fahrgäste attraktiver zu machen und gleichzeitig den Kostendeckungsgrad zu erhöhen.
- Ein kontrollierter Wettbewerb im öffentlichen Verkehr als Mittelweg zwischen Monopolbetrieb und unreguliertem Markt bringt die besten Resultate im Hinblick auf Fahrgastzahlen und Kostendeckungsgrad. Stark zersplitterte Finanzierungsstrukturen sind entweder als Zweckverbands- oder Generalunternehmermodell neu zu strukturieren.
- Das Vorbild des Schweizer Modells soll nachgeahmt werden. Kern dieses Modells sind der integrierte Taktfahrplan und ein Knotenkonzept, mit dem Warte- und Reisezeiten verkürzt werden konnten.
- Einführung eines Generalabonnements nach Vorbild der Schweiz und die Möglichkeit eines einzelnen Tickets bis zum Zielort selbst beim Wechseln des Verkehrsmittels, beispielsweise von Bahn zu Bus.
- Neben dem Problem der externen Kosten durch Verkehrsunfälle, Umweltbelastung und externen Staukosten existieren Wettbewerbsverzerrungen zugunsten des Pkw-Verkehrs, die es abzuschaffen gilt bzw. durch Neugestaltung von Regelungen minimiert werden sollen:

– Die große Pendlerpauschale begünstigt als Prämie die Zersiedlung

⁵¹ „Domestic Offset“-Projekte haben die Reduktion von Treibhausgasemissionen innerhalb eines Landes zum Ziel, ohne einen internationalen Bezug aufzuweisen (im Unterschied zu Clean Development Mechanism und Joint Implementation).

⁵² Siehe auch die Forderungen des Verkehrsclub Österreich, 2010. Öffentlicher Verkehr – Weichenstellungen für die Zukunft. In: *Mobilität mit Zukunft*, Wien.

⁵³ Ein ähnlicher Trend ist im Güterverkehr zu verzeichnen, bei dem der Anteil der Bahn ebenfalls zurückgegangen ist (Meyer, 2007).

- Dienstliche Fahrten mit dem Privatauto können in Form von Kilometergeldern weit über den zusätzlich angefallenen Autokosten als steuerfreies Zusatzeinkommen lukriert werden
- Die Pflicht zur Errichtung von Stellplätzen bei Wohn- und Gebietsgebäuden durch Bauordnungen zwingt zur Förderung des privaten Pkw-Verkehrs unabhängig vom Bedarf, während eine vergleichbare Abgabe für Erschließungskosten für den öffentlichen Verkehr nicht vorgesehen ist

2.5 Ungleiche Verteilung in Österreich

Eine „gerechte“ Verteilung der Einkommen (und Vermögen) gilt sowohl aus politischer, als auch aus ökonomischer Sicht als erstrebenswert. Eine exakte Festlegung oder gar eine Quantifizierung von „gerechter“ Verteilung ist jedoch nicht möglich.

Weitgehender Konsens herrscht hingegen darüber, dass eine „gerechte“ Verteilung sowohl die individuelle Leistung jedes/r Einzelnen zu berücksichtigen hat, als auch Bedürftigen die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen muss. Empirisch zeigen nicht nur die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern, die Nicht-Entlohnung von informeller Arbeit oder massive Lohnunterschiede zwischen sehr ähnlichen Tätigkeiten, dass Märkte das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Leistung“ nur in unzureichendem Maß erfüllen können. Noch deutlicher wird dieser Unterschied zwischen der „Verteilung durch den Markt“ und „gerechter Verteilung“ wenn man leistungsferne Einkünfte wie Vermögenszuwächse, Erbschaften und Schenkungen in die Betrachtung miteinbezieht (Marterbauer, 2007; Marterbauer et al., 2008).

In der ökonomischen Theorie war lange die Meinung vorherrschend, dass sich eine ungleiche Verteilung der Einkommen positiv auf das Wachstum auswirke. Demnach wäre eine rein marktgesteuerte Verteilung der Einkommen, die zu Ungleichheit führt, zumindest nicht abzulehnen. Jüngere empirische, aber auch theoretische Studien der neuen Wachstumstheorie widerlegen diese These jedoch und kommen zum gegenteiligen Schluss: „a more equal income distribution is beneficial to growth“⁵⁴ (Aghion et al., 1999, S. 9).

Insgesamt lässt sich in diesem Zusammenhang eine Reihe von eindeutigen Feststellungen treffen. So verbessert eine „gerechte“ Verteilung von Einkommen und Vermögen die ökonomische Absicherung jedes/r Einzelnen und hilft so die soziale Stabilität der Gesellschaft zu bewahren. Aber auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive gilt eine „gerechte“ Verteilung, eines der zentralen Ziele des „magischen Vielecks der Wirtschaftspolitik“, als erstrebenswert. Denn eine Polarisierung der Verteilungsrelation ist nicht nur die Ursache für soziale Instabilität und damit ökonomische Unsicherheit, sondern verringert zudem die Anreize zur Arbeitsaufnahme, dämpft die Konsumnachfrage und verlangsamt das Wachstum (Fitoussi et al., 2009; Guger et al., 2007). Starke Ungleichheit von Einkommen und Vermögen ist auch mit einer Gefährdung der Chancengleichheit verbunden, denn ein geringeres Einkommen bedeutet einen schlechteren Zugang zu Bildung. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht bedeutet dies weniger qualifizierte Arbeitskräfte und damit höhere Arbeitslosigkeit. Ein geringeres Einkommen ist aber auch mit einem höheren Krankheitsrisiko und damit aus ökonomischer Perspektive mit höheren Kosten in Form von Krankenständen und Qualitätseinbußen verbunden (Marterbauer, 2007).

Der Besitz von Vermögen bedeutet einen privilegierte Position zur Durchsetzung von Interessen und damit gesellschaftliche Macht. Eine starke Konzentration der Vermögen kann die demokratische Entscheidungsfindung gefährden. Gleichzeitig bedeutet bereits ein relativer

⁵⁴ Für einen Überblick der zentralen ökonomischen Arbeiten zur Beziehung zwischen Einkommensverteilung und Wachstum siehe beispielsweise Aghion et al., 1999.

kleiner Vermögensbestand für Menschen mit geringer Qualifikation und niedrigem Einkommen, die einem hohen Arbeitsplatzverlust- und Krankheitsrisiko ausgesetzt sind, eine bessere soziale Absicherung und somit eine substantielle Verbesserung ihrer Lebensqualität. Bei der Verteilung von Vermögen spielen zudem häufig leistungsferne bzw. leistungsfreie Elemente, wie Erbschaften, Schenkungen und Wertänderungen, eine entscheidende Rolle (Marterbauer et al., 2008). Darüber hinaus gilt die Zunahme der Ungleichverteilung seit Beginn der 1980er Jahre für renommierte Ökonomen wie Fitoussi und Stiglitz (2009) oder Horn et al. (2009) als die entscheidende strukturelle Ursache für die aktuelle Weltwirtschaftskrise.

Eine gerechte Verteilung von Vermögen ist daher sowohl aus Gründen der Anreizstruktur und der Allokationseffizienz als auch für das Ziel einer stabilen und nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung wünschenswert.

Wenn man die Verteilung der Lohneinkommen in Österreich zwischen verschiedenen Einkommensgruppen betrachtet, wird deutlich, dass die Ungleichheit der Einkommensverteilung innerhalb der unselbständig Beschäftigten, zwischen Frauen und Männern und zwischen Arbeits- und Besitzeinkommen erheblich ist und in den letzten Jahren zugenommen hat.

Eine aktuelle Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes zeigt, dass die Primäreinkommen der unselbständig Beschäftigten heute maßgeblich ungleicher verteilt sind als noch vor wenigen Jahren. Gleichzeitig geht vom Steuer- und Abgabensystem kaum eine umverteilende Wirkung aus. Die Struktur der Staatsausgaben hingegen führt, zumindest im Bereich der Lohneinkommen⁵⁵, zu einer Verringerung der Ungleichheit. Aus der Entwicklung der Lohnquote wird deutlich, dass Vermögens- und Unternehmenseinkünfte zunehmend an Bedeutung gewinnen. Und Untersuchungen der Oesterreichischen Nationalbank zeigen, dass sowohl Geld- als auch Immobilienvermögen und damit auch die Einkünfte daraus ungemein ungleicher verteilt sind als Löhne (Guger et al., 2009; Marterbauer et al., 2008).

Entlastung niedriger Einkommen von Steuern und Abgaben

Ausgangslage: Eine substanzielle Steuer- und Abgabentlastung der niedrigen Einkommen könnte nicht nur die Armutsgefährdung von Beschäftigten verringern, sondern würde aufgrund der starken Konsumneigung von Haushalten mit niedrigen Einkommen tendenziell die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärken. Da die niedrig qualifizierten und niedrig entlohnten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die größten Beschäftigungsprobleme haben, könnten darüber hinaus positive Anreize gesetzt werden, ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen (Guger et al., 2008b). Auch kann die Senkung von arbeitsbezogenen Abgaben, die durch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu tragen sind (Sozialversicherungsbeiträge), ein positiver Impuls auf die Arbeitsnachfrage gesetzt werden. Mit einer Entlastung von niedrigen Einkommen könnte man daher sowohl Wachstums- und Beschäftigungsimpulse setzen als auch den regressiven Verteilungswirkungen der Sozialversicherungsbeiträge entgegenwirken.

Reformoptionen: Als Optionen zur Entlastung niedriger Einkommen werden meist drei Optionen genannt, die Ausweitung der Negativsteuer, die Senkung der Beitragssätze zu Sozialversicherung und die Einführung von gestaffelten Absetzbeträgen. Eine Senkung der Sozialversicherungsbeitragssätze hat im Vergleich zur Negativsteuer eine geringere Reichweite. Eine solche Entlastung wäre jedoch monatlich wirksam und würde daher eine unmittelbare Entlastung der Arbeitseinkommen und damit positive Beschäftigungsanreize bedeuten. Der Ausfall von Einnahmen in der Sozialversicherung aufgrund der Sozialversicherungsbeitragsenkung müsste aus dem Budget kompensiert werden und ist, da alle Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze entlastet würden, relativ teuer.

⁵⁵ Aufgrund von Datenmängel beschränken sich die Studien über die Umverteilungswirkung des Staates auf Lohn- und Transfereinkommen, dabei werden Unternehmens- und Vermögenseinkünfte außer Acht gelassen.

Reformvorschlag: Eine Alternative zur allgemeinen Senkung der Sozialversicherungsbeitragssätze stellt die Einführung eines mit zunehmendem Einkommen abschmelzenden Absetzbetrages dar. Anstelle der Geringfügigkeitsgrenze könnte dieser die derzeitige sprunghafte Erhöhung der Belastung bei 366,33 € Bruttomonatseinkommen durch einen konstanten Belastungsanstieg ersetzen. So würden die Beitragszahlungen ab einem Monatsbruttobezug von 366,33 € kontinuierlich ansteigen und erst später (z. B. bei 1.200 €) die reguläre Höhe von 18,075 % erreichen. Eine solche Maßnahme könnte positive Beschäftigungsanreize setzen und das Ausweichen in die Schattenwirtschaft eindämmen. Da sie besonders Geringverdienerinnen und -verdienern und damit Teilzeitbeschäftigten zugute käme, würde dadurch nicht nur die Ungleichverteilung innerhalb der Lohneinkommen, sondern auch zwischen Männern und Frauen, die den Großteil der geringfügig Beschäftigten stellen, verringert (Guger et al., 2008b).

2.5.1 Verteilung der Lohneinkommen

Im Jahr 2005 betrug das durchschnittliche Bruttomarkteinkommen einer/s unselbständigen Beschäftigten monatlich 2.316 € (Median 2.006 €⁵⁶). Die 10 % mit dem höchsten Einkommen verdienten dabei im Durchschnitt rund 11-mal soviel wie jene 10 % mit dem niedrigsten Einkommen. Im Jahr 2000 betrug dieser Faktor noch 9,7. Auch bei der Betrachtung nach Terzilen wird die zunehmende Ungleichverteilung bei den Bruttolohneinkommen offensichtlich. Im Jahr 2000 entfielen auf das oberste Drittel rund 54,8 % der Personeneinkommen und auf das Unterste 15,9 %. 2005 hingegen entfielen nur mehr 15,1 % auf das unterste und schon 55,5 % der Einkommen auf das oberste Terzil. Während die individuellen Bruttomarkteinkommen vor allem in den 1990er Jahren merklich ungleicher wurden, nahm die Streuung bei den Haushalten vor allem im jüngsten Untersuchungszeitraum, zwischen 2000 und 2005, stark zu. Insgesamt reduzierte sich der Einkommensanteil der 10 % mit dem niedrigsten Einkommen von 2,15 % (1983) auf 1,4 % (2005), während der Anteil des obersten Dezils im gleichen Zeitraum von 23,3 % auf 26,8 % zunahm (Guger et al., 2009).

Als Ursachen für die stetig ungleicher werdende Verteilung der Primäreinkommen gelten unterschiedliche Entwicklungen, deren Wirkung auf die Verteilung aber ähnlich ist. Der technische Fortschritt und der hohe Internationalisierungsgrad verringern die Nachfrage nach Geringqualifizierten und erhöhen jene nach qualifiziertem Personal. Außerdem hat die Anzahl an Teilzeitbeschäftigten und Beschäftigten in atypischen Beschäftigungsformen deutlich zugenommen. Dies verringert das durchschnittliche individuelle Bruttoeinkommen und den Anteil der unteren Terzile (Dezile) an der Summe aller Einkommen (vgl. Guger et al., 2009, S. 31–54).

2.5.2 Umverteilung durch den Staat

Obwohl die Abgabenquote von 42 % des BIP (2007) ein relativ hohes Umverteilungspotenzial durch den Staat impliziert, sind die einnahmenseitigen Umverteilungseffekte beschränkt. Denn regressive Elemente wie indirekte Steuern, die Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Höchstbeitragsgrundlage und die äußerst geringe Besteuerung von Vermögen und Besitzeinkommen führen trotz progressiver Lohn- und Einkommensteuer zu einem Abgabensystem, von dem insgesamt keine nennenswerte Umverteilungswirkung ausgeht. Sinkende Erwerbseinkommen der unteren Einkommensgruppen haben zuletzt dazu geführt, dass Transfereinkommen einen deutlich größeren Teil der Einkommen ausmachen. In Relation zum Einkommen ist in den letzten 1½ Jahrzehnten auch die Belastung durch indirekte Steuern für BezieherInnen niedriger Einkommen gestiegen. Die Entlastung niedriger Einkommen durch die letzten Einkommensteuerreformen konnte diesen Effekt nicht ausgleichen. Insgesamt hat zwischen 2000 und 2005 die Belastung niedriger Einkommen durch direkte und indirekte Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge zugenommen. Die Struktur der

⁵⁶ Nach Ergebnissen von EU-SILC 2006.

Steuern und Abgaben ist damit heute insgesamt regressiver als zu Beginn der 1990er Jahre (Guger et al., 2009).

Auf der Ausgabenseite dominieren monetäre Transfers der Altersvorsorge und Familienpolitik, die zumindest innerhalb der unselbständigen Erwerbstätigen für eine gleichmäßigere Verteilung der Einkommen sorgen. Gewinner dieses Umverteilungsprozesses sind vor allem jene Haushalte, deren Äquivalenzeinkommen im untersten Dezil liegt. Ihr Einkommen nach dem Umverteilungsprozess beträgt mit 1.130 € um rund 190 % mehr als vorher (385 €). Staatliche Leistungen spielen für diese Einkommensgruppe also eine existenzielle Rolle und bilden aufgrund von steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Markteinkommen einen immer größeren Teil des gesamten Einkommens. Bis zum 5. Dezil, wo sich Abgaben und empfangene Leistungen ausgleichen, profitieren alle vom Umverteilungsprozess. Im obersten Dezil hingegen liegt das Einkommen nach Transfers um rund 30 % (das entspricht rund 1.700 €) unter dem Markteinkommen. 43,5 % aller Transferleistungen kommen dem unteren Drittel der Nicht-Selbständigeneinkommen zu, die 14 % der Markteinkommen beziehen, das mittlere Drittel, auf das ein Markteinkommensanteil von 29 % fällt, bezieht 31,5 % der öffentlichen Leistungen. Das obere Drittel, auf das fast 57 % der Markteinkommen fallen, erhält rund ein Viertel der Leistungen (Guger et al., 2009).

2.5.3 Sinkender Anteil der Löhne am Volkseinkommen

Löhne stellen für die meisten Menschen die primäre und oft einzige Einkommensquelle dar. Aufgrund des starken Anstiegs der Einkommen aus Geldvermögen und der nur mäßigen Entwicklung der (Netto-)Löhne ist ihr Anteil am Volkseinkommen jedoch kontinuierlich gesunken. In der Entwicklung der Lohnquote zeigt sich diese massive Verschiebung der funktionalen Einkommensverteilung von Lohn- zu Unternehmens- und Vermögenserträgen⁵⁷ deutlich. Die unbereinigte Lohnquote⁵⁸ ist seit dem Erreichen ihres Höchstwertes von 78,7 % im Jahr 1978 um 12 Prozentpunkte auf 66,8 % (2008) zurückgegangen. Wobei sich der Rückgang in den letzten 8 Jahren noch merklich beschleunigte (–6,6 Prozentpunkte seit 2000). Als Gründe für diese deutliche Umverteilung des Volkseinkommens gelten die – mit der Intensivierung des (internationalen) Wettbewerbs einhergehende – höhere Arbeitslosigkeit, die zurückhaltende Lohnpolitik und die gleichzeitige, stetige Zunahme der Nicht-Lohneinkommen. So blieb zwischen 1976 und 2008 die Entwicklung der ArbeitnehmerInnenentgelte (+349 %) weit hinter jener der Einkünften aus UnternehmerInnenentätigkeit und Vermögenserträgen (+575 %) zurück. Darüber hinaus wurden Arbeitseinkommen immer stärker zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte herangezogen, während Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit und Vermögenserträgen substanziell entlastet wurden (vgl. Guger et al., 2009, S. 22, 26; Marterbauer et al., 2008).

2.5.4 Verteilung von Vermögen

Über die Verteilung von (Privat-)Vermögen gibt es in Österreich nur sehr wenige Daten und die wissenschaftliche Aufarbeitung lässt dementsprechend zu wünschen übrig. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von Vermögenseinkünften kommt der Diskussion über die Verteilung von Vermögen aber eine immer wichtigere Rolle zu. Die Oesterreichische Nationalbank hat mit Haushaltsbefragungen, die 2004 und 2008⁵⁹ durchgeführt wurden, begonnen, die Lücke bei der Untersuchung der Verteilung von (Immobilien- und Geld-) Vermögen zu schließen.⁶⁰

⁵⁷ Eine Unterscheidung zwischen Einkünften aus UnternehmerInnenentätigkeiten und Vermögenserträgen ist aufgrund der mangelnden statistischen Erfassung (in Österreich) nicht möglich.

⁵⁸ Die bereinigte Lohnquote, die die Veränderung des Anteils unselbständig Beschäftigter an den Erwerbstätigen berücksichtigt, ist im selben Zeitraum noch stärker gesunken.

⁵⁹ OeNB-Geldvermögenserhebung 2004, OeNB-Immobilienvermögenserhebung 2008

⁶⁰ Während bereits eine Aufbereitung der Daten aus der 2004 durchgeführten Geldvermögenserhebung erfolgte, werden Fragen zur Verteilung des Immobilienvermögens erst in Zukunft hinreichend diskutiert werden können. Die folgenden Zeilen konzentrieren sich daher in erster Linie auf die Diskussion der Verteilung von Geldvermögen.

Wie die Ergebnisse zeigen, ist Geldvermögen stark ungleich verteilt. 10 % der Haushalte besitzen über 54 % des Geldvermögens. Allein auf das reichste Prozent entfallen 27 % des Geldvermögens. Während zwei Drittel der Haushalte über gar kein nennenswertes Geldvermögen verfügen und die untere Hälfte der Haushalte gemeinsam nur 8 % des gesamten Geldbestandes besitzen. Die starke Polarisierung der Verteilung von Geldvermögen (1 % der Haushalte besitzt 3-mal so viel Geldvermögen wie die Hälfte aller Haushalte) bedeutet, dass es beim Geldvermögen de facto keinen Mittelstand gibt. Die Verteilung von Geldvermögen ist damit ungemein ungleicher als jene der (Lohn-)Einkommen. Dies zeigt sich neben dem Gini-Koeffizienten⁶¹, der mit 0,66 doppelt so hoch ist wie jener der Lohneinkommen (0,335; Marterbauer et al., 2008; Guger et al., 2009) auch in der großen Differenz zwischen Mittelwert (55.000 €) und Median (24.000 €) der Geldvermögen.⁶² Auch bei den Erbschaften ist eine soziale Schieflage beobachtbar. Jener Teil der Bevölkerung, der erbt (nur rund 38 %), verfügt bereits über ein höheres Geldvermögen als Nicht-Erben. Absolut betrachtet, erben Vermögende darüber hinaus mehr und häufiger. Haushalte mit einem geringen Vermögen erben seltener, in Relation zu ihrem Vermögensbestand aber mehr (vgl. Marterbauer et al., 2008, S. 152–159).

Den größten Teil der Vermögenswerte stellen Immobilien und Grundbesitz dar. Im Gegensatz zu Geldvermögen sind diese jedoch in hohem Maße fremdfinanziert, weisen hohe Transaktionskosten auf und können nur schwer liquidiert werden. Da Immobilienwerte häufig zur Besicherung von Krediten herangezogen werden, dienen sie auch dem Konsum. Die bisher vorliegende Analyse der Immobilienvermögenserhebung zeigt, dass rund 50 % der österreichischen Haushalte Eigentümer ihres Hauptwohnsitzes⁶³ sind (vgl. Fessler et al., 2009). Rund die Hälfte des gesamten Immobilienvermögens entfällt jedoch auf Objekte, die nicht als Hauptwohnsitz genutzt werden. Diese befinden sich im Besitz von 22 % der Haushalte.

Um für die Verteilung relevante Schlüsse ziehen zu können, muss auch der jeweilige Wert der Immobilien berücksichtigt werden. Dabei zeigt sich, dass Immobilienvermögen noch stärker ungleich verteilt ist als Geldvermögen. Auf das oberste Dezil der Haushalte fallen rund 60 % des gesamten Immobilienbesitzes und mehr als 20 % des Immobilienvermögens konzentriert sich auf nur 1 % der Haushalte (Der Standard 24.7.2009).

Wie die Untersuchungen der Oesterreichischen Nationalbank zeigen, sind Vermögen also weit ungleicher verteilt als die Einkommen. Die Zunahme der Einkünfte aus Vermögensbeständen bedeutet damit auch eine Zunahme der personellen Einkommensungleichheit. Denn die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen durch die divergierende Entwicklung der Lohneinkommen wird durch die noch stärkere Ungleichheit bei den Vermögensbeständen und die zunehmend Bedeutung von Einkünften aus Vermögensbeständen verschärft. Die geringe Sparfähigkeit von Menschen mit niedrigen Einkommen lässt keine Bildung von Geldvermögen zu, ihre Einkunftsmöglichkeiten bleiben so auf das Erwerbseinkommen begrenzt, während die wenigen BesitzerInnen beträchtlicher Vermögen von den steigenden Einkünften aus Vermögensbeständen umso stärker profitieren und ihr Vermögen vergrößern können.

⁶¹ Der Gini-Koeffizient ist ein weit verbreitetes Konzentrationsmaß und stellt eine Kennziffer für das Ausmaß an Gleichheit oder Ungleichheit einer Verteilung dar. Ein Gini-Koeffizient von null bedeutet absolute Gleichverteilung, der Wert 1 vollkommene Ungleichverteilung. Der Gini-Koeffizient knüpft direkt an die Lorenzkurve an, die die kumulierten Anteile des Gesamteinkommens im Vergleich zu den kumulierten Anteilen der EmpfängerInnen (beginnend mit der ärmsten Person bzw. dem ärmsten Haushalt) darstellt (aus Guger et al. 2009, S. 349).

⁶² Darüber hinaus unterschätzen Haushaltsdaten aufgrund der Untererfassung Vermögender in freiwilligen Befragungen die Vermögenskonzentration systematisch.

⁶³ Die Definition des Hauptwohnsitzes folgt hier nicht dem Melderegister sondern der tatsächlichen Nutzung.

2.5.5 Maßnahmen im Bereich Einkommen und Vermögen

Die Ursachen der zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen sind höchst unterschiedlich, dementsprechend müssen Gegenmaßnahmen in unterschiedlichen Bereichen ansetzen. Einige mögliche Reformoptionen sind dabei:

- Entlastung niedriger (Lohn-)Einkommen durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge (vgl. Guger et al., 2008b; Aiginger et al., 2008; siehe dazu das Kapitel 3.2 Abgabensystem)
- Eine deren Bedeutung angemessene Besteuerung von Vermögenswerten und den Einkünften daraus (Aiginger et al., 2008; siehe dazu das Kapitel 3.2 Abgabensystem)
- Keine undifferenzierte Erhöhung der Mehrwertsteuer, denn dies würde die regressive Wirkung des Steuersystems erhöhen (Guger et al., 2009; siehe dazu das Kapitel 3.2 Abgabensystem)
- Keine Verringerung sozialstaatlicher Leistungen, die die ärmere Bevölkerung unverhältnismäßig stark treffen würden (vgl. Guger et al., 2009)
- Aktive Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und von prekären Beschäftigungsverhältnissen
- Verbesserung der Durchlässigkeit und Verringerung der sozialen Selektion im Bildungssystem (Bock-Schappelwein, 2006; Aiginger et al., 2006)
- Anhebung der geplanten bedarfsorientierten Mindestsicherung auf ein existenzsicherndes Leistungsniveau (Armutsgrenze) und konsequente Umsetzung der ursprünglich geplanten One-Stop-Shop-Abwicklung
- Verbesserung der statistischen Erfassung von Gewinnen und Vermögensienkünften sowie Einkünften aus selbständiger oder freiberuflicher Tätigkeit, um die Grundlage für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung zu schaffen (vgl. Guger et al., 2009, S. 22)

2.5.6 Anhaltend hohe Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern

Die Diskussion um die gerechte Verteilung von Einkommen wurde hier mit Einkommensklassen begonnen. Daneben spielen Bildung und Herkunft (deren Implikationen an anderer Stelle in dieser Studie diskutiert wurden) sowie das Geschlecht eine entscheidende Rolle bei der Zu- und Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die niedrigere Frauenerwerbsquote und der hohe Anteil an Frauen bei den geringfügig Beschäftigten sowie massive Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern deuten darauf hin, dass Frauen durch die strukturellen Gegebenheiten unserer Gesellschaft in erheblichem Maße daran gehindert werden, ein ihren Leistungen und Fähigkeiten adäquates Einkommen zu erzielen. Im Jahr 2007 verdienten unselbständig erwerbstätige Frauen durchschnittlich um rund 41 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Betrachtet man nur ganzjährig Vollzeitbeschäftigte, so beträgt der durchschnittliche Einkommensunterschied 22 %. Gegenüber 1998 hat sich das Lohndifferential zwischen den Geschlechtern damit sogar geringfügig erhöht⁶⁴ (Rechnungshof 2008; Grünberger et al. 2009). Die Erwerbsquote von Frauen ist mit rund 64,4 % bedeutend niedriger als jene von Männern, die 78,4 % (2007) beträgt. Frauen stellen außerdem den überwiegenden Teil der geringfügig Beschäftigten⁶⁵ (70 %) und arbeiten häufiger in Teilzeit. 55 % der Frauen tun dies aus familiären Gründen, vor allem wegen Kinderbetreuung und Pflege, und nur 20 % wollen lieber Teilzeit als Vollzeit arbeiten (Statistik Austria; Pirklbauer et al., 2008). Einen erheblichen Teil ihrer Arbeit leisten Frauen unentgeltlich innerhalb des Haushaltes⁶⁶, etwa in

⁶⁴ Männer verdienten 2007 inflationsbereinigt um 2 % mehr als 1998, Frauen um 1 %.

⁶⁵ Eine geringfügige Beschäftigung bedeutet schlechtere soziale Absicherung und ein höheres Armutsrisiko.

⁶⁶ Nach Erhebungen des Statistik Austria Mikrozensus 2002 arbeiten erwerbstätige Frauen im Durchschnitt 34,5 Stunden bezahlt und 29,5 Stunden unbezahlt (Männer 41h bzw. 7,4h).

Form von Betreuung von Kindern und Pflege von Verwandten. Für Frauen ist es also unheimlich schwieriger, einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nachzugehen und eine durchgehende Erwerbsbiografie vorzuweisen. Grünberger und Zulehner (2009) schätzen mit Hilfe einer Regressionsgleichung die Bestimmungsfaktoren für die Höhe der (Bruttostunden-)Löhne ganzjährig Vollzeitbeschäftigter im Alter zwischen 20 und 60 Jahren, um die Ursachen für das Lohndifferenzial zwischen Männern und Frauen erklären zu können. Sie kommen dabei zu dem Schluss, dass knapp die Hälfte des Lohndifferenzials durch Merkmale wie Schulbildung, Berufserfahrung, Familienstand sowie vertikale und horizontale Segregation am Arbeitsmarkt erklärt werden kann. Während Frauen im Bereich der Ausbildung in den vergangenen Jahren stark aufholen konnten,⁶⁷ bedeuten Karriereunterbrechungen für Kindererziehung und Pflege, dass Frauen systematisch weniger Berufserfahrung vorweisen können als ihre männlichen Kollegen. Während sich die Ehe auf die Einkommenssituation der Männer positiv auswirkt, hat diese für Frauen negative Auswirkungen. Dies kann an einer Einkommensmaximierung innerhalb des Haushaltes liegen, die die Karriere der Männer gegenüber jener der Frauen begünstigt. Grund dafür kann aber auch sein, dass Frauen ihre Karriere der Familie unterordnen und dass sich Beruf und Familie häufig nur sehr schwer in Einklang bringen lassen.

Berücksichtigt man diese Faktoren, so bleibt ein weiterer Lohnunterschied von 12 %, also etwas mehr als die Hälfte der gesamten Differenz. Erklären lassen sich diese 12 % nur über Diskriminierung am Arbeitsmarkt sowie durch systematische Unterschiede zwischen nicht beobachtbaren Merkmalen wie etwa unterschiedlichen Risikopräferenzen.

2.5.7 Maßnahmen für eine geschlechtergerechte(re) Lohnverteilung

Da ein sehr großer Anteil der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt ist und/oder nur ein geringes Gehalt bezieht, kommen Reformen, die geringe Einkommen entlasten, Frauen besonders zugute. Um Chancengleichheit und damit eine faire und gleichberechtigte Entlohnung zwischen Männern und Frauen herstellen zu können, ist jedoch auf mehreren Ebenen unmittelbarer Handlungsbedarf gegeben. Beispiele für Maßnahmen sind unter anderem:

- Entlastung niedriger (Lohn-)Einkommen durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge (vgl. Guger et al., 2008b; Aiginger et al., 2008; siehe dazu das Kapitel 3.2 Abgabensystem)
- Aktive Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und bessere Absicherung von prekären Beschäftigungsverhältnissen (Aiginger et al., 2006)
- Ein substanzieller, qualitativer und quantitativer Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder, insbesondere am Nachmittag (Aiginger et al., 2006; Bock-Schappelwein, 2006)
- Strategien zur Umwandlung von informeller Arbeit (Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege) in Erwerbsarbeit, um die Wahl zwischen der Erwerbsform den Erwerbstätigen selbst zu überlassen (Aiginger et al., 2006)
- Berücksichtigung der unternehmerischen, geschlechtlichen Gleichstellungskultur bei öffentlichen Ausschreibungen⁶⁸ (Aiginger et al., 2006)
- Aufweichen der Geschlechterrollen im Bildungsbereich (Pirklbauer et al., 2008)
- Schaffung von verbesserten Rahmenbedingungen, die eine partnerInnenschaftliche(re) Teilung der Betreuungs- und Versorgungsarbeit möglich machen (Grünberger et al., 2009)

⁶⁷ In der beobachteten Gruppe weisen sie durchschnittlich sogar einen höheren Bildungsabschluss als Männer auf.

⁶⁸ Zur Verbesserung der Erwerbchancen von Frauen siehe auch Aiginger et al., 2006, S. 90

- Verstärkte Förderung der Teilnahme von Frauen bzw. Teilzeitbeschäftigten an Weiterbildungsprogrammen (Aiginger et al., 2006; Bock-Schappelwein, 2006)

2.6 Globale Ungleichverteilung

Die ungleiche Verteilung ist trotz jahrzehntelanger internationaler Bekenntnisse, Armut wirksam bekämpfen zu wollen, im Besonderen auf globaler Ebene ein großes Problem. Hierbei geht es für viele Menschen um die Frage des Überlebens.

2.6.1 Armut und Verteilungsungerechtigkeit: globale Probleme steigenden Ausmaßes

Internationale Organisationen definierten zwei Armutsgrenzen⁶⁹: Menschen, die mit weniger als 2 US-Dollar am Tag auskommen müssen, gelten als „arm“, jene, die weniger als 1,25 US-Dollar am Tag zur Verfügung haben, gelten als „absolut arm“. 2005 hatten weltweit 1,4 Milliarden Menschen weniger als 1,25 US-Dollar täglich zur Verfügung, 26 Jahre zuvor waren es noch rund 1,9 Milliarden Menschen. Für diese Menschen prägte der Entwicklungsexperte Paul Collier den Begriff der „bottom billion“. Diese Menschen sind es, deren Lebensbedingungen die Staatengemeinschaft mit der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele verbessern möchte. Die zweite Armutsgrenze mit einem Einkommen von weniger als 2 US-Dollar pro Tag markiert eine „quasi überlebensfähige“ Armut. Nach wie vor leben weltweit mehr als 2,5 Milliarden Menschen unter dieser Grenze und müssen mit weniger als 2 US-Dollar am Tag auskommen (Ravallion et al., 2008). Ihre Lebenslage hat sich mit dem Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel 2007 drastisch verschärft.

Das stetige Wirtschaftswachstum in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts änderte insgesamt nur wenig an der globalen Armut, da im gleichen Zeitraum die Ungleichverteilung sowohl im globalen Süden als auch im Norden zunahm. In den letzten Jahrzehnten wirkte sich besonders die wirtschaftliche Entwicklung Chinas positiv auf die internationalen Armutsstatistiken aus. In China lebten 2005 600 Millionen Menschen weniger unter der Armutsgrenze als 1981. Für die Region Ostasien bedeutet dies, dass sich der Anteil der als absolut arm geltenden Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar leben müssen, von 80 % (1981) auf 18 % (2005) reduziert hat. Obwohl der Anteil absolut armer Menschen auch außerhalb Chinas zurückging (40 % 1981, 29 % 2005), ist die Anzahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, außerhalb Chinas nicht gesunken. Sie beträgt nach wie vor 1,2 Milliarden. Grund dafür ist vor allem die Situation in Subsahara-Afrika, wo sich die Anzahl der armen Menschen mit 380 Millionen (2005) seit 1981 (200 Millionen) beinahe verdoppelt hat, und die Armutsrate mit 50 % faktisch gleich geblieben ist. In den Gebieten Südasien, Lateinamerika und der Karibik sowie im Mittleren Osten und Nordafrika ist die Armutsrate im Schnitt gesunken, allerdings nicht stark genug, um die absolute Zahl armer Menschen zu reduzieren. In den meisten dieser Länder hängen Armut und Ungleichverteilung direkt mit dem Zugang zu landwirtschaftlich nutzbaren Böden und Wasser zusammen.

2.6.2 Zunehmende Ungleichverteilung im Westen

Atkinson (2008) untersucht die Entwicklung der Verteilung von (Lohn-)Einkommen innerhalb der einzelnen OECD-Länder und leitet daraus seine Feststellungen über die Entwicklung der Einkommensungleichheit in der westlichen Welt ab. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass die (Lohn-)Einkommensungleichheit in den meisten der OECD-Länder zwischen 1980 und 2004 zugenommen hat. In 16 der 19 untersuchten Länder ist der Anteil des untersten Einkommensdezils um fünf oder mehr Prozentpunkte gesunken oder jener des obersten Dezils

⁶⁹ Im Unterschied zu den in den so genannten „Entwicklungsländern“ angewandten absoluten Armutsgrenzen wird Armut in den meisten OECD-Staaten (ausgenommen den USA) relativ gemessen. Die Armutsgrenzen bewegen sich hier in der Regel bei 50 bis 60 Prozent des Median- oder Durchschnittseinkommens der jeweiligen Bevölkerung.

hat um mindestens fünf Prozentpunkte zugenommen. In sieben Ländern war beides der Fall. Atkinson beobachtet darüber hinaus eine fächerförmige Entwicklung („fanning out“): Während die Einkommen unterhalb des Medians (relativ zum Median) sukzessive zurückgingen, haben jene im oberen Bereich (P75-P95) sukzessive zugenommen. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung in Portugal, den USA, Großbritannien, Ungarn und Polen, aber auch in Österreich, Deutschland, Schweden, der Schweiz und Italien haben die Einkommen über dem Median deutlich stärker zugenommen als jene darunter.

2.6.3 „Aufstiegsdynamik“ China und Indiens überwiegt negativen Trend

Um die Entwicklung der weltweiten Verteilung von Einkommen zu untersuchen, benutzt Sala-i-Martin (2005) Maßzahlen der individuellen Einkommensverteilung einzelner Länder, die er nach dem Pro-Kopf-Einkommen gewichtet. Seine Ergebnisse überschneiden sich sowohl mit jenen von Atkinson (2008) als auch mit jenen von Ravallion/Chen (2008). Bei verschiedenen zugrundegelegten Armutsraten (1 US-Dollar bis 3 US-Dollar Tag; mit dem Wert der Preise des Jahres 1996) sank die Zahl der armen Menschen weltweit von 15,4 % bis 46,6 % im Jahr 1970 auf 5,7 % bis 21,1 % im Jahr 2000. Wie Atkinson beobachtet Sala-i-Martin eine Zunahme der Ungleichverteilung innerhalb der Länder. Er stellt aber fest, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung in China, Indien und anderen asiatischen Ländern diesen negativen Effekt statistisch aufwog und die weltweite Ungleichverteilung eben deshalb abgenommen hat. In den sehr armen Regionen Afrikas hat sich die Situation verschlechtert und in den meisten Ländern, auch in den westlichen Industrienationen, geht die Einkommensschere immer weiter auseinander.⁷⁰ Die Ungleichheit zwischen den Ländern hat sich in den vergangenen Jahrzehnten, unter anderem aufgrund des die Industrienationen begünstigenden internationalen Handelsregimes, ebenso deutlich verschärft.

2.6.4 Maßnahmen

Die Globalisierung hat einigen Entwicklungsländern geholfen, ihre (in der Regel auf Rohstoffexporte spezialisierte) Wirtschaft zu stärken und die Einkommenssituation der Bevölkerung zu verbessern. Zugleich hat der Abbau von Handelszöllen in Verbindung mit der einseitigen Subventionierung westlicher Agrarprodukte und der Einschränkung nationaler Steuerungsinstrumente (der Geld- und Fiskalpolitik), etwa als Folge einer konditionierten Kreditvergabe durch internationale Finanzinstitutionen, ungleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen, die es vielen Ländern unmöglich machen, eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Zusätzlich drohen aktuell Wirtschafts-, Ernährungs- und Klimakrisen Millionen von Menschen wieder zurück in die Armut zu werfen. Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Hungernden erstmals die Grenze von einer Milliarde Menschen überschritten (FAO, 2009).

Entwicklungszusammenarbeit kann Menschen in Krisensituationen eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ermöglichen und erste Entwicklungsschritte in Gang setzen. Maßnahmen zur Bekämpfung der globalen Ungleichheit sollten jedoch nicht nur monetäre Hilfeleistungen umfassen, sondern in erster Linie durch eine faire Welthandelsordnung zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen beitragen. Die internationale Gemeinschaft darf den ärmsten Ländern kein vorgefertigtes Entwicklungsmodell aufoktroieren. Sie muss jedoch Rahmenbedingungen schaffen, die allen Ländern auch bei steigenden Bevölkerungszahlen eine nachhaltige und selbstbestimmte Entwicklung (z. B. Ernährungssouveränität⁷¹ als Entwicklungsziel) ermöglicht. Die wichtigsten, dafür zu treffenden Maßnahmen umfassen:

⁷⁰ Fitoussi, Stiglitz (2009) sehen in der zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen als die entscheidende strukturelle Ursache für die aktuelle Weltwirtschaftskrise. Denn aufgrund der geringeren Konsumneigung reicher Haushalte kam es zu einer massiven Nachfrageschwäche. Kurzfristig konnte die fehlende Nachfrage nur über die die Verschuldung armer Haushalte hergestellt werden, langfristig vergrößerte sich das Problem aber – die Instabilität wuchs und entlud sich in der aktuellen Krise (Fitoussi et al., 2009, S. 4; Horn et al. 2009, S. 8).

⁷¹ Unter Ernährungssouveränität versteht man die Möglichkeit eines Landes (bzw. seines Volkes), seine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu definieren. Im Mittelpunkt steht dabei die nationale Selbstversorgung. Demnach soll die Landwirtschaft auf nachhaltige Art und Weise zunächst für die lokale Bevölkerung produzieren.

- Die konsequente Umsetzung des entwicklungspolitischen Kohärenzgebots: Berücksichtigung der Ziele und Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit in allen Politikbereichen, die Entwicklungsländer berühren
- Eine ausreichende Beaufsichtigung und Regulierung des Finanzmarktes sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene. Denn Entwicklungsländer sind in stärkerem Ausmaß von der Finanzkrise betroffen. Außerdem sind ihre Mittel zur Überwindung der Krise insbesondere im Vergleich zu westlichen Industrienationen beschränkt⁷² (siehe dazu das Kapitel 3.2 Abgabensystem)
- Schließung von Steueroasen und Offshore-Finanzzentren, denn die damit verbundene Steuerflucht und der illegale Abfluss von Staatsgeldern bedeutet für die Länder des globalen Südens enorme Steuerausfälle⁷³
- Standards und Rahmenbedingungen für internationale Investitions- und Rohstoffpolitiken. Die wachsende Konkurrenz um Rohstoffe und Agrarflächen hat in den letzten Jahren unter anderem zu groß angelegten Landkäufen und langfristigen Pachtverträgen geführt. Dieses so genannte „land grabbing“ erfolgt durch reiche Staaten, private InvestorenInnen und auch bevölkerungsreiche Schwellenländer und findet zum überwiegenden Teil in Afrika und Asien statt (De Schutter, 2009; von Braun, Meinzen-Dick, 2009).
- Faire Preise und Konditionen für Rohstoffexporte sowie international akkordierte Mindeststandards zur Gewährleistung eines sozial und ökologisch nachhaltigen Ressourcenabbaus. Einen konkreten Orientierungspunkt bietet das auf UN-Ebene abgestimmte Menschenrechtssystem (ILO-Kernarbeitsnormen u. v. a.). Bestehende Fair-Trade-Abkommen können hierfür als Beispiele heran gezogen werden.
- Deutliche Steigerung des Budgets für Entwicklungszusammenarbeit⁷⁴ im Rahmen eines verbindlichen Stufenplans, um das für 2015 wiederholt gesetzte Ziel von 0,7 % des BIP erreichen zu können⁷⁵
- Einrichtung eines globalen Klimafonds, der Länder im Süden über bestehende Zusagen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit hinaus sowohl bei der Anpassung an den Klimawandel, als auch bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Vermeidung klimaschädlichen Verhaltens unterstützt
- Gezielte Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung in der Entwicklungszusammenarbeit sowie privater Investitionen in die Landwirtschaft, um lokale Ernährungssicherheit zu erreichen und nationale Bemühungen für Ernährungssouveränität gezielt zu unterstützen
- Vollständige Befreiung von Zöllen aller Produkte aus dem fairen Handel („Fair-Trade“)
- Ersatz der Exportförderungen für Agrarprodukte durch nicht wettbewerbsverzerrende Maßnahmen
- Tatsächliche Berücksichtigung entwicklungspolitischer Interessen im WTO-Prozess

⁷² Die UN-ExpertInnenkommission zu Reformen des internationalen Währungs- und Finanzsystems unter Vorsitz des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz empfiehlt aus diesem Grund eine Selbstverpflichtung von Industrieländern, den Entwicklungsländern ein Prozent ihrer Konjunkturprogramme zur Abfederung der Finanz- und Wirtschaftskrise zur Verfügung zu stellen (United Nations, 2009, S. 41).

⁷³ Das Tax Justice Network (www.taxjustice.net) und OXFAM schätzen die jährlichen Steuerentgänge für Entwicklungsländer auf rund 64–124 Milliarden US-Dollar (<http://www.oxfam.org/en/pressroom/pressrelease/2009-03-13/tax-haven-could-deliver-120bn-year-fight-poverty>). Eine andere Studie schätzte die Kapitalabflüsse aus Entwicklungsländern im Jahr 2006 in der Höhe von 858,6 Milliarden bis zu 1,06 Billionen US-Dollar (Kar, Cartwright • Smith, 2008, S. 9).

⁷⁴ 2008 betrug der Anteil der Entwicklungshilfe in Österreich 0,42 % des BIP.

⁷⁵ Trotz mehrfacher Erneuerung und Bekräftigung dieses Versprechens seit den 1970er Jahren wandten bis zum Jahr 2008 weltweit nur fünf Länder 0,7 Prozent oder mehr ihres BNP für Entwicklungskooperation auf: Dänemark, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden.

- Ausweitung bestehender Entschuldungsinitiativen auf alle Länder, die Empfänger von Entwicklungszusammenarbeit sind. Neben der Steuerflucht ist der Schuldendienst der zweite wesentliche Grund für den Kapitalabfluss aus Entwicklungsländern⁷⁶
- Konsequente Respektierung und Einhaltung der von der internationalen Staatengemeinschaft akkordierten menschenrechtlichen Verpflichtungen sowie deren Berücksichtigung in allen internationalen wie bilateralen Abkommen

⁷⁶ Allein aus der ärmsten Weltregion, Subsahara-Afrika, fließen etwa seit 1995 jährlich rund 1,5 Mrd. US-Dollar mehr in Richtung Norden, als umgekehrt.

3 Politökonomische Rahmen- und Umsetzungsbedingungen

In Kapitel 2 wurden ausgewählte für eine Umsetzung der Ökosozialen Marktwirtschaft wichtige Handlungsfelder diskutiert und erste konkrete Ansätze für Maßnahmen vorgeschlagen. Die Umsetzung der Ökosozialen Marktwirtschaft soll auf allen politischen Ebenen vorangetrieben werden: global, europäisch, national und regional. Die Spielräume, Optionen und Herausforderungen der Politikgestaltung in diesem Mehrebenensystem werden im folgenden Kapitel skizziert. Nachhaltige Entscheidungen brauchen Langfristigkeit über Partei- und Staatsgrenzen hinweg.

Bei den aktuellen und in diesem Hintergrundpapier diskutierten Herausforderungen handelt es sich zum Teil um Fragen von globalem Zuschnitt, die verschiedene Regionen oder die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit betreffen. Globale Probleme, wie Klimawandel, Hunger, die Verwaltung von Gemeingütern, die höchst ungleiche Verteilung von Einkommen, Gütern und Wohlstand, die zunehmende soziale Polarisierung innerhalb und zwischen einzelnen Weltregionen (siehe auch das Kapitel 2.6 Globale Ungleichverteilung) etc. erfordern gemeinsames Handeln und entsprechende Strukturen der Entscheidungsfindung. Viele Fehlentwicklungen haben sich internationalisiert und bewirken nicht selten überregionale oder globale „Bumerangeffekte“ (Nuscheler, 2008, S. 48) wie Terrorismus oder Migrationsbewegungen.

Auf nationaler Ebene ist das Steuer- und Abgabensystem das zentrale wirtschaftspolitische Steuerungsinstrument. Neben der Funktion der Finanzierung staatlicher Aufgaben können Steuern- und Abgabensysteme durch entsprechende Ausgestaltung auch andere wirtschafts- sowie gesellschafts- und umweltpolitische Ziele unterstützen. So können durch entsprechende Regelungen Beschäftigung gefördert, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, Energieeffizienz gesteigert und Emission vermieden werden. Auch verteilungspolitische Ziele können durch steuerliche Regelungen unterstützt werden. Das Steuer- und Abgabensystem ist daher ein zentrales Politikfeld bei der Ausgestaltung und Umsetzung der Konzeption einer Ökosozialen Marktwirtschaft, insbesondere in Hinblick auf die Unterstützung umwelt-, beschäftigungs- und verteilungspolitischer Zielsetzungen. Konkreten Ansatzpunkten für eine nachhaltigere Gestaltung – in Form einer ökosozialen Steuerreform – widmet sich das abschließende Kapitel.

3.1 Politische Spielräume in einer globalisierten Welt

Der einzelne Staat sieht sich zunehmend mit Steuerungsproblemen konfrontiert. Angesichts einer bereits weit fortgeschrittenen Transnationalisierung des Wirtschaftssystems scheinen die herkömmlichen nationalstaatlichen Mechanismen der Problembearbeitung in einem globalisierten Umfeld oft unzureichend. Nicht selten ist im Zusammenhang mit Globalisierung von einer „De-Nationalisierung“ oder „Relativierung“ des Nationalstaats die Rede. Zweifels- ohne gewann die internationale Ebene gegenüber der nationalstaatlichen in den vergangenen Jahren bei sozialen und politischen Auseinandersetzungen an Bedeutung. Diese Herausforderungen muss die Politik anerkennen und ihnen gerecht werden. Tatsächlich findet politische Entscheidungsfindung bereits heute vielfach in transnationalen politischen Räumen oder im Rahmen von globalen *Governance*⁷⁷-Strukturen statt, welche wiederum zum Teil erhebliche demokratiepolitische Defizite aufweisen.

⁷⁷ Die 1992 unter dem damaligen UN-Generalsekretär Boutros-Ghali eingerichtete Commission on Global Governance definierte den Begriff Governance in ihrem Bericht 1995 wie folgt: „Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche wie private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse und unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden“ (CGG, 1995, S. 4, zitiert nach Brand, Scherrer, 2003, S. 102).

Eine zentrale Aufgabe besteht gegenwärtig darin, sowohl zu definieren, in welchen Bereichen tatsächlich globale Verfahren erforderlich sind bzw. welche Entscheidungen auf globaler Ebene zu treffen sind – in vielen Bereichen sind regionale oder lokale Strukturen der Problembearbeitung bei weitem effizienter (Subsidiaritätsprinzip) –, als auch Vorschläge für die konkrete Gestaltung globaler Strukturen und Mechanismen der Entscheidungsfindung und ihr Zusammenspiel mit der nationalen bzw. lokalen Ebene zu erarbeiten. Diese Strukturen und Mechanismen müssen angesichts der bereits genannten Problemlagen zum einen „nachhaltige“ Entscheidungen ermöglichen und zum anderen auf demokratischer Partizipation basieren. Sie müssen darüber hinaus einem globalen und anerkannten Wertesystem folgen, wie es uns in Form des auf UN-Ebene abgestimmten Menschenrechtssystems bereits zur Verfügung steht.

Dem politischen Willen zu Kooperation müssen jedoch konkrete vertragliche Verpflichtungen seitens der Staaten folgen (vgl. hierzu auch Nuscheler, 2008, S. 49). Die politische Konjunktur erscheint angesichts der von den USA signalisierten Abkehr von ihrem unilateralen zu einem erneuten verstärkten multilateralen Vorgehen günstig. Zugleich erlebte die Welt in den vergangenen Jahren einen rasanten Aufschwung großer Schwellenländer (u. a. der BRIC-Staaten⁷⁸) und damit einhergehend bedeutsame globale Machtverschiebungen sowie angesichts drohender Ressourcenknappheiten eine „Renaissance der Geopolitik“ (Messner, 2008, S. 151). Ein Ausdruck dieser Entwicklung ist die Erweiterung der G8 zu den G20. Diese erweiterte „Club Governance“ ändert jedoch wenig an der Tatsache, dass bei den wesentlichen weltpolitischen Entscheidungen ein Großteil der Staaten, vor allem jene an der globalen Peripherie, aus den Entscheidungsgremien weiterhin ausgeschlossen bleiben – auch wenn die dort beschlossenen politischen Maßnahmen nicht selten direkte Auswirkungen auf sie haben.

Zugleich ergibt sich eine Fülle noch ungeklärter Fragen, etwa wie mit nicht-kooperationsbereiten Staaten oder mit grundlegenden Zielkonflikten, die sich nicht zuletzt aus bestehenden Entwicklungsdisparitäten ergeben (Beispiel: Verschmutzungsrechte), umzugehen ist. Auch repräsentieren nicht alle Staaten das Allgemeinwohl „ihrer“ BürgerInnen (Beispiel „failed“ oder „weak“ states). Und nicht zuletzt: Wer bestimmt in letzter Instanz, was als „globales Problem“ zu gelten hat?

3.1.1 Wo globale Instanzen globale Probleme bearbeiten: eine Bestandsaufnahme globaler Governance-Konzepte

Der Begriff „Global Governance“ wird zum einen deskriptiv als Synonym einer globalen Ordnungspolitik, eines globalen Ordnungsrahmens, einer aus bestehenden oder neuen Institutionen einzurichtenden „internationalen Architektur“ (Fitoussi, Stiglitz, 2009, S. 10) sowie zur Beschreibung von „Prozessen oder Strategien kollektiven Handelns“ zur Lösung grenzüberschreitender Probleme (Messner, 2003, S. 293) verwendet. Der normative Gehalt des Begriffs umfasst dahinter stehende Forderungen einer verbesserten institutionellen Steuerung oder einer aufholenden politischen Globalisierung. Des Weiteren verbirgt sich hinter dem Terminus „Global Governance“ oftmals ein moralischer Imperativ: Globalisierung ist gestaltbar und muss neu und fairer gestaltet werden (vgl. u. a. Stiglitz, 2006, S. 342; von Braunmühl, von Winterfeld, 2003). Dies impliziert nicht zuletzt die Forderung nach einer „Renaissance der Politik“.

Die Ansprüche an neu zu schaffende oder weiterzuentwickelnde transnationale oder globale politische Strukturen reichen von der allgemeinen Forderung der Bearbeitung und Korrektur globaler Schief lagen, wie der zunehmenden Ungleichverteilung des globalen Wohlstandes, bis hin zu sehr konkreten Zielsetzungen, wie der Gewährleistung einer reformierten Finanzaufsicht (vgl. Fitoussi, Stiglitz, 2009, S. 10). Für Breitmeier et al. (2009, S. 16) lautet die zentrale Frage bei der Beurteilung: Wie effektiv, sozial gerecht und demokratisch gestaltet sich die internationale Politikkoordination? Auch Brand und Scherrer (2003, S. 94) verweisen

⁷⁸ Brasilien, Russland, Indien und China

auf die grundlegende Frage: „Wer für Global Governance eintritt, muss sowohl die angestrebten inhaltlichen Ziele begründen als auch aufzeigen, dass diese Ziele mit Global Governance erreicht werden.“

Im Unterschied zu bloßem multilateralem Agieren, setzen Global Governance-Konzepte im Sinne einer netzwerkbasierter globalen Kooperation die institutionalisierte Einbeziehung maßgeblicher AkteurInnen nicht nur aus Politik, sondern auch aus der organisierten Zivilgesellschaft⁷⁹ und der Privatwirtschaft voraus.⁸⁰ Wobei die Entscheidungsmacht höchst ungleich verteilt sein kann: Der internationale Finanzsektor etwa bietet ein gutes Beispiel für die Ausbreitung einer nicht-staatlichen Governance-Struktur (Tsingou, 2009, S. 126).

Eine Bestandsaufnahme bestehender Global Governance-Strukturen offenbart das Bild eines „Flickenteppichs“. In einigen Politikbereichen existieren bereits etablierte sektorale Global-Governance-Regime⁸¹, in anderen sind Mechanismen der internationalen Koordination in Ansätzen vorhanden, in einigen Fällen lässt sich eine Tendenz der zunehmenden, in anderen Fällen einer abnehmenden internationalen Koordinierung beobachten. In der internationalen Handelspolitik werden seit dem Stagnieren der WTO-Doha-Runde ab 2001 wieder verstärkt bilaterale Abkommen zwischen Staaten oder Staatengruppen verhandelt, die bestehende, international akkordierte Standards oft systematisch unterschreiten.⁸² Zudem haben Entscheidungen etwa in der Handelspolitik häufig Rückkopplungen auf andere Bereiche, wie die Umweltpolitik, die von den bestimmenden Institutionen wiederum kaum berücksichtigt werden. Die unterschiedlichen Regelungssysteme können zueinander in einem höchst widersprüchlichen Verhältnis stehen.

3.1.2 Was bleibt vom Nationalstaat?

Der Nationalstaat ist nach wie vor Träger des Gewaltmonopols und ein politischer Hauptakteur auf dem internationalen Parkett. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass maßgebliche Institutionen der globalen Politikkoordination, wie die WTO, die Bretton Woods-Institutionen oder die UN-Vollversammlung, auf der Mitgliedschaft von Nationalstaaten basieren. Zudem hängt die Effektivität einer globalen (Teil)Ordnung maßgeblich von der nationalstaatlichen Umsetzung ab (vgl. Breitmeier, 2009, S. 16). Dennoch wird der zunehmende Machtverlust der nationalstaatlich organisierten Politik, vor allem gegenüber der globalisierten Wirtschaft, weitgehend als Tatsache anerkannt. Auf die Frage, wie eine Rückeroberung des Politischen durch den Staat denkbar und möglich sein könnte, gibt es verschiedene Vorschläge.⁸³ Der deutsche Soziologe und Globalisierungsbeobachter Ulrich Beck sieht die einzige Möglichkeit für eine Rückgewinnung politischer Gestaltungsmacht oder eine „Renaissance des Politischen im globalen Zeitalter“ in einer „kosmopolitischen Selbsttransformation von Politik und Staat“⁸⁴, die in der Praxis vor allem auf regionale Kooperationsformen zielt. Die damit zurück-

⁷⁹ Das Cardoso-Panel definierte Zivilgesellschaft folgendermaßen: „[Civil society] refers to the associations of citizens (outside their families, friends and businesses) entered into voluntarily to advance their interests, ideas and ideologies. The term does not include profit-making activity (the private sector) or governing (the public sector). Of particular relevance to the United Nations are mass organizations (such as organizations of peasants, women or retired people), trade unions, professional associations, social movements, indigenous people’s organizations, religious and spiritual organizations, academe and public benefit non-governmental organizations“ (United Nations, 2004, S. 13). Diese Definition beinhaltet bereits, dass es sich bei „der Zivilgesellschaft“ um ein höchst heterogenes Gebilde handelt, das sehr unterschiedliche gesellschaftliche Interessen im Blick haben kann.

⁸⁰ Brand, Scherrer weisen darauf hin, dass politische Entscheidungsfindungsprozesse seit je her von verschiedenen gesellschaftlichen AkteurInnen beeinflusst werden. Ein Beispiel für eine institutionalisierte Partizipation zivilgesellschaftlicher, einschließlich privatwirtschaftlicher AkteurInnen auf nationalstaatlicher Ebene bildet der sozialpartnerschaftliche Korporatismus. Diversen LobbyistInnen gelangten oft höchst effektive, informelle Einflussnahmen. Auf globaler Ebene wird häufig eine Regelung der Partizipation von Interessensgruppen, etwa im Rahmen eines „NGO-Compact“, gefordert. Derartige Vorschläge werfen erneut die Frage nach der demokratischen Legitimation von NGOs auf und verführen dazu, grundsätzliche demokratiethoretische Fragen außer Acht zu lassen.

⁸¹ Ein detaillierter Überblick findet sich in Breitmeier, Roth, Senghaas, 2009.

⁸² Eine Untersuchung von WEED und dem Forum Umwelt und Entwicklung (2009) zeigt dies am Beispiel von Finanzdienstleistungen in verschiedenen bilateralen Handelsabkommen der Europäischen Union.

⁸³ Für einen detaillierten Überblick über staatliche Strategien in der politikwissenschaftlichen Forschung siehe Beck, 2009, S. 253ff

⁸⁴ Beck, 2009: „Der Durchgang durch das Globale schafft ein Bewusstsein für eingelebte Horizonte. Die kosmopolitische Identität verrät nicht (wie der nationale Blick vortäuscht und vorwirft), im Gegenteil: ermöglicht die nationale und lokale Identität.“, S. 72; siehe auch: ebenda: S. 253ff

gewonnene politische Gestaltungsmacht des Staates würde mehr Partizipation sowie Rückhalt in der Bevölkerung und damit letztlich auch zukunftsfähige Entscheidungen in den relevanten Problemfeldern der Gegenwart befördern. Dieser „Gewinn“ würde seiner Ansicht nach die mit dieser Transformation einhergehenden Verluste nationalstaatlicher Souveränität rechtfertigen. Tatsächlich erfahren regionale Zusammenschlüsse in verschiedenen Teilen der Welt zunehmende Bedeutung (siehe Le Monde Diplomatique, 2009, S. 13). Global betrachtet, lassen jedoch sich beträchtliche geographische Unterschiede feststellen. Und selbst das Beispiel der integrationspolitisch im Vergleich weit fortgeschrittenen Europäischen Union zeigt angesichts der institutionellen Reformen in Folge des Inkrafttretens des Lissabon-Vertrages, dass nationalstaatliche Souveränität eher ungern aufgegeben wird. Ulrich Brand (2005) betont demgegenüber, dass die nationalstaatliche Ebene und die „eigene“ Gesellschaft weiterhin für die Umsetzung von Maßnahmen entscheidend sind. Am Beispiel der internationalen Nachhaltigkeitspolitik sieht er den Beitrag staatlicher Politik etwa darin, diese wiederum verstärkt zu einer innenpolitischen Angelegenheit zu machen.

3.1.3 Demokratie und nachhaltige Entscheidungen in einer globalisierten Welt

Eine der wichtigsten unbeantworteten Fragen bildet jene der demokratischen Legitimation transnationaler oder (sektoraler) globaler Institutionen. Wo Demokratie besteht, findet sie auch in der Gegenwart in der Regel auf der Ebene des Nationalstaates statt. Verliert der Staat im Zuge eines strukturellen Transformationsprozesses an Bedeutung, kann dies nicht ohne Auswirkungen auf die demokratische Verfasstheit der betroffenen Gesellschaften bleiben. Die bestehenden Einrichtungen, denen es gegenwärtig obliegt, globale Spielregeln festzulegen und die Weltwirtschaft zu lenken, weisen hingegen in der Regel geringe Transparenz sowie gravierende demokratische Defizite auf, sind nicht an demokratische Willensbildungsprozesse gebunden und werden darüber hinaus mehr oder weniger offen von den Interessen der Industrieländer dominiert.⁸⁵ Die bekannten Folgen der Demokratie unterstellten Entscheidungs- und Steuerungsschwächen sind Politik- und Systemverdrossenheit. „Konkrete leistungsfähige Formen globaler Demokratie, die den Erfordernissen von Legitimierung, Transparenz und Rechenschaftslegung gerecht werden, müssen in dem komplexen Mehr-Ebenen-System von Global Governance erst noch entwickelt werden“ (von Braunmühl, von Winderfeld, 2003, S. 16).

Claudia von Braunmühl und Uta von Winderfeld (2003) weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die diesbezügliche Diskussion über die „Erosion des Nationalstaats“ meist implizit unterstellt, dass es bis dahin „mit der Demokratie im Großen und Ganzen seine Ordnung gehabt habe“ (S. 4). Angesichts tatsächlicher oder unterstellter Bedeutungsverluste von Nationalstaat und repräsentativer Demokratie plädieren die beiden Autorinnen für einen „Neu-Entwurf von politischem Gestalten“, der demokratiepolitische Fragen nach den Modi von Entscheidungen, Zugang, Kontrolle usw. in den Vordergrund stellt.

Die wiederholt geforderte Einbindung von Zivilgesellschaft in Gestalt von NGOs und sozialen Bewegungen kann zwar zu erhöhter Transparenz und Kontrolle beitragen, die Frage des „Demokratiemangels“ jedoch nicht befriedigend lösen, da die demokratische Legitimierung dieser AkteureInnen selbst nicht unumstritten ist.⁸⁶ Auf nationalstaatlicher Ebene kann die Nachhaltigkeit von weitreichenden politischen Entscheidungen (z. B. Pensions-, Schul- oder Steuerreform) durch breite Partizipationsprozesse verbessert werden – das heißt die Einbindung aller wesentlichen Stakeholder im Sinne einer Ökosozialpartnerschaft.

⁸⁵ Oder, wie Stiglitz betont, von bestimmten Sonderinteressen, wie der Landwirtschaft und der Mineralölwirtschaft, innerhalb dieser Länder. Stiglitz, 2006, S. 343

⁸⁶ Zur Frage der demokratischen Legitimation von NGOs siehe u. a. Brand et al., 2001

3.1.4 Maßnahmen

- Eine gelebte Kooperationskultur auf globaler Ebene erfordert die gleichberechtigte Einbeziehung von Schwellen- und Entwicklungsländern in internationale Verhandlungsprozesse. Bestehende Machtungleichgewichte in den maßgeblichen internationalen Organisationen, die zum einen auf formalen Kriterien, wie einer ungleichen Stimmgewichtung (WTO, Bretton Woods-Institutionen), zum anderen auf strukturellen Bedingungen, wie mangelnden Erfahrungen, Wissenslücken, weniger Ressourcen für die Informationsbeschaffung, Ausschluss aus informellen Verhandlungsräumen, Defiziten in der Durchsetzungsfähigkeit in internationalen Gremien etc., beruhen, müssen anerkannt und überwunden werden
- Die Industrieländer müssen sich der Auswirkungen ihres Handelns auf so genannte „Entwicklungsländer“ bewusst sein. Diese wiederum brauchen zum einen Rahmenbedingungen, um sich selbst vor Regulierungs- und Marktversagen in wichtigen Ländern schützen zu können, zum anderen konkrete Mitspracherechte in den entscheidenden Gremien
- Die demokratische Legitimation in den Strukturen der transnationalen und globalen Entscheidungsfindung muss verbessert werden. Institutionen benötigen soziale Unterstützung und eine demokratische Basis: Bestehende Vorschläge, die zu einer Erhöhung von Transparenz, Offenheit und Rechenschaftspflicht beitragen können, sind zu diskutieren; vor diesem Hintergrund ist auch die Debatte über eine Schaffung neuer Institutionen gegenüber Reformen von bestehenden (mit ihren historischen Altlasten und machtpolitischen Hintergründen) zu führen
- Bessere Durchsetzbarkeit international akordierter Grundrechte/Rechtsnormen wie der Menschenrechte (UN-Menschenrechtscharta) durch den Ausbau juristischer Verfahren (globale Gerichtsbarkeit)
- Das verstärkte Aufgreifen und Thematisieren von Ziel- und Interessenskonflikten im öffentlichen Diskurs durch RepräsentantInnen des politischen Systems sowie verbesserte Regeln zu ihrer Lösung können eine Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte, eine verstärkte zivilgesellschaftliche Partizipation sowie mehr demokratischen Rückhalt bei gesellschaftspolitisch relevanten Fragen ermöglichen. Dies beinhaltet auch eine verstärkte öffentliche Wertediskussion über gesellschaftliche Leitprinzipien wie internationale Solidarität⁸⁷, Kooperation versus Wettbewerb etc.
- Durchführung eines „Nachhaltigkeits-Checks“ vor der Umsetzung von relevanten politischen Maßnahmen
- Die organisierte und breite Öffentlichkeit soll verstärkt in die Politikgestaltung einbezogen werden. Ziel ist eine verbindliche Partizipation bei relevanten politischen Entscheidungsprozessen (z. B. Pensions-, Schul- oder Steuerreform) im Sinne einer Ökosozialpartnerschaft sowie die Förderung von partizipativen Prozessen beispielsweise auf lokaler/regionaler Ebene (z. B. BürgerInnen-Konferenzen oder BürgerInnen-Räte)
- „Außer-Streit-Stellen“ von wichtigen Zukunftsaufgaben wie beispielsweise den Kampf gegen den Klimawandel, Armutsbekämpfung usw. über Legislaturperioden hinweg
- Entwicklung von geeigneten ökologischen, sozialen und ökonomischen Indikatoren zur Ergänzung oder als Ersatz des Bruttoinlandsprodukts, um den Wohlstand und die Lebensqualität einer Gesellschaft entsprechend abbilden zu können.

⁸⁷ In diesem Sinne argumentiert Stiglitz (2006, S. 44), dass wir als Menschen zwar in lokale Gemeinschaften eingebunden sind und weitgehend lokal denken, jedoch ebenso Teil einer globalen Gemeinschaft sind.

3.2 Abgabensystem

Auf nationaler Ebene kommt dem Abgabensystem eine bedeutende Rolle bei der politischen (und wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen) Steuerung zu. Neben der Finanzierungsfunktion sollen Abgabensysteme eine Reihe von weiteren grundlegenden wirtschaftspolitischen Zielen unterstützen (Aiginger et al., 2008), die größtenteils den Zielsetzungen der Ökosozialen Marktwirtschaft entsprechen: die Erhöhung von Beschäftigung; die Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit; die Steigerung der Energieeffizienz sowie Emissionsvermeidung; die Begrenzung der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen; die Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Vermeidung zukünftiger öffentlicher Ausgaben. Das Abgabensystem ist daher ein zentrales Politikfeld bei der Ausgestaltung und Umsetzung der Konzeption einer Ökosozialen Marktwirtschaft, insbesondere in Hinblick auf die Unterstützung umwelt-, beschäftigungs- und verteilungspolitischer Zielsetzungen.

Auch innerhalb der europäischen Abgabensysteme im Allgemeinen sowie für das österreichische Abgabensystem im Besonderen besteht Reformbedarf, wenn sie den Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung stärker unterstützen sollen. Generell gilt, dass in Europa und besonders in Österreich die Abgabensysteme relativ wenig beschäftigungsfreundlich sind; gleichzeitig verlieren ökologische sowie verteilungspolitische Aspekte besonders in Österreich zunehmend an Bedeutung. Die effektiven Steuersätze auf Arbeit sind im europäischen Durchschnitt anhaltend hoch (36,5 % Eurozone, 38,7 % EU-25), in Österreich sogar steigend und mit 41 % über dem europäischen Durchschnitt. Schon ab einer Grenze von rund 358 € monatlich beträgt die Differenz zwischen den Kosten für ArbeitgeberInnen und dem Nettoeinkommen für ArbeitnehmerInnen 40 %. Dies behindert die Umwandlung einer geringfügigen in eine reguläre Beschäftigung und begünstigt die Schwarzarbeit. Die effektive Besteuerung des Energieverbrauchs ist dagegen im europaweiten Durchschnitt in den letzten Jahren rückläufig; in Österreich liegt sie mit real 144,5 € pro Tonne Öläquivalent deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (172,2 € Eurozone, 177,2 € EU-25).

Die Stärkung der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit der Abgabensysteme erfordert eine beschäftigungs- und energieeffizienzfördernde Umstrukturierung im Rahmen von ökosozialen Abgabenreformen. Diese sollte leistungsfreundlich sowie beschäftigungs- und energieeffizienzfördernd sein und das System vereinfachen. Grundidee einer ökosozialen Steuerreform ist eine aufkommensneutrale und sozialverträgliche Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit hin zu ökologisch schädlichen Aktivitäten. Ziel ist die Senkung arbeitsbezogener Abgaben (Lohnsteuer sowie Sozialversicherungsbeiträge) mit einer Priorität auf den unteren und mittleren Einkommen. Eine solche Senkung hat nicht nur beschäftigungs- und wachstumspolitische, sondern auch standortpolitische Vorteile. Darüber hinaus sollte der hohe Eingangsteuersatz weiter gesenkt werden. Die zweite Priorität liegt in der Verschiebung der Grenzen der Steuerklassen (u. a. jener, bei welcher der Spitzensteuersatz zu greifen beginnt), um der „kalten Progression“ Rechnung zu tragen. Dies wäre im Sinne einer aufkommensneutralen Strukturreform zum einen gegenzufinanzieren (neben Einsparmaßnahmen) durch den Abbau obsolet gewordener bzw. ökologisch kontraproduktiver steuerlicher Ausnahmen (z. B. steuerliche Befreiung von Überstunden oder Steuerfreiheit von Flugbenzin). Zum zweiten bietet sich eine stärkere Nutzung spezieller Verbrauchssteuern auf den Energie- und Umweltverbrauch sowie auf weitere gesamtwirtschaftlich schädliche Aktivitäten bzw. Steuerbasen (Tabak- und Alkoholkonsum – bei beidem liegt die Besteuerung unter dem EU-Durchschnitt) an.

Optionen zur Stärkung der Umweltsteuern in Österreich

Eine wichtige, den Verkehr betreffende umweltbezogene Steuer ist die Mineralölsteuer auf Treibstoffe. Eine weitere Option zur Stärkung der umweltbezogenen Steuern wäre die Besteuerung aller fossilen Energieträger in Abhängigkeit von ihrer Emissionsintensität mit einer CO₂-Steuer. Angesichts des kontinuierlich steigenden Verbrauchs von Elektrizität sollte darüber hinaus der Steuersatz auf Elektrizität erhöht werden. Zusätzliche Einnahmen in Höhe von jeweils 1 Mrd. € könnten erzielt werden durch die Anhebung der Mineralölsteuer auf Treibstoffe um 10 Cent pro Liter Benzin und Diesel; die Einführung einer CO₂-Steuer auf fossile Energieträger in Höhe von 30 € pro Tonne CO₂; oder die Anhebung der Elektrizitätsabgabe von 1,5 Cent pro kWh auf 2,75 Cent pro kWh. Eine Kombination der drei Optionen (Anhebung der Mineralölsteuer um 3 Cent pro Liter Benzin und Diesel; Einführung einer CO₂-Steuer auf fossile Energieträger von 10 € pro Tonne CO₂; Erhöhung der Elektrizitätsabgabe um 1 Cent pro kWh), die ebenfalls Mehreinnahmen von 1 Mrd. € erbrächte, hielte den Anstieg bei den betroffenen Abgaben überschaubar, setzte bei mehreren ökologisch relevanten Verbrauchsbereichen an und böte eine Basis für künftige schrittweise Erhöhungen.

Nicht zuletzt ist zur Gegenfinanzierung auch die Steigerung der Einnahmen aus der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen sowie der Grundsteuer (mit Ausnahmen für Eigenheime, die Land- und Forstwirtschaft sowie sonstige betrieblich genutzte Liegenschaften) sinnvoll.

Die Zusammenführung von Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträgen in einen integrierten Tarif und die Einführung einer einheitlichen ArbeitgeberInnenabgabe für alle lohnabhängigen Abgaben der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers würde eine Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage und der Einhebungsstellen ermöglichen, mehr Transparenz der Gesamtbelastung bewirken und zu erheblichen Verwaltungseinsparungen für Unternehmen und die öffentliche Verwaltung führen.

Optionen zur Stärkung der vermögensbezogenen Steuern in Österreich

Die Wiedereinführung der 1994 in Österreich abgeschafften allgemeinen Vermögensteuer ist aus mehreren Gründen (internationale Steuerflucht vor allem bei mobilem Kapital; Bewertungsprobleme; Gefahr der Substanzbesteuerung im betrieblichen Bereich, Verwaltungseffizienz) nicht empfehlenswert. Es bietet sich jedoch eine Stärkung der Grundsteuer sowie der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen (Vermögenszuwachssteuer) an.

Ausgehend von den derzeitigen geschätzten Marktwerten des Grund- und Immobilienvermögens würde eine reformierte Grundsteuer, deren Bemessungsgrundlage sich an den Verkehrswerten anstatt wie bisher an den Einheitswerten orientiert, selbst bei Gewährung von Ausnahmen für Eigenheime sowie bei Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft auch bei einem Steuersatz, der die Hälfte des derzeitigen Steuersatzes (1 %) beträgt, 1 Mrd. € an Mehreinnahmen erbringen.⁸⁸ Eine Abschätzung des potenziellen Aufkommens einer erweiterten Besteuerung der Veräußerungsgewinne ist unter anderem wegen der schwankenden Bemessungsgrundlage schwierig. Das IHS schätzt – in Einklang mit Aiginger et al., 2008 – ein Aufkommen von 200 Mio. € (Felderer et al., 2009).

Die meisten EU-Länder haben in der Krise auch steuerliche Maßnahmen gesetzt: primär Steuererleichterungen zur Belebung der privaten Konsum- und Investitionsnachfrage (v. a. Einkommen- und Unternehmenssteuersenkungen), einige wenige auch Steuererhöhungen zur Finanzierung der Krisenkosten (European Commission, 2009b). Dabei spielten aber strukturverbessernde Maßnahmen eine relativ geringe Rolle (Schatzenstaller, 2009): Nur 9

⁸⁸ Aiginger et al. (2008) rechnen für eine reformierte Grundsteuer, die im Durchschnitt 90 % der Marktwerte des Grund- und Immobilienvermögens erfasst und mit einem Steuersatz von 0,5 % erhoben wird, mit einem Mehraufkommen von 1 Mrd. €.

Länder senkten die Sozialversicherungsbeiträge, während sie in vier Ländern erhöht wurden; 7 Länder erhöhten Verbrauchssteuern auf Mineralöl, Alkohol und/oder Tabak.

Bisherige internationale Erfahrungen mit aufkommensneutralen ökologischen Abgabenreformen sind vielversprechend, wie kombinierte Ex-post- und Ex-ante-Untersuchungen im Rahmen des Projekts COMETR unter Verwendung des Cambridge Econometrics E3ME-Modells zeigen (COMETR, 2007). So sind in den betrachteten Ländern (Dänemark, Schweden, Großbritannien, Deutschland, Niederlande, Finnland) positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte sowie ein Rückgang der Treibhausgasemissionen und des Treibstoffverbrauchs als Folge von ökologischen Steuerreformen zu beobachten. Eine aktuelle empirische Studie der OECD zeigt, dass die Wachstums- und Beschäftigungsfreundlichkeit von Verbrauchssteuern sowie vermögensbezogenen Abgaben wesentlich höher ist als von Einkommensteuern (einschließlich Sozialversicherungsbeiträgen, vgl. Johanson et al., 2008). Im petrE-Projekt kamen die StudienautorInnen unter Verwendung der beiden Modellierungsverfahren E3ME and GINFORS zu dem Schluss, dass ökologische Steuerreformen effektive Mittel sind, um das Treibhausgas-Reduktionsziel der EU zu erreichen. Gleichzeitig könnte die Beschäftigung erhöht und der Ressourcenkonsum reduziert werden. Die Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum können gering gehalten (Ekins, 2009).

Nachhaltige nationale Abgabensysteme sind in Zeiten zunehmender internationaler Integration der Volkswirtschaften und der Zunahme nur global zu bewältigender Aufgaben zu ergänzen durch internationale oder zumindest europäische Steuern, die neben dem fiskalischen Zweck auch eine Lenkungsfunction erfüllen: vor allem eine Kerosinsteuer und eine Finanztransaktionssteuer (siehe hierzu Schulmeister, Schratzenstaller, Picek, 2008). Sowohl Finanztransaktions- als auch Kerosinsteuer müssten zumindest europaweit eingeführt werden, um Ausweichreaktionen zu vermeiden. Auch sollten EU-weit Mindeststeuersätze für eine CO₂-Steuer eingeführt werden.

Was die Perspektiven einer europaweit koordiniert eingeführten Finanztransaktionssteuer betrifft, so gibt es seit Herbst 2009 eine gewisse Diskussion auf der europäischen Ebene. Auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh Ende September wurde zwar die Finanztransaktionssteuer nicht explizit erwähnt, jedoch wurde der Internationale Währungsfonds (IWF) beauftragt, bis zum nächsten Treffen der G20 einen Bericht vorzulegen, welche Vorschläge die Mitgliedstaaten gemacht haben, um die Finanzinstitute an den Kosten der Krise zu beteiligen. Dieser Auftrag wurde im Dezember von den EU-Mitgliedsstaaten (Europäischer Rat) bekräftigt, die den IWF aufforderten, die gesamte Bandbreite von Optionen zur umfassenden Kontrolle der Finanzmärkte – und unter anderem die globale Einführung einer Finanztransaktionssteuer – zu prüfen. Es sind rasche Fortschritte zu erhoffen, da die Finanztransaktionssteuer beträchtliche Einnahmen erbrächte, die zur Kompensation der Senkung weniger nachhaltiger Abgaben verwendet werden könnten, und zudem einen nicht unbedeutenden Bestandteil einer effektiven Regulierungsarchitektur für die internationalen Finanzmärkte darstellt. Eine europaweit erhobene Finanztransaktionssteuer erbrächte bei einem Steuersatz von 0,01 % Einnahmen von über 80 Mrd. €.

4 Schlussbemerkungen

Aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums der Formulierung des Konzepts der Ökosozialen Marktwirtschaft durch Josef Riegler startete das Ökosoziale Forum einen Diskussionsprozess mit dem Ziel, das 1989 entworfene Modell angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen und Herausforderungen erneut zu diskutieren. In einem fast zweijährigen Prozess entstand die vorliegende Studie als Hintergrund für das unter dem gleichen Titel vorgelegte Programmpapier des Ökosozialen Forums. Unter den Prämissen der Zukunftsfähigkeit und der globalen Verantwortung unseres weltweiten Wirtschaftssystems wurde „mehr Lebensqualität für alle – heute und morgen“ als Leitgedanken der Ökosozialen Marktwirtschaft formuliert. Es wird damit auf ein qualitatives Wachstum abgezielt, das ökonomische, soziale und ökologische Ziele ausbalanciert und den derzeitigen Imperativ eines ressourcenintensiven Wachstums ablöst. Für die ausgewählten Politikfelder Arbeit und Beschäftigung, Bildung, Migration und Integration, umfassende Ressourcen- und Energiepolitik, Verteilungsfragen in Österreich und weltweit wurden exemplarisch Maßnahmen vorgeschlagen, die die Verwirklichung der Ökosozialen Marktwirtschaft als gesellschafts- und wirtschaftspolitisches „Überlebensprogramm“ unterstützen können. Über den hier entworfenen Maßnahmenkatalog hinaus ist jedoch noch eine Reihe weiterer Entscheidungen nötig, um die angesprochenen Ziele zu erreichen. Eine erschöpfende Auflistung aller notwendigen Maßnahmen hätte jedoch – wenn sie überhaupt möglich wäre – den Rahmen bei weitem gesprengt. Hauptadressat der formulierten Forderungen ist die österreichische Politik, wobei den AutorInnen durchaus bewusst ist, dass sich bestimmte Regelungen nur in einem gemeinsamen europäischen Vorgehen bzw. bestimmte Veränderungen nur global durchsetzen lassen.

Literatur

Vorbemerkungen

- Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., 2009. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturpakete I und II und der Steuerreform 2009. In: WIFO Monatsberichte, 82(9), S. 675–686.
- Edenhofer, O., Stern, N., 2009. Towards a Global Green Recovery. Recommendations for Immediate G20 Action, Berlin.
- Klepper, G., Peterson, S., Petrick, S., Rickels, W., 2009. Konjunktur für den Klimaschutz? Klima- und Wachstumswirkungen weltweiter Konjunkturprogramme. In: Kieler Diskussionsbeiträge (464).
- Robins, N., Clover, R., Singh, C., 2009. A Climate for Recovery, London.

1.1 Qualitatives Wachstum als übergeordnete Zielsetzung der Ökosozialen Marktwirtschaft: Lebensqualität nachhaltig verbessern/sichern

- Fredrickson, B., 2009. Positivity, New York.
- Layard, R., 2009. Die glückliche Gesellschaft – Was wir aus der Glücksforschung lernen können, 2. Auflage, Frankfurt-New York.
- Linz, M., 2006. Was wird dann aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. In: Wuppertal Papers, 157/2006.
- Lyubomirsky, S., 2008. Glücklich sein, Frankfurt-New York.
- Ruckriegel, K., 2009, Der Homo oeconomicus – Ein realitätsfernes Konstrukt. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn, Heft Nr. 120, Juni, S. 49–55; www.ruckriegel.org
- Seligman, M., 2002. Authentic Happiness: Using the New Positive Psychology to Realize Your Potential for Lasting Fulfillment. Free Press, New York.

1.1.1 Lebensqualität

- Allardt, E., 1993. Having, Loving, Being: An Alternative to the Swedish Model of Welfare Research. In: Nussbaum, M., Sen, A. (eds.): The Quality of Life, Oxford, S. 88–94.
- Berger-Schmitt, R., Noll, H.-H., 2000. Zur Konzeption eines Europäischen Systems Sozialer Indikatoren. In: Mohler, P. Ph., Lüttinger, P. (Hg.): Querschnitt. Festschrift für Max Kaase. ZUMA, Mannheim, Mai 2000, S. 29–45
- Campbell, A., 1972. Aspiration, Satisfaction and Fulfillment. In: Campbell, A., Converse, Ph. (eds.): The Human Meaning of Social Change, New York, S. 441–446.
- Europäische Kommission, 2009. Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. KOM(2009) 433 endgültig.
- Frühmann, J., Gehmacher, E., Hinterberger, F., Hutterer, H., Nöhmayer, K., Kroismayr, S., Omann, I., Schauer, T., 2008. Österreichische Gesellschaft für Lebensqualitätsforschung – Konzept.
- Kasser, T., 2002. The High Price of Materialism. MIT Press, Cambridge.
- Kasser, T., 2008. Values and Prosperity. Thinkpiece for the UK Sustainable Development Commission. SDC Reports & Papers. June 16.
- Nussbaum, M. C., 2000. Women and human development: The capabilities approach. Cambridge University Press, Cambridge.
- Rauschmayer, F., Omann, I., Frühmann, J., Bohunovsky, L., 2008. What about needs? Re-conceptualising Sustainable Development. SERI Working Paper Nr. 8.
- Sen, A. K., 1987. On Ethics and Economics. Blackwell, Oxford.

- Stiglitz, J., Sen, A., Fitoussi, J.-P., 2009. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress; www.stiglitz-sen-fitoussi.fr
- Thålin, M., 1990. Politics, Dynamics and Individualism – The Swedish Approach to Level of Living Research. In: *Social Indicators Research*, 22, S. 155–180.
- UNEP, 2007. *Global Environment Outlook GEO4. Environment for development.*
- Zapf, W., 1984. Individuelle Wohlfahrt. Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: Glatzer, W., Zapf, W. (Hg.): *Lebensqualität in der Bundesrepublik*, Campus, Frankfurt am Main, S. 13–26.

1.1.3 Verteilung

- European Commission, Directorate-General for Employment, Social Affairs and Equal Opportunities, Eurostat, 2008. *The Social Situation in the European Union 2007. Social Cohesion through Equal Opportunities*, European Communities, Luxembourg.
- Marterbauer, M., 2007. *Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik*, Wien.
- Milanovic, B., 2005. *Worlds Apart: Measuring International and Global Inequality*, Princeton University Press, Princeton.
- Ravallion, M., Chen, S., 2008. The developing world is poorer than we thought, but no less successful in the fight against poverty, *World Bank Working Paper*, 8/2008.

1.1.4 Globale Gerechtigkeit

- Giljum, S., Hinterberger, F., Bruckner, M., Burger, E., Frühmann, J., Lutter, S., Pirgmaier, E., Polzin, C., Waxwender H., Kernegger, L., Warhurst, M., 2009. *Ohne Mass und Ziel? Über den Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Erde*. SERI und Friends of the Earth. Wien, Brüssel.
- IMF, 2008. *World Economic Outlook 2008*. International Monetary Fund, Washington.
- Ravallion, M., Chen, S., Sangraula, P., 2008. *Dollar a day revisited*, World Bank, Washington.
- UNCTAD, 2004. *Economic development in Africa. Trade performance and commodity dependence*, United Nations Conference on Trade and Development, Geneva.
- UNFCCC, 2007. *Climate change, impacts, vulnerabilities and adaptation in developing countries*, United Nations Framework Convention on Climate Change.
- World Bank, 2009. *Swimming against the tide. How developing countries are coping with the global crisis*. World Bank, Washington.

1.1.5 CO₂-Emissionen und Ressourcen

- Behrens, A., Giljum, S., Kovanda, J., Niza, S., 2007. The material basis of the global economy. World-wide patterns of natural resource extraction and their implications for sustainable resource use policies. In: *Ecological Economics*, 64, S. 444–453.
- BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2006. *Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen*, Hannover.
- Bleischwitz, R., Bahn-Walkowiak, B., Irrek, W., Schepelmann, P., Schmidt-Bleek, F., Giljum, S., Lutter, S., Bohunovski, L., Hinterberger, F., Hawkins, E., Kuhndt, M., Pratt, N., 2009. *Ecoinnovation – putting the EU on the path to a resource and energy efficient economy*. In: *Policy, E.P.P.D.-E.a.S. (Ed.)*, European Parliament, Brussels.
- EEA, 2005. *The European Environment. State and Outlook 2005*. European Environment Agency, Copenhagen.
- Ernst & Young, 2006. *Study on Eco-industry, its size, employment, perspectives and barriers to growth in an enlarged EU*, Final report for the European Commission.

- Giljum, S., Behrens, A., Hinterberger, F., Lutz, C., Meyer, B., 2008. Modelling scenarios towards a sustainable use of natural resources in Europe. In: *Environmental Science & Policy*, 11, S. 204–216
- Giljum, S., Lutter, S., 2009. Ökologische Wachstumsgrenzen: Die Notwendigkeit eines Systemwechsels im Umgang mit natürlichen Ressourcen, Forschungsresümee. In: *Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär*, S. 12–21.
- Giljum, S., Polzin, C., 2009. Zahnlose Strategien. Die Ansätze in der EU-Ressourcenpolitik reichen bei Weitem nicht aus. In: *DNR-Themenheft II/2009*, S. 8–9.
- Giljum, S., Hinterberger, F., Bruckner, M., Burger, E., Frühmann, J., Lutter, S., Pirgmaier, E., Polzin, C., Waxwender H., Kernegger, L., Warhurst, M., 2009. Ohne Mass und Ziel? Über den Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Erde. SERI und Friends of the Earth, Wien, Brüssel.
- Heinberg, R., 2007. *Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines*. New Society Publishers, Gabriola Island, Canada.
- Hinterberger, F., Pirgmaier, E., 2009. Die ökonomischen Grenzen des Wachstums. Kann unsere Wirtschaft anhaltend wachsen?, Forschungsresümee. In: *Wissenschaft & Umwelt interdisziplinär*. S. 58–70
- IPCC, 2007. *Climate Change 2007 – The Physical Science Basis*. Working Group I, Contribution to the Fourth Assessment Report of the IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change. IPCC Fourth Assessment Report on scientific aspects of climate change for researchers, students, and policymakers, Cambridge University Press, Cambridge.
- Jackson, T., 2009. *Prosperity Without Growth. Economics for a Finite Planet*, Earthscan, London.
- Lutz, C., Giljum, S. 2009. Global resource use in a business-as-usual world until 2030. Updated results from the GINFORS model. In: Bleischwitz, R., Welfens, P. J. J., Zhang, Z. X. (eds.): *Sustainable Growth and Resource Productivity. Economic and Global Policy Issues*, Greenleaf Publishing, Sheffield, UK.
- Rayment, M., Pirgmaier, E., De Ceuster, G., Hinterberger, F., Kuik, O., Leveson Gower, H., Polzin, C., Varma, A., 2009. The economic benefits of environmental policy. Report for the European Commission under the Framework contract for economic analysis, ENV.G.1/FRA/2006/0073 - 2nd.
- Rocholl, M., Giljum, S., Schlegelmilch, K., 2006. Factor X and the EU: How to make Europe the most resource and energy efficient Economy in the World. A Guidebook to Policies and Legislative Initiatives within the European Union; http://www.aachenfoundation.org/uploads/media/Update_November_06_final_01.pdf
- Rockström, J., Steffen, W., Noone, K., Persson, Å., Chapin, F. S., Lambin, E. F., Lenton, T. M., Schef-fer, M., Folke, C., Schellnhuber, H. J., Nykvist, B., de Wit, C. A., Hughes, T., van der Leeuw, S., Rodhe, H., Sörlin, S., Snyder, P. K., Costanza, R., Svedin, U., Falkenmark, M. Karlberg, L., Corell, R. W., Fabry, V. J., Hansen, J., Walker, B., Liverman, D., Richardson, K., Crutzen, P., Foley, J. A., 2009. Planetary Boundaries: Exploring the safe operating space for humanity. Forthcoming in *Nature – Ecology and Society*; http://www.stockholmresilience.org/download/18.1fe8f33123572b59ab800012568/pb_longversion_170909.pdf
- SERI, 2009. *Global Material Flow Database*. 2009 Version; www.materialflows.net
- Stern, N., 2006. *The Stern Review on the Economics of Climate Change*. Cambridge University Press, Cambridge.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung, 2009. *Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz*. Sondergutachten; http://www.wbgu.de/wbgu_sn2009.pdf
- Wood, J. H., Long, G. R., Morehouse, D. F., 2004. *Long-Term World Oil Supply Scenarios: The Future Is Neither as Bleak or Rosy as Some Assert*. US Department of Energy.
- Worldwatch Institute, 2008. *State of the World 2008. Ideas and Opportunities for Sustainable Economies*. 25th Edition, Earthscan, London.
- WWF, Zoological Society of London, Global Footprint Network, 2008. *Living Planet Report 2008*, WWF, Gland, Switzerland.

UNEP, 2007. Global Environmental Outlook 4, United Nations Environment Programme, Nairobi.

1.2.1 Konventionelle Wachstumsperspektive

- Altmann, J., 2000. Wirtschaftspolitik: eine praxisorientierte Einführung, Lucius & Lucius, Stuttgart.
- Aiginger, K., 2009. Neue Herausforderungen an das Europäische Sozialmodell, Präsentation im Bundeskanzleramt, 23. Juni.
- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., 2006. WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, Zusammenfassung, WIFO Monographien 10/2006.
- Europäischer Rat, 2000. Presidency Conclusions – Lisbon European Council 23 and 24 March 2000, DOC/00/8;
http://consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/00100-r1.en0.htm
- Hinterberger, F., Hutterer, H., Omann, I., Freytag, E. (Hg.) 2009. Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium, Mandelbaum Verlag, Wien.
- Steurer, R., 2004. Politische Manifestationen einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung: Die Wachstumskontroverse im Spiegel der deutschen Wirtschafts- und Umweltpolitik. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 24/3, S. 349–390.

1.2.2 Nullwachstumsperspektive

- Anderson, V., 2007. Confronting Structure – Achieving Economic Sustainability, Scope of Work Package Three of the UK Sustainable Commission's Redefining Prosperity project. 21.11.
- Anderson, V., 2008. Economic growth and economic crisis. Working paper, UK Sustainable Development Commission, London.
- Arndt, H. W. 1978/1984. The Rise and Fall of Economic Growth: A Study in Contemporary Thought. The University of Chicago Press, Chicago.
- Bourcarde, K., Herzmann, K., 2006. Normalfall exponentielles Wachstum? Ein internationaler Vergleich; <http://www.wachstumsstudien.de>
- Breitenfellner, A., 2009. Wachstum – Krise – Wandel. Überlegungen zur Nachhaltigkeit aus Anlass von Finanz-, Rohstoff- und Klimakrise. In: Hinterberger, F., Hutterer, H., Omann, I., Freytag, E. (Hg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium, Mandelbaum Verlag, Wien.
- Daly, H., 1996. Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development, Beacon, Boston.
- Daly, H., 2008. A Steady-State Economy. Thinkpiece for the UK Sustainable Development Commission, Workshop on 24 April, London.
- Hirsch, F., 1977. The Social Limits to Growth, Routledge & Kegan Paul Ltd, London.
- Hamilton, C., 2003. Growth Fetish, Pluto, London.
- Heinberg, R., 2007. Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines, New Societies Publishers, Gabriola Island, Canada.
- Hinterberger, F., Pirgmaier, E., 2009. Die ökonomischen Grenzen des Wachstums. Kann unsere Wirtschaft anhaltend wachsen? In: Wissenschaft & Umwelt interdisziplinär. Forschungsresümee, S. 58–70
- Hinterberger, F., Hutterer, H., Omann, I., Freytag, E. (Hg.), 2009. Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium, Mandelbaum Verlag, Wien.
- Hinterberger, F., Hutterer, H., Omann, I., Pirgmaier, E., Giljum, St., Stocker, A., Teufl, A., 2009. Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. In: Hinterberger, F., Hutterer, H., Omann, I., Freytag, E. (Hg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium, Mandelbaum Verlag, Wien.
- Jackson, T., 2009. Prosperity Without Growth. Economics for a Finite Planet, Earthscan, London.

- Maddison, A., 2009. Statistics on World Population, GDP and Per Capita GDP, 1-2006 AD; <http://www.ggdc.net/Maddison>
- Meadows, D., Randers, J., Meadows, D., 2006. Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Hirzel, Stuttgart.
- Miegel, M., Wahl, S., Schulte, M., 2009. Muss sich die Gesellschaft auf stagnierenden bzw. sinkenden materiellen Wohlstand einstellen? DenkwerkZukunft, Präsentation vom 26. Februar.
- Paech, N., 2009. Die Postwachstumsökonomie als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. In: Hinterberger, F., Hutterer, H., Omann, I., Freytag, E. (Hg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium, Mandelbaum Verlag, Wien.
- Porritt, J., 2007. Capitalism. As If The World Matters, Earthscan, London
- Rosenbluth, G., Victor P. A., 2004, The Canadian Economy with Full Employment, no Growth, no Poverty, and no Government Deficit: A Keynesian Exercise. In: International Journal of Environment, Workplace and Employment, 1 (1), S.107–119.
- Scitovsky, T., 1976. The Joyless Economy: The Psychology of Human Satisfaction, Oxford University Press, New York.
- Stern, N., 2006. The Stern Review on the Economics of Climate Change. Cambridge University Press: Cambridge.
- Steurer, R., 2001. Der Wachstumsdiskurs in Wissenschaft und Politik: Von der Wachstumseuphorie über Grenzen des Wachstums“ zur Nachhaltigkeit, Dissertation, Universität Salzburg.
- Victor, P. A., 2008: Managing Without Growth. Slower by Design, Not Disaster, Edward Elgar, Cheltenham.
- Victor, P. A., Rosenbluth, G., 2007. Managing without Growth. In: Ecological Economics, 61 (2–3), S. 492–504.
- Wall, D., 2008. Prosperity Without Growth, Economics After Capitalism. Thinkpiece for the UK Sustainable Development Commission, Workshop on 24 April, London.
- UN, 2008. World Population Prospects. The 2008 revision; <http://www.un.org/esa/population/unpop.htm>

2.1 Arbeit und Beschäftigung

- Brandl, S., Hildebrandt, E., 2001. Expertise: Arbeit und Ökologie“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Brandstätter, A., Weißenberg, S., 2008. Mitten im Leben. Ganz selbstverständlich? Arbeit und Grund-sicherung für Menschen mit intellektueller Behinderung. Einleitung und Zusammenfassung der Tagungsergebnisse. http://www.lebenshilfe.at/index.php?/de/content/download/1305/5977/file/MittenimLeben_Einleitung_und_Zusammenfassung.pdf
- Dimmel, N., 2009. Die Erweiterung des Arbeitsmarktes. Orientierungsmarken zwischen einem dritten, integrativen und erweiterten Arbeitsmarkt. http://www.fab.at/downloads/REFERAT_Dimmel.pdf
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2003. Working-time Preferences and Work-Life Balance in the EU: Some Policy Considerations for Enhancing the Quality of Life, Dublin.
- Fink, M., 2000. Atypische Beschäftigung und deren politische Steuerung im internationalen Vergleich in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, ÖZP 2000/4, S. 399–415.
- Fleissner, P., Kaupa, I., Miko, K., Mosberger, B., Simbürger, E., Steiner, K., 2002: Atypische Beschäftigung – Merkmale und Typen von Prekarität. Endbericht, Wien, Jubiläumsfonds der ÖNB, Wien.
- Hans-Böckler-Stiftung, 2000. Wege in eine nachhaltige Zukunft, Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf.
- Leitner, A., Littig, B., Wroblewski, A., 2006. Nicht-nachhaltige Trends in Österreich. Modul 4: Work-Life Balance zwischen Versprechen und Wirklichkeit, IHS, Wien.

- Spangenberg, J. H., Omann, I., Hinterberger, F., 2002. Sustainable growth criteria. Minimum benchmarks and scenarios for employment and the environment. In: *Ecological Economics* 42, 2002, S. 429–443.
- Statistik Austria, 2003. Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege, Ergebnisse des Mikrozensus September 2002, Wien.
- Statistik Austria, 2005. Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2. Quartal 2004, Wien.
- Statistik Austria, 2006. Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2005, Wien.
- Statistik Austria, 2009. Arbeitsmarktstatistik. Jahresergebnisse, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Wien.
- Statistik Austria, 2009b. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU SILC 2007, Wien.
- Stocker, A., Hinterberger, F., Strasser, S., 2006. Mischarbeit und das Konzept der Halbtagsgesellschaft. In: Hartard, S., Stahmer, C., Schaffer, A. (Ed.), *Die Halbtagsgesellschaft – konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft*, Nomos-Verlag.
- Stocker, A., Hinterberger, F., 2006. Die Mischarbeit in einem nachhaltigen, glücklichen Österreich. Nachhaltige Handlungsstrategien für die Zukunft der Arbeit. SERI Fact Sheet.
- von Bergen, A., 2009. Arbeitszeitmodelle im Überblick, http://www.consulting.ch/consulting/de/themen/archiv/704734/Arbeitszeitmodelle_im_Überblick_

2.2 Bildung

- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., 2006. WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, Zusammenfassung, WIFO Monographien 10/2006.
- Biffel, G., 2008. Bildung und Arbeitsmarkt aus ökonomischer Sicht, Beitrag zum Dialogforum Hirschwang.
- Bock-Schappelwein, J., Falk, M., 2009. Die Bedeutung von Bildung im Spannungsfeld zwischen Staat, Markt und Gesellschaft, Kurzstudie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Frau Bundesministerin Dr. Claudia Schmied (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur).
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Pöschl, A., 2006. Teilstudie 9: Aus- und Weiterbildung als Voraussetzung für Innovation. In: Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E.: WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, WIFO Monographien 10/2006.
- Guger, A., Leoni, T., 2006. Teilstudie 15: Arbeitsmarktflexibilität und soziale Absicherung. In: Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E.: WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, WIFO Monographien 10/2006.
- OECD, 2008. *Education at a Glance 2008*, Paris.
- OECD, 2004. *Thematic Review on Adult Learning in Austria, Country Note*, 6/2004.
- Schneeberger, A., Mayr T., 2004. Berufliche Weiterbildung in Österreich und im europäischen Vergleich, *ibw-Schriftenreihe* Nr. 126, 12/2004.

2.3 Migration/Integration

- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., 2006. WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirt-

- schaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, Zusammenfassung, WIFO Monographien 10/2006.
- Bauer, W. T., 2008. Zuwanderung nach Österreich, Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, 1/2008.
- Biffi, G., 2004. Chancen von jugendlichen Gastarbeiterkindern in Österreich. In: WISO – Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift, Nr. 27, S. 37–55.
- Biffi, G., 2008. Migrant Women and Youth: The Challenge of Labour Market Integration, WIFO Working Papers, Nr. 320, Mai.
- Biffi, G., 2006. Teilstudie 6: Bevölkerungsentwicklung und Migration. In: Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E.: WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, WIFO Monographien 10/2006.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Pöschl, A., 2006. Teilstudie 9: Aus- und Weiterbildung als Voraussetzung für Innovation. In: Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E.: WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, WIFO Monographien 10/2006.
- Bock-Schappelwein, J., Bremberger, C., Hierländer, R., Huber, P., Knittler, K., Berger, J., Hofer, H., Miess, M., Strohner, L., 2009. Ökonomische Wirkung der Immigration in Österreich 1989–2007, IHS-WIFO, Studie im Auftrag des BMWA, Wien.
- OECD, 2008a. A Profile of Immigrant Populations in the 21st Century. Data from OECD Countries, Paris.
- OECD, 2008b. Education at a Glance 2008, Paris.
- Statistik Austria, 2009. Demographische Indikatoren, 7/2009, Wien.
- Statistik Austria, 2008. Demographisches Jahrbuch 2007, Wien.
- Statistik Austria, 2009. Schulstatistiken 2007/08, Wien.

2.4 Umfassende Ressourcen- und Energiepolitik

- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., 2006. WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, WIFO Monographien 10/2006.
- Behrens, A., Hinterberger, F., Stewen, M., Stocker, A., 2005. Eine Materialinputsteuer zur Senkung des Ressourcenverbrauchs und Schaffung von Arbeitsplätzen? In: Aachener Stiftung Kathy Beys (Hg.), Ressourcenproduktivität als Chance – Ein langfristiges Konjunkturprogramm für Deutschland, Book on Demand, Norderstedt.
- Czerny, M., Friesenbichler, K. S., Kletzan, D., Kratena, K., Puwein, W., Weingärtler, D., 2006. Teilstudie 10: Produktivitätssteigernde Infrastrukturinvestitionen. In: Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E.: WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, WIFO Monographien 10/2006.
- EEA, 2006. Using the Market for Cost-Effective Environmental Policy: Market-based Instruments in Europe, 1/2006, European Environment Agency, Copenhagen.
- European Parliament, 2008. Eco-innovation – putting the EU on the path to a resource and energy efficient economy – Policy Department Economic and Scientific Policy, European Parliament.
- Giljum, S., Hak, T., Hinterberger, F., Kovanda, J., 2005. Environmental governance in the European Union: strategies and instruments for absolute decoupling. International Journal for Sustainable Development 8(1/2), S. 31–46.
- Hargroves, C., Smith, M., Hargroves, K., Weizsäcker, E. U. v., 2010. Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, Droemer Knaur, München.

- Jasch, C., Hammerl, B., Hammer, M., Pamminer, R., 2007. Produkte und Dienstleistungen von morgen: Nachhaltige Innovationen für Firmen und KonsumentInnen, Book on Demand, Norderstedt.
- Kopfmüller, J. Reichel, A., Siebenhüner, B., 2009. Nachhaltigkeit in der Krise. In: Ökologisches Wirtschaften, 3/2009.
- Köppl, A., Kletzan, D., Kratena, K., Meyer, I., 2006. Teilstudie 21, Umweltpolitik als Teil einer Wachstumsstrategie. In: Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E.: WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, WIFO Monographien 10/2006.
- Innovation & Klima, 2007, Innovative Klimastrategien für die österreichische Wirtschaft, Executive Summary, Policy Book, Guide Book, Fact Book, Wien; <http://www.innovation-klima.at/>
- Meyer, I., 2007, Nachhaltige Mobilität und Klimaökonomie, WIFO-Monatsberichte 4/2007, S. 375–388
- Reid, A., Miedzinski, M., 2008. Sectoral Innovation Watch in Europe: Eco-Innovation, Final Report, Brüssel, Mai.
- OECD, 2009. Green Growth: Overcoming the Crisis and Beyond, Paris.
- SERI Working Paper, 2009. Economic Benefits of Environmental Policy, Wien.
- Stagl, S., 2009. Innovationen als Weg aus der Krise? In: Ökologisches Wirtschaften, 3/2009.
- Verkehrsclub Österreich, 2005. Öffentlicher Verkehr mit Zukunft. In: Mobilität mit Zukunft, Wien.
- Verkehrsclub Österreich, 2010. Öffentlicher Verkehr – Weichenstellungen für die Zukunft. In: Mobilität mit Zukunft, Wien.

2.5 Ungleiche Verteilung in Österreich

- Aghion, P., Caroli, E., Garcia-Peñalosa, C., 1999. Inequality and Economic Growth: The Perspective of the New Growth Theories. In: Journal of Economic Literature, XXXVII(4), S. 1615–1660.
- Aiginger, K., Handler, H., Schratzenstaller, M., Tichy, G., 2008. Ziele und Optionen der Steuerreform, Plädoyer für einen anspruchsvollen Ansatz, WIFO, Wien.
- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., 2006. WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich, Zusammenfassung, WIFO Monographien 10/2006.
- Der Standard (John, G.), 2009. Die Heimat der großen Häuslbauer. In: Der Standard, Printausgabe vom 24.7.2009, S. 17.
- Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M., Wagner, K., 2009. Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich. In: Geldpolitik & Wirtschaft, 2/2009, Quartalspublikation der OeNB, S. 114–134.
- Fitoussi, J.-P., Stiglitz, J., 2009. The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World. OFCE Document de travail No 2009-17, Juillet 2009; <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2009-17.pdf>
- Guger, A., Agwi, M., Buxbaum, A., Festl, E., Knittler K., Haslmayer, V., Pitlik, H., Sturn, S., Wüger, M., 2009. Umverteilung durch den Staat in Österreich, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung.
- Guger, A., Knittler, K., Marterbauer, M., 2008a. Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen: In Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, Bericht über die soziale Lage 2008, S. 259–273.
- Guger, A., Knittler, K., Marterbauer, M., Schratzenstaller, M., Walterskirchen, E., 2008b. Analyse alternativer Finanzierungsformen der sozialen Sicherungssysteme, WIFO-Studie, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung.
- Guger, A., Marterbauer, M., 2007. Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update, WIFO-Working Paper.

- Grünberger, K., Zulehner, C., 2009. Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede in Österreich. In: WIFO-Monatsberichte, 2/2009, S. 139–150.
- Horn, G., Dröge, K., Sturn, S., van Treeck, T., Zwiener, R., 2009. Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) – Die Rolle der Ungleichheit, IMK-Report, Nr. 41.
- Marterbauer, M., 2007. Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik, Zsolnay, Wien.
- Marterbauer, M., Schürz, M., 2008. Ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen in Österreich. In: WISO – Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift, Nr. 3, Oktober 2008, S. 151–172.
- Pirklbauer, S., Völkerer, P., 2008. Ungleichverteilung in Österreich aus der Genderperspektive. In: WISO – Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift, Nr. 3, Oktober 2008, S.173–190.
- Rechnungshof 2008, Einkommensbericht 2008/1.

2.6 Globale Ungleichverteilung

- AGEZ – Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit, 2007. Entwicklungspolitische Kohärenz – zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bericht zur Entwicklungspolitischen Kohärenz Österreichs, Wien.
- Atkinson, A., 2008. The Changing Distributions of Earnings in OECD Countries, Oxford University Press, Oxford-New York.
- De Schutter, Olivier, 2009: Large-scale land acquisitions and leases: A set of core principles and measures to address the human rights challenge. 11 June 2009.
- FAO, 2009. The State of Food Insecurity in the World 2009. Economic crises – impacts and lessons learned.
- Fitoussi, J.-P., Stiglitz, J., 2009. The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World. OFCE Document de travail No 2009-17, Juillet 2009;
<http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2009-17.pdf>
- Horn, G., Dröge, K., Sturn, S., van Treeck, T., Zwiener, R., 2009. Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) – Die Rolle der Ungleichheit, IMK-Report, Nr. 41.
- Kar D., Cartwright •Smith, D., 2008: Illicit Financial Flows from Developing Countries 2002–2006, Global Financial Integrity Report, December 2008;
<http://www.gfip.org/storage/gfip/executive%20-%20final%20version%201-5-09.pdf>
- Ravallion, M., Chen, S., 2008. The developing world is poorer than we thought, but no less successful in the fight against poverty, World Bank Working Paper, 8/2008.
- Sala-i-Martin, X., 2006. The World Distribution of Income: Falling Poverty and ... Convergence, Period, In: The Quarterly Journal of Economics, Vol. CXXI, May 2006, Issue 2; S. 351–397
- United Nations, 2009: Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System;
http://www.un.org/ga/econcrisissummit/docs/FinalReport_CoE.pdf
- von Braun, J., Meinzen-Dick, R., 2009. Land Grabbing by Foreign Investors in Developing Countries: Risks and Opportunities. IFPRI Policy Brief, 13, April 2009.

3.1 Politische Spielräume in einer globalisierten Welt

- Beck, U., 2009. Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Brand, U., 2005. Der Mythos des Globalen. In: Politische Ökologie, 97–98, S. 58–60.
- Brand, U., Demirovic, A., Görg, C., Hirsch, J., 2001. Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Brand, U., Scherrer, C., 2003. Contested Global Governance: Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung. In: Kurswechsel – Zeitschrift für gesellschaft-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft 1, S. 91–102.

- Breitmeier, H., Roth, M., Senghaas, D. (Hg.), 2009. Sektorale Weltordnungspolitik. Effektiv, gerecht, demokratisch?, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Commission on Global Governance, 1995. Our Global Neighborhood. Oxford University Press, Oxford-New York.
- Fitoussi, J.-P., Stiglitz, J., 2009. The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World. OFCE Document de travail No 2009-17, Juillet 2009;
<http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2009-17.pdf>
- Le Monde Diplomatique, 2009. Atlas der Globalisierung. taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin.
- Messner, D. 2003. Herausforderungen für die zukünftige Global Governance-Forschung. In: Brunnengräber, A. (Hg.): Global öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck, Münster, S. 292–305.
- Messner, D., 2008. Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik. Leitbild, Erfahrungen und Herausforderungen aus deutscher Perspektive. In: Gruber, P. C. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung und Global Governance. Verantwortung. Macht. Politik, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Farmington Hills, S. 141–155.
- Nuscheler, F., 2008. Global Governance. Begründungszusammenhänge – Widersprüche – Perspektiven. In: Gruber, P. C. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung und Global Governance. Verantwortung. Macht. Politik, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Farmington Hills, S. 47–69
- Stiglitz, J., 2006. Die Chancen der Globalisierung, Siedler Verlag, München.
- Tsingou, E., 2009. Die Regulierung der globalen Finanzmärkte. Einfluss und Funktionen transnationaler Governance-Netzwerke. In: Breitmeier, H., Roth, M., Senghaas, D. (Hg.): Sektorale Weltordnungspolitik. Effektiv, gerecht, demokratisch?, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- United Nations, 2004. We the peoples: civil society, the United Nations and global governance. Report of the Panel of Eminent Persons of the United Nations-Civil Society Relations;
[www.un-ngls.org/orf/Final %20report %20- %20HLP.doc](http://www.un-ngls.org/orf/Final%20report%20-%20HLP.doc)
- Von Braunmühl, C., von Winterfeld, U., 2003. Global Governance, Wuppertal paper, Nr. 135, Oktober;
http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP135.pdf
- WEED, Forum Umwelt und Entwicklung, 2009. Aus der Krise nichts gelernt?;
<http://www.weed-online.org/publikationen/2574233.html>

3.2 Abgabensystem

- Aiginger, K., Handler, H., Schratzenstaller, M., Tichy, G., 2008. Ziele und Optionen der Steuerreform, Plädoyer für einen anspruchsvollen Ansatz, WIFO-Monografie, Wien; [http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2008_STEUERREFORM_2009_ANSATZ_33939\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2008_STEUERREFORM_2009_ANSATZ_33939$.PDF)
- COMETR, 2007. Competitiveness Effects of Environmental Tax Reforms, Final Report to the European Commission, DG Research and DG Taxation and Customs Union, NERI, University of Aarhus (Denmark), Cambridge Econometrics (UK), ESRI (Ireland), IEEP, Univ. of Economics (Czech Republic), PSI (UK), WIIW (Austria)
- Ekins, P., 2009. Resource Productivity, Environmental Tax Reform and Sustainable Growth in Europe, Anglo-German Foundation for the Study of Industrial Society;
<http://www.petre.org.uk/pdf/FinRepFin.pdf>
- European Commission, 2009b. Taxation Systems in the European Union, Brüssel.
- Felderer, B., Fortin, I., Hofer, H., Schönpflug, K., Schuh, U., Strohner, L., 2009. Zur Besteuerung von Vermögen in Österreich, Übersicht, ökonomische Analyse und neue Wege. IHS, Wien.
- Johanson, Å., Heady, Ch., Arnold, J., Brys, B., Vartia, I., 2008. Tax and economic growth, OECD, Economic Department, Working Paper 620, July.
- Schulmeister, S., Schratzenstaller, M., Piček, O., 2008. A General Financial Transaction Tax. Motives, Revenues, Feasibility and Effects, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.
- Schratzenstaller, M., 2009. Steuerreform 2009/10, WIFO Monatsberichte, 82(9), S. 687–702.

